

Amtsblatt

Kanton Bern

187. Jahrgang | Nr. 44 | Mittwoch, 31. Oktober 2018

Abonnementspreise

12 Monate Fr. 78.–, 6 Monate Fr. 46.–,
3 Monate Fr. 28.–, ein Monat Fr. 15.–.
Unbefristete Abonnements laufen bis zum schrift-
lichen Widerruf. Die Abonnementsgebühr wird
pro Kalenderjahr erhoben.

Abonnemente

Tel. 032 344 82 15, Fax 032 344 83 38
E-Mail: amtsblattabo@gassmann.ch

Erscheinungsweise:

jeweils Mittwoch

Annahme- und Anzeigenschluss

Freitag der Vorwoche, 10.00 Uhr;
vor staatlich anerkannten Feiertagen, welche
auf Wochentage fallen, bitte jeweils Voranzeige
im Amtsblatt beachten.

Ämtliche Publikationen

W. Gassmann AG
Längfeldweg 135, Postfach, 2501 Biel.
Publikationsverwaltung:
Tel. 032 344 82 61, Fax 032 344 83 53
E-Mail: amtsblatt@gassmann.ch

Publikationstarif

ämtlicher Teil: Fr. 1.08 pro Millimeter
zuzüglich Fr. 15.10 Grundgebühr.

Zuschläge pro Publikation bzw. Person:

einleitender Kommentar bis 35 mm Fr. 15.–,
bis 70 mm Fr. 28.–, bis 150 mm Fr. 53.–,
15% Preiserhöhung für Publikationen ausser-
kantonalen Auftraggeber.

Anzeigentarif

Millimeterpreis Fr. –.91
Stellenanzeigen Fr. –.99 (mind. 2 Spalten)
Chiffregebühr Fr. 40.–
Sämtliche Preise zuzüglich 7,7% MwSt.

Anzeigenverkauf

Gassmann Media AG
Längfeldweg 135, 2501 Biel
Tel. 032 344 82 61, Fax 032 344 83 53
E-Mail: service@gassmann.ch

Verlag

W. Gassmann AG
Längfeldweg 135, Postfach
2501 Biel

ISSN 1662-1700

AZA
2501 Biel



Regierungsrat

Auszug aus dem Protokoll

Regierungsratsbeschluss

1080

Tarifvertrag vom 1. Mai 2018 zwischen dem Verband Berner Pflege- & Betreuungszentren vbb und der CSS Kranken-Versicherung AG inkl. INTRAS Kranken-Versicherung AG, Arcosana AG und Sanagate AG betreffend Abgeltung von medizinischen Nebenleistungen (Arzt, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Ernährungs- und Diabetesberatung, Analysen, Medikamente) im Rahmen der Langzeitpflege im Pflegeheim, gültig ab 1. April 2018

- Der Tarifvertrag vom 1. Mai 2018 zwischen dem Verband Berner Pflege- & Betreuungszentren vbb und den Versicherern:
 - CSS Kranken-Versicherung AG
 - INTRAS Kranken-Versicherung AG (vertreten durch die CSS Kranken-Versicherung AG)
 - Arcosana AG (vertreten durch die CSS Kranken-Versicherung AG)
 - Sanagate AG (vertreten durch die CSS Kranken-Versicherung AG)betreffend Abgeltung von medizinischen Nebenleistungen (Arzt, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Ernährungs- und Diabetesberatung, Analysen, Medikamente) im Rahmen der Langzeitpflege im Pflegeheim, gültig ab 1. April 2018, wird genehmigt.

1087

Kantonale Volksinitiative «Für fairen Wettbewerb und zum Schutz von Gewerbe und Beschäftigten im Kanton Bern»; Zustandekommen

- Einreichung der Volksinitiative

Am 2. Oktober 2018 reichte das Initiativkomitee bei der Staatskanzlei innerhalb der gesetzlichen Frist die «Volksinitiative für fairen Wettbewerb und zum Schutz

von Gewerbe und Beschäftigten im Kanton Bern» mit folgendem Begehren ein:

«Die nachfolgend unterzeichnenden Stimmberechtigten des Kantons reichen hiermit, gestützt auf Art. 58 der bernischen Kantonsverfassung und Art. 140 bis 158 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte vom 5. Juni 2012, folgende Gesetzesinitiative ein:

Das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖGB) vom 11. 6. 2002 wird wie folgt geändert:

Art. 8

Sanktionen

1 Verletzt die Zuschlagsempfängerin oder der Zuschlagsempfänger die Vergabebestimmungen, so kann die Auftraggeberin oder der Auftraggeber die Zuschlagsverfügung widerrufen, insbesondere wenn die Zuschlagsempfängerin oder der Zuschlagsempfänger

a unverändert

b unverändert

c unverändert

d ihrem oder seinem Personal nicht Arbeitsbedingungen bietet, welche namentlich hinsichtlich Entlohnung, Lohngleichheit für Mann und Frau sowie

Sozialleistungen der Gesetzgebung und dem Gesamtarbeitsvertrag der Branche entsprechen. *Die im GAV festgelegten Arbeits- und Lohnbestimmungen gelten als orts- und branchenüblich und sind auch für in- und ausländische Unternehmungen, die im Kanton Bern Dienstleistungen erbringen und die keinem GAV ihrer Branche unterstellt sind, verbindlich.*

e unverändert

f unverändert

g unverändert

h unverändert

i unverändert

Artikel 9

Beizug von Subunternehmen

1 Die Zuschlagsempfängerin oder der Zuschlagsempfänger hat der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber Art und Umfang der Arbeiten, die untervergeben werden sollen, sowie Namen und Sitz der an der Ausführung des Auftrags beteiligten Unternehmen bekannt zu geben.

1bis neu Die Weitervergabe von Leistungen durch Subunternehmen an Sub-Subunternehmen ist untersagt; die Zuschlagsempfängerin oder der Zuschlags-

Aus dem Inhalt

- S. 989 Regierungsrat
- S. 990 Direktionen des Regierungsrates
- S. 993 Rechnungsruf im öffentlichen Inventar
- S. 994 Erb- und güterrechtliche Publikationen
- S. 995 Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft
- S. 996 Regionalgerichte
- S. 1000 Regionale Schlichtungsbehörden
- S. 1000 Schuldbetreibung und Konkurs
- S. 1006 Gemeindeversammlungen, Wahlen, Abstimmungen
- S. 1007 Baupublikationen
- S. 1007 Ausserordentliche Baugesuche
- S. 1008 Verschiedene gesetzliche Publikationen
- S. 1009 Öffentliche Beschaffungen

Erscheint jeweils Mittwoch

empfänger stellt sicher, dass eine solche Weitervergabe nicht erfolgt. In begründeten Fällen kann die Auftraggeberin oder der Auftraggeber Ausnahmen zulassen; solche Ausnahmen werden in den Ausschreibungsunterlagen

angekündigt.

2 unverändert

3 unverändert »

2. Feststellung des Zustandekommens

Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Staatskanzlei hat ergeben, dass 15 879 gültige Unterschriften eingereicht worden sind. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist.

3. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative wird der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion zur weiteren Behandlung zugewiesen. Massgebend für das weitere Verfahren sind die Artikel 58 ff. der Kantonsverfassung und Artikel 149 Absatz 2 des Gesetzes über die politischen Rechte.

Im Namen des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Auer

Direktionen des Regierungsrates

Entsendegesetz

Loi sur les travailleurs détachés

Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera e EntsG

Herrn Alexander Blümchen, mit Geschäftssitz Hardenbergstrasse 43, 04275 Leipzig, Deutschland, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 24. August 2018 hat Herr Alexander Blümchen gegen die Auskunftsspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von drei Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera e EntsG

Herrn Erik Rüdiger Nack, EDT manu facta Service, Bahnhofstrasse 7b, 06308 Klostermannsfeld, Deutschland, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 19. März 2018 hat Herr Erik Rüdiger Nack gegen die Auskunftsspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von drei Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera e EntsG

Herrn Mathias Degen, Messe- und Ladenbau, Paul-Heyse-Strasse 30, 04347 Leipzig, Deutschland, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 24. August 2018 hat Herr Mathias Degen gegen die Auskunftsspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von drei Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist

entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera e EntsG:

1. Gegen Herrn Mike Milsch, Jetenergy European International, Am Ziegelgraben 14, 06618 Naumburg, Deutschland, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.
2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Artikel 1b Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 1a Absatz 2 EntsG:

1. Gegen Herrn Przemyslaw Krzyzaniak, mit Geschäftssitz Radgoszcz 44, 64-400 Miedzochod, Polen, wird ein Arbeitsunterbruch verfügt und er wird vom Arbeitsplatz weggewiesen.

[...]

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex). Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden.

Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera e EntsG

Herrn Roman Slenc, mit Geschäftssitz E. Benese 1797, 50012 Hradec Kralove, Tschechische Republik, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 11. Juli 2018 hat Herr Roman Slenc gegen die Auskunftsspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von drei Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera a EntsG

Herrn Szymon Stencel, Firma Expo Mari Szymon Stencel, Wielkowiejska 31, 64-320 Buk, Polen, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 18. Oktober 2018 hat Herr Szymon Stencel gegen die Dokumentationspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von drei Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Artikel 1b Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 1a Absatz 2 EntsG:

1. Gegen Herrn Szymon Stencel, Firma Expo Mari Szymon Stencel, Wielkowiejska 31, 64-320 Buk, Polen, wird ein Arbeitsunterbruch verfügt und er wird vom Arbeitsplatz weggewiesen.

[...]

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex). Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 Litera a EntsG:

1. Herr Torsten Golde, mit Geschäftssitz Grubigsteinstrasse 3, 82515 Wolfratshausen, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.
[...]
2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt
3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.
[...]
4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).
[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

Fahrverbot

Fahrverbotsregelung; Genehmigung Waldstrassenplan Nr. 30050 «Ostermundigen - Dentenberg»

*Gemeinden Ostermundigen, Vechigen, Stettlen,
Muri bei Bern und Worb*

Das Amt für Wald des Kantons Bern hat am 17. Oktober 2018 den Waldstrassenplan «Ostermundigen - Dentenberg» vom 12. September 2018, gestützt auf Art. 23 und 24 des Kantonalen Waldgesetzes (KWaG) vom 5. Mai 1997 und Art. 32 der Kantonalen Waldverordnung (KWaV) vom 29. Oktober 1997, genehmigt. Der Waldstrassenplan legt fest, bei welchen Weganlagen es sich um Waldstrassen im Sinne des Waldgesetzes handelt und regelt die Fahrverbote.

Er kann auf den Gemeindeverwaltungen Ostermundigen, Vechigen, Stettlen, Muri bei Bern und Worb oder bei der Waldabteilung Mittelland in Zollikofen, eingesehen werden. Für Personen, welche nicht Beschwerde führen, wird der Waldstrassenplan mit Ablauf der Beschwerdefrist von 30 Tagen rechtskräftig.

Zollikofen, 17. Oktober 2018
Amt für Wald des Kantons Bern
Waldabteilung Mittelland
Caroline Heiri, Abteilungsleiterin

Gastgewerbe

Schlussstunde am 31. Dezember 2018, 1. und 2. Januar 2019

In der Silvesternacht können die Gastgewerbebetriebe im Kanton Bern unbeschränkt offen gehalten werden.

In den Nächten vom 1. auf den 2. Januar sowie vom 2. auf den 3. Januar 2019 sind die Gastgewerbebetriebe spätestens um 3.30 Uhr zu schliessen. Es sind keine zusätzlichen Überzeitbewilligungen erforderlich (Beschluss gestützt auf Art. 13 GGG).

Wir bitten die Gäste sowie die Wirtinnen und Wirte auf die Nachtruhe der Nachbarschaft Rücksicht zu nehmen und wünschen allen ein schönes Fest.

Bern, 23. Oktober 2018
beco Berner Wirtschaft
Marktaufsicht

Konzessionen

Erneuerung und Änderung einer Gebrauchswasserkonzession mit einer Entnahmeleistung von 2575 Litern pro Minute aus dem Grundwasser nach Art. 11 des Wassernutzungsgesetzes vom 23. November 1997 (WNG) einschliesslich Genehmigung einer Grundwasserschutzzonenauscheidung nach Art. 20 und 22 des Wasserversorgungsgesetzes vom 11. November 1996 (WVG)

Gemeinde Lützelflüh

Gesuchstellerin: Wasserversorgungsgenossenschaft Rüegsau und Umgebung, Schlossmattstrasse 55, 3415 Rüegsausachen.

Gesuch:

– Erneuerung der Gebrauchswasserkonzession Nr. 14 (Lauf-Nr. 860) in Lützelflüh vom 20. März 1979 zur Grundwasserentnahme für die öffentliche Trink- und Brauchwasserversorgung. Die Konzession soll für 40 Jahre ab Ablauf der alten Konzession erneuert werden. Die Entnahmemenge soll neu 2575 l/min betragen.

– Aktualisierung der Konzession zugehörigen Grundwasserschutzzone Schlossberg der Wasserversorgungsgenossenschaft Rüegsau und Umgebung.

Beanspruchte Ausnahme:

– Wasserbaupolizeiliche Ausnahmebewilligung (Art. 48 WBG)

Standort: Pumpwerk Schlossberg, Lützelflühstrasse 99, 3432 Lützelflüh, Brandis.

Parzelle Nr.: 2011 (Wasserentnahmestelle).

Koordinaten: E = 2.617.568 / N = 1.207.116.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen.

Auflage- und Einsprachefrist vom 31. Oktober 2018 bis zum 30. November 2018.

Auflageort und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung Lützelflüh, Kirchplatz 1, 3432 Lützelflüh.

Einsprachen und Rechtsverwendungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflagefrist im Doppel und mit rechtsgültiger Unterschrift bei der Einsprachestelle einzureichen.

Bern, 26. Oktober 2018

Amt für Wasser und Abfall (AWA) des Kantons Bern

Mitwirkungsverfahren

Kantonsstrassen

Das nachstehende Bauvorhaben wird gemäss Artikel 58 des kantonalen Baugesetzes der Öffentlichkeit zur Mitwirkung vorgelegt.

Die Bevölkerung ist eingeladen und berechtigt, bis zum Ablauf der Auflage ihre Anregungen und Hinweise, aber auch ihre Kritik, der Auflagestelle oder dem Oberingenieurkreis IV, Dunantstrasse 13, 3400 Burgdorf, schriftlich mitzuteilen.

*Kantonsstrasse Nr. 1447 Utzenstorf–Wiler–
Kantonsgrenze SO
Gemeinde Wiler bei Utzenstorf*

Vorhaben: Sanierung Ortsdurchfahrt Wiler bei Utzenstorf.

Auflagedauer: 8. November 2018 bis 7. Dezember 2018.

Auflagestelle: Gemeindeverwaltung Wiler bei Utzenstorf.

Der öffentliche Infoabend findet am Dienstag, 13. November 2018, um 20 Uhr in der Aula,

Schulhaus Wiler, Schulhausstrasse 29, Wiler bei Utzenstorf, statt.

Einsprachen können nicht bereits im Mitwirkungsverfahren, sondern erst im Rahmen der öffentlichen Planaufgabe eingereicht werden.

Bern, 25. Oktober 2018
Oberingenieurkreis IV

2-1

Kantonale Überbauungsordnung (KUeO) Waldäcker, Herzogenbuchsee

*Information und Mitwirkung der Bevölkerung nach
Art. 58 BauG*

Die Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion, vertreten durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) informiert hiermit über die öffentliche Mitwirkung des Entwurfs der KUeO Waldäcker, Herzogenbuchsee. Die KUeO Waldäcker, Herzogenbuchsee bildet die raumplanerische Grundlage für die langfristige Sicherung und den Bau des Durchgangsplatzes für Fahrende am Standort Waldäcker in der Gemeinde Herzogenbuchsee. Die KUeO-Unterlagen bestehen aus dem Überbauungsplan, den Überbauungsvorschriften und dem Erläuterungsbericht.

Die Mitwirkung dauert vom 5. November bis zum 4. Dezember 2018. Zusätzlich findet am 15. November 2018 eine Informationsveranstaltung statt.

Informationsveranstaltung: 15. November 2018, 19 Uhr, Sonnensaal Herzogenbuchsee.

Auflageorte:

– Amt für Gemeinden und Raumordnung, Nydegasse 11/13, 3011 Bern (während der ortsüblichen Bürozeiten)

– Gemeindeverwaltung Herzogenbuchsee, Bernstrasse 2, 3360 Herzogenbuchsee (während der ortsüblichen Bürozeiten)

– Internet: www.be.ch/agr > Aktuell

Auskünfte: Amt für Gemeinden und Raumordnung, Tel. 031 633 77 50, agr.kpl@jgk.be.ch.

Die Eingaben sind bis zum 4. Dezember 2018 per E-Mail an agr.kpl@jgk.be.ch oder per Post beim Amt für Gemeinden und Raumordnung, Abteilung Kantonsplanung, zuhänden Florian Meier, Nydegasse 11/13, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 26. Oktober 2018

Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR
des Kantons Bern

Notariat

Eintragung ins Notariatsregister

Notar **David Gruner**, von Walliswil bei Niederbipp BE, patentiert am 28. August 2018, mit Büro in 4950 Huttwil, Bahnhofstrasse 42, wird neu in das Notariatsregister des Kantons Bern eingetragen.

Bern, 23. Oktober 2018

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
des Kantons Bern

Öffentliche Planaufgabe

Ordentliches eisenbahnrechtliches Plangenehmigungsverfahren Planvorlage der BLS Netz AG betreffend Bahnfunk GSM-R am Standort Gwatt Station

Gemeinde Thun

Gesuchstellerin: BLS Netz AG, Automation, Genfergasse 11, 3001 Bern.

Gegenstand:

Das Bauvorhaben betrifft die Stadt Thun wie folgt: Bahnfunkanlage Gwatt Station GWST (Koordinaten 2.613.843/1.175.026): Bau einer neuen Funkanlage, bestehend aus einem 26,5 m hohen Mast mit zwei GSM-R-Antennen und einer Sendeanlage im bestehenden Technikraum.

Für Detailinformationen wird auf die öffentlich zur Einsichtnahme aufgelegten Planunterlagen verwiesen.

Das Verfahren richtet sich nach dem Eisenbahngesetz (Art. 18 ff. EBG; SR 742.101), der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen (VPVE; SR 742.142.1), dem Bundesgesetz über die Enteignung (EntG; SR 711) und nach dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.101).

Öffentliche Auflage: Die Planunterlagen können vom 5. November 2018 bis 4. Dezember 2018 während der ordentlichen Öffnungszeiten beim Bauinspektorat der Stadt Thun, Industriestrasse 2, 3600 Thun, eingesehen werden.

Aussteckung: Die durch das geplante Werk bewirkten Veränderungen werden während der Auflagefrist im Gelände ausgesteckt, die Hochbauten werden profiliert.

Einsprache kann erheben, wer nach dem VwVG und dem EntG Partei ist.

Einsprachen müssen schriftlich und innert der Auflagefrist (Datum der Postaufgabe) beim Bundesamt für Verkehr, Sektion Bewilligungen I, 3003 Bern eingereicht werden. Wer keine Einsprache erhebt, ist vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Innerhalb der Auflagefrist sind auch sämtliche enteignungsrechtlichen Einwände sowie Begehren um Entschädigung oder Sachleistung geltend zu machen (vgl. Art. 18f Abs. 2 EBG in Verbindung mit Art. 35 bis 37 EntG). Für nachträgliche Forderungen gilt Art. 41 EntG.

Einwände gegen die Aussteckung sind sofort, jedenfalls aber vor Ablauf der Auflagefrist beim BAV vorzubringen.

Bern, 31. Oktober 2018

Bundesamt für Verkehr, 3003 Bern und
Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination des Kantons Bern, 3011 Bern

Kantonsstrassen

Die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, vertreten durch den zuständigen Oberingenieurkreis, legt, gestützt auf Artikel 29 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG), den Strassenplan für das unten stehende Vorhaben auf. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind innert der Aufagedauer schriftlich und begründet bei der Aufagestelle einzureichen.

*Kantonsstrasse Nr. 11 Zweisimmen–Portbrücke
Gemeinde Erlenbach im Simmental*

Vorhaben: 210.02069; Dorfdurchfahrt Erlenbach.

Beanspruchte Ausnahmen: Keine

Ab Auflage des Projekts darf auf den betroffenen Grundstücken sowie dem Bauverbotstreifen ohne Zustimmung des Tiefbauamts/Oberingenieurkreis I, nichts mehr vorgenommen werden (rechtlich und tatsächlich), das die Ausführung des Projekts behindern könnte (Art. 37 SG, Sperrwirkung).

Einspracheberechtigt sind Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder andere dinglich berechnigte Personen, die ein schutzwürdiges Interesse haben. Das gleiche Recht kommt den nach der Bundes- oder nach der Baugesetzgebung befugten Organisationen und Behörden zu.

Bei Kollektiveinsprachen oder vervielfältigten und weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Aufagedauer: 1. November bis 1. Dezember 2018.

Aufagestelle: Bauverwaltung Erlenbach im Simmental.

Aussteckung: Das Vorhaben ist im Gelände wie folgt ausgesteckt: Mit roter Farbe wird der Strassenrand gesprayt und wo möglich mit rot gekennzeichneten Holzpfählen abgesteckt.

Thun, 26. Oktober 2018

Oberingenieurkreis I

Die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, vertreten durch den zuständigen Oberingenieurkreis, legt, gestützt auf Artikel 29 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG), den Strassenplan für das unten stehende Vorhaben auf. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind innert der Aufagedauer schriftlich und begründet bei der Aufagestelle einzureichen.

*Kantonsstrasse Nr. 6 Biel–Bern
Gemeinde Lyss*

Vorhaben: 230.10595; Umgestaltung Hauptstrasse.

Beanspruchte Ausnahme:

– Überdecken/Eindolen von Fließgewässern (Art. 38 GSchG). 48 WBG)

Einspracheberechtigt sind Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder andere dinglich berechnigte Personen, die ein schutzwürdiges Interesse haben. Das gleiche Recht kommt den nach der Bundes- oder nach der Baugesetzgebung befugten Organisationen und Behörden zu.

Bei Kollektiveinsprachen oder vervielfältigten und weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Aufagedauer: 29. Oktober 2018 bis 29. November 2018.

Aufagestelle: Gemeinde Lyss, Bau und Planung, Bahnhofstrasse 10, 3250 Lyss.

Aussteckung: Das Vorhaben wird im Gelände geeignet ausgesteckt.

Biel, 17. Oktober 2018

Oberingenieurkreis III

Die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, vertreten durch den zuständigen Oberingenieurkreis, legt, gestützt auf Artikel 29 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008, (SG) den Strassenplan für das unten stehende Vorhaben auf. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind innert der Aufagedauer schriftlich und begründet bei der Aufagestelle einzureichen.

*Kantonsstrasse Nr. 6 Wylerbücke–Innertkirchen
Gemeinde Innertkirchen*

Vorhaben: 20170; Instandsetzung Lehenbrücken Aareschlucht.

Beanspruchte Ausnahmen: Keine.

Die Bevölkerung ist eingeladen, bis zum Ablauf der Auflagefrist ihre Anregungen und Hinweise, aber auch ihre Kritik, schriftlich bei der Aufagestelle einzureichen.

Einspracheberechtigt sind Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder andere dinglich berechnigte Personen, die ein schutzwürdiges Interesse haben. Das gleiche Recht kommt den nach der Bundes- oder nach der Baugesetzgebung befugten Organisationen und Behörden zu.

Bei Kollektiveinsprachen oder vervielfältigten und weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Aufagedauer: 29. Oktober bis 30. November 2018.
Aufagestelle: Gemeindeverwaltung, Grimselstrasse 1, 3862 Innertkirchen.

Bern, 18. Oktober 2018

Oberingenieurkreis I

Strassenverkehr

Rechtskräftiger Strassenplan Kantonsstrasse Öffentliche Bekanntmachung

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern hat den folgenden Strassenplan gemäss Artikel 32 des Strassengesetzes erlassen. Der Strassenplan ist mittlerweile rechtskräftig.

*Kantonsstrasse Nr. 1303 Fraubrunnen–Aeffligen
Gemeinde Aeffligen*

Vorhaben: Verkehrssicherheit Fraubrunnenstrasse.

Erlas am 17. Oktober 2018.

Aufagedauer: 31. Oktober 2018 bis 30. November 2018.

Aufagestelle: Gemeindeverwaltung Aeffligen.

Biel, 22. Oktober 2018

Oberingenieurkreis III

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern hat den folgenden Strassenplan gemäss Artikel 32 des Strassengesetzes erlassen. Der Strassenplan ist mittlerweile rechtskräftig.

*Kantonsstrasse Nr. 235.1 Lengnau–Biel Mett
Gemeinde Biel*

Vorhaben: 230.20038; Fussgängerstreifen Nr. 3.428, Orpundstrasse.

Erlas am 18. Oktober 2018.

Aufagedauer: 31. Oktober bis 3. Dezember 2018.

Aufagestelle: Stadt Biel, Baudirektion, Abteilung Infrastruktur Tiefbau, Zentralstrasse 49, 2501 Biel/Bienne.

Biel, 25. Oktober 2018

Oberingenieurkreis III

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern hat den folgenden Strassenplan gemäss Artikel 32 des Strassengesetzes erlassen. Der Strassenplan ist mittlerweile rechtskräftig.

*Kantonsstrasse Nr. 245.1 Fraubrunnen–Kernenried–
Kantonsstrasse Nr. 1
Gemeinde Kernenried*

Vorhaben: 20045; Sanierung Ortsdurchfahrt Kernenried.

Strassenplan erlassen am 5. September 2018.

Aufagedauer: 2. November bis 3. Dezember 2018.

Aufagestelle: Gemeindeverwaltung, Dorfstrasse 16, 3309 Kernenried.

Burgdorf, 23. Oktober 2018

Oberingenieurkreis IV

Verkehrsbeschränkungsverfügung(en)

Das Tiefbauamt des Kantons Bern, gestützt auf Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 106 Absatz 2, gegebenenfalls auch Artikel 32 Absatz 3 des Strassenverkehrsgesetzes vom 9. Dezember 1958 (SVG, SR 741.01) sowie Artikel 43 Absatz 1 der Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV, BSG 732.111.1), verfügt:

*Verwaltungskreis Frutigen–Niedersimmental
Gemeinde Kandersteg*

Höchstgewicht 28 t

Kantonsstrasse Nr. 223 Frutigen–Kandersteg, Verladerampe Autoverlad Kandersteg.

Gültigkeit: Bis nach Sanierung Tragkonstruktion 2019.

Grund der Massnahme: Instandsetzung Tragkonstruktion Verladerampe Autoverlad.

Diese Verfügung tritt nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Kantons Bern, im Anzeiger des betreffenden Verwaltungskreises sowie nach dem Aufstellen, Auswechseln oder Entfernen der Signale in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung: Diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit der ersten Veröffentlichung mit Beschwerde bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, Reiterstrasse 11, 3011 Bern, angefochten werden. Die Beschwerde ist in zwei Exemplaren einzureichen und hat einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine rechtsgültige Unterschrift zu enthalten. Die angefochtene Verfügung und greifbare Beweismittel sind beizulegen.

Thun, 22. Oktober 2018

Oberingenieurkreis I

Verkehrerschwerung bzw. -sperrung oder -umleitung

Gestützt auf Artikel 65 und 66 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG, BSG 732.11) und Artikel 43 der Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV, BSG 732.111.1) wird auf dieser Kantonsstrasse die Verkehrsabwicklung wie folgt erschwert:

Kantonsstrasse Nr. 1314

Gemeinde Aegerten

*10892; Lärmschutz Aegerten–Büren–Oberwil-
Diessbach*

Teilstrecke: Schwadernastrasse Aegerten.

Dauer: 5. November 2018 bis März 2019.

Verkehrsführung: Einspurige Verkehrsführung, Verkehrsregelung von Hand oder mit Lichtsignalanlage.

Einschränkungen: Fussgänger und Radfahrer können die Baustelle unter erschwerten Verhältnissen passieren.

Grund: Bau von Lärmschutzwänden entlang der Kantonsstrasse.

Biel, 25. Oktober 2018 2-1
Oberingenieurkreis III

Gestützt auf Artikel 65 und 66 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG, BSG 732.11) und Artikel 43 der Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV, BSG 732.111.1) wird diese Kantonsstrasse für den Verkehr wie folgt gesperrt:

*Kantonsstrasse Nr. 223.1 Frutigen–Adelboden
Gemeinde Frutigen
20178; Ersatzneubau Lehenbrücke Husweidli 2*

Nachtsperrungen

Teilstrecken: Frutigen–Adelboden, Abschnitt Husweidli.

Dauer: 8. bis 9. November 2018 (Donnerstag auf Freitag), 23.40 bis 5.30 Uhr.

Ausnahmen: Keine.

Verkehrsführung: Umleitung über die alte Adelbodenstrasse ist signalisiert.

Einschränkungen: Sperrung der Strasse für den gesamten Verkehr.

Grund: Ausbau Notbrücke im Bereich Hangrutsch Husweidli.

Thun, 8. Oktober 2018 2-1
Oberingenieurkreis I

Gestützt auf Artikel 65 und 66 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG, BSG 732.11) und Artikel 43 der Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV, BSG 732.111.1) wird auf dieser Kantonsstrasse die Verkehrsabwicklung wie folgt erschwert:

*Kantonsstrasse Nr. 241 Langenthal–Kaltenherberge
Gemeinde Roggwil
20001; Lärmschutz Roggwil*

Teilstrecke: Langenthalstrasse, Abschnitt Rosenweg 6A und 10.

Dauer: 29. Oktober bis ca. Ende Dezember 2018.

Ausnahmen: Keine.

Verkehrsführung: Einspurige Verkehrsführung tagsüber, Verkehrsregelung von Hand.

Einschränkungen: Fussgänger und Radfahrer können die Baustelle unter erschwerten Bedingungen passieren. Örtliche Umleitung.

Grund: Bau einer Lärmschutzwand, Anpassung Werkleitungen.

Burgdorf, 18. Oktober 2018 2-2
Oberingenieurkreis IV

Eröffnung Vernehmlassungsverfahren Kanton Bern

Mit Zustimmung des Regierungsrates vom 24. Oktober 2018 hat die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion ein Vernehmlassungsverfahren zu folgendem Gegenstand eingeleitet:

– Änderung Baugesetz (BauG): Umsetzung von zwei Motionen zur Mehrwertabschöpfung

Frist zur Einreichung von Stellungnahmen: 25. Januar 2019.

Zuständige Stelle: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (z. Hd. Amt für Gemeinden und Raumordnung), Münsterergasse 2, 3011 Bern, info.agr@jgk.be.ch.

Publikation Vernehmlassungsunterlagen:
www.be.ch/vernehmlassungen

Organisationen und Einzelpersonen, die nicht zum Adressatenkreis gemäss Artikel 16 VMV gehören, können ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme einreichen.

Gemäss Artikel 16 und 17a VMV
www.belex.sites.be.ch

Wasserbau

Wasserbaubewilligungsverfahren gemäss Art. 30 ff. Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau vom 14. Februar 1989 (WBG) und Art. 5 Koordinationsgesetz vom 21. März 1994 (KoG)

Gemeinde Meiringen

Wasserbauträgerin: Schwellenkorporation Meiringen, Kurt Zumbrunn, Präsident, Lehli 1a, 3860 Meiringen.

Gewässer: Wandelbach.

Ort: Unterheid.

Koordinaten 2.653.030/1.176.300.

Vorhaben: Instandstellungsprojekt Geschiebesammler Wandelbach.

Beanspruchte Ausnahmen:

- Eingriffe in die Ufervegetation gemäss Art. 18 Abs. 1^{bis} und 1^{er} sowie Art. 21 und 22 Abs. 2 Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966 (NHG, SR 451)
- Unterschreiten des gesetzlichen Waldabstandes (Art. 17 WaG und Art. 25–27 KWaG)
- Bauen ausserhalb der Bauzone Art. 24 RPG i.V.m. Art. 5 WGB Art. 30 Abs. 3 WBG

Auflage- und Einsprachefrist: 26. Oktober 2018 bis 26. November 2018.

Auflage- und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung Meiringen.

Die Einsprachebefugnis richtet sich nach Art. 24 Abs. 2 WBG.

Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind innert der Auflage- und Einsprachefrist schriftlich und mit Begründung der Einsprachestelle einzureichen.

Thun, 18. Oktober 2018 2-2
Oberingenieurkreis I
Tiefbauamt des Kantons Bern

Wasserbauplanverfahren gemäss Art. 21 ff. Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau vom 14. Februar 1989 (WBG) und Art. 5 Koordinationsgesetz vom 21. März 1994 (KoG) mit Rodung und Ersatzaufforstung

Stadt Thun

Wasserbauträgerin: Einwohnergemeinde Thun.

Gewässer: Chratzbach.

Ort: Chratzbach/Lauenen.

Koordinaten 2.615.291/1.179.091.

Vorhaben: Hochwasserschutz Chratzbach, Massnahmen für den Geschieberückhalt

- Rückbau bestehender Geschiebesammler
- Neubau Geschiebesammler mit erhöhter Rückhaltekapazität
- Zufahrt Geschiebesammler
- Neubau von zwei Murgangrückhaltenetzen
- Instandstellung von Holzsperrern
- Geländemodellierungen unterhalb des Geschiebesammlers
- Objektschutzmassnahmen

Beanspruchte Ausnahmen:

- Gewässerschutzbewilligung nach Art. 11 KGSchG
- Eingriffe in die Ufervegetation nach Art. 18 Abs. 1^{bis} und 1^{er}, Art. 21 und 22 Abs. 2 NHG und Art. 12, Art. 13 Abs. 3 und Art. 17 NSchV
- Fischereirechtliche Bewilligung nach Art. 8–10 BGF und Art. 8–10 und 13 FIG
- Rodung und Ersatzaufforstung nach Art. 5–7 WaG, Art. 5ff WaV und Art. 19 KWaG
- Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes nach Art. 17 WaG und Art. 25–27 KWaG
- Nachteilige Nutzung (nichtforstliche Kleinbaute und -anlage) nach Art. 16 WaG und Art. 14 WaV
- Bauen ausserhalb des Baugebietes nach Art. 24 RPG

Rodungsflächen:

3231 m² Wald (temporär 2899 m², definitiv 332 m²)

Ersatzaufforstung:

3332 m² Wald (2899 m² an Ort und Stelle)

Auflage- und Einsprachefrist: 25. Oktober bis 26. November 2018.

Auflage- und Einsprachestelle: Stadtverwaltung, Auflageraum, Industriestrasse 2, 3602 Thun.
Sprechstunden: Keine.

Absteckung:

Das Vorhaben ist im Gelände wie folgt abgesteckt:

- Geschiebesammler: rote Pfähle
- Zufahrtsweg: blaue Pfähle
- Murgangnetze: grüne Pfähle
- Ufermauer: gelbe Pfähle
- Damm: weisse Pfähle

Die Einsprachebefugnis richtet sich nach Art. 24 Abs. 2 WBG bzw. nach der geltenden Waldgesetzgebung.

Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind innert der Auflage- und Einsprachefrist schriftlich und mit Begründung der Einsprachestelle einzureichen.

Thun, 18. Oktober 2018 2-2
Oberingenieurkreis I
Tiefbauamt des Kantons Bern

Rechnungsruf im öffentlichen Inventar

Gemäss Artikel 582 ZGB und Artikel 38 ff. der Verordnung vom 18. Oktober 2000, betreffend die Errichtung des Inventars, werden die Gläubigerinnen und Bürgschaftsgläubiger der genannten Person(en) aufgefordert, ihre Ansprüche innerhalb der angegebenen Fristen bei der zuständigen Behörde schriftlich einzureichen. Für nicht angemeldete Forderungen wird jede Haftpflicht abgelehnt (Art. 590 ZGB). Gleichzeitig werden auch die Schuldner und Schuldnerinnen aufgefordert, innerhalb der nämlichen Frist ihre Schulden bei dem mit der Errichtung des Inventars beauftragten Notar bzw. bei der beauftragten Notarin schriftlich anzumelden.

Verlassenschaft

Durch Verfügung der zuständigen Behörde (im Kanton Bern der Regierungstatthalter oder die Regierungstatthalterin) ist über den Nachlass der hier genannten Person(en) die Errichtung des öffentlichen Inventars angeordnet worden.

Durch Verfügung der zuständigen Behörde (im Kanton Bern der Regierungstatthalter) ist über den Nachlass der hier genannten Person die Errichtung des öffentlichen Inventars angeordnet worden.

Graber, Beat, geboren am 25. April 1955, von Sumiswald BE, geschieden, wohnhaft gewesen Schüsseli 495, 3436 Zollbrück, Gemeinde Lauperswil, verstorben am 23. August 2018.

Gemäss Artikel 582 ZGB und Artikel 38 ff. der Verordnung vom 18. Oktober 2000, betreffend die Errichtung des Inventars werden die Gläubigerinnen und Gläubiger sowie Bürgschaftsgläubigerinnen und Bürgschaftsgläubiger der genannten Person(en) aufgefordert, ihre Ansprüche innerhalb der angegebenen Fristen bei der zuständigen Behörde schriftlich einzureichen. Für nicht angemeldete Forderungen wird jede Haftpflicht abgelehnt (Art. 590 ZGB). Gleichzeitig werden auch die Schuldnerinnen und Schuldner aufgefordert, innerhalb der gesetzten Frist ihre Schulden bei dem mit der Errichtung des Inventars beauftragten Notar schriftlich anzumelden.

Schriftliche Eingabefrist bis und mit 20. November 2018.

Anmeldestellen:

- Für Forderungen und Bürgschaftsansprüche an den Erblasser: Regierungstatthalteramt Emmental, Amthaus, Dorfstrasse 21, 3550 Langnau im Emmental;
- Für Guthaben des Erblassers: Christine Lüthi Widmer, Notarin, Dorfstrasse 29, 3436 Zollbrück.

Massaverwalterin: Ruth Walther, Notariatsangestellte, c/o Notariat Lüthi + Lerch, Dorfstrasse 29, 3436 Zollbrück.

Zollbrück, 15. Oktober 2018 3-3
Die Beauftragte: Notarin CM Lüthi Widmer

Durch Verfügung der zuständigen Behörde ist über den Nachlass von Frau **Niklaus**, Vreneli «Vreni», geboren am 4. April 1923, von Jegenstorf BE, ledig, wohnhaft gewesen Stämpfligasse 9, 4917 Melchnau,

verstorben am 25. Juli 2018 in Melchnau, die Errichtung eines öffentlichen Inventars angeordnet worden.

Auf Antrag von Erben von Niklaus Vreneli «Vreni», sel. verfügte der Regierungstatthalter des Verwaltungskreises Oberaargau am 27. September 2018 den Erlass eines Rechnungsrufes im öffentlichen Inventar. Gemäss Artikel 582 ZGB und Artikel 41 der Verordnung über die Errichtung eines Inventars vom 18. Oktober 2000 werden die Gläubigerinnen und Gläubiger sowie Bürgschaftsgläubigerinnen und Bürgschaftsgläubiger der Verstorbenen aufgefordert, ihre Ansprüche bis spätestens 10. Dezember 2018 bei den zuständigen Behörden schriftlich einzureichen. Für nicht angemeldete Forderungen wird jede Haftpflicht abgelehnt (Art. 590 ZGB).

Gleichzeitig werden auch die Schuldnerinnen und Schuldner aufgefordert, innerhalb der nämlichen Frist ihre Schulden bei dem mit der Errichtung des Inventars beauftragten Notar schriftlich anzumelden.

Anmeldestellen:

- Regierungstatthalteramt Oberaargau, Schloss, 3380 Wangen a. A.: Für Forderungen und Bürgschaftsansprüche gegenüber der Erblasserin;
- Notar Peter Morgenthaler, Dorfstrasse 67, 4917 Melchnau: Für Guthaben der Erblasserin.

Massaverwalter: Peter Hebeisen, Oberer Chämletenweg 33d, 6333 Hünenberg See

Melchnau, 17. Oktober 2018 3-2
Der Beauftragte: Notar Peter Morgenthaler

Stettler Burger, Erika Ruth, geboren am 4. Oktober 1940, von Schwendi BE und Eggwil BE, verwitwet, wohnhaft gewesen Interlakenstrasse 64, 3705 Faulensee, verstorben am 14. September 2018 in Zell am See (Österreich).

Eingabefrist bis und mit 30. November 2018.

Anmeldestellen:

- Für Forderungen und Bürgschaftsansprüche gegenüber der Erblasserin: Regierungstatthalteramt Frutigen-Niedersimmental, Amthaus, 3714 Frutigen;
- Für Guthaben der Erblasserin: Gilbert Mürger, Notar, Helvetiastrasse 15, 3000 Bern 6.

Massaverwalter: Lukas Fricker, Notar, Helvetiastrasse 15, 3000 Bern 6.

Bern, 18. Oktober 2018 3-2
Der Beauftragte: Gilbert Mürger, Notar

Erb- und güterrechtliche Publikationen

Rechnungsruf ausserhalb des öffentlichen Inventars

Sommation de produire – inventaire public

Par décision du 31 août 2018, l'autorité compétente a ordonné l'établissement d'un inventaire public pour la succession de Monsieur **Hausmann**, Bertram, né le 15 avril 1965, originaire de Valbirse, marié, en son vivant domicilié à 2735 Bévillard, rue des Prés 21, décédé le 31 juillet 2018.

Conformément aux articles 580 ss CC et 38 ss de l'Ordonnance sur l'établissement d'inventaires du 18.10.2000, les créanciers, y compris ceux en vertu de cautionnements, et les débiteurs du défunt sont sommés de produire leurs créances et de déclarer leurs dettes, avec pièces à l'appui, par écrit à l'autorité compétente. Les créanciers du défunt qui ne figurent pas à l'inventaire pour avoir négligé de produire en temps utile ne peuvent pas rechercher l'héritier ni personnellement ni sur les biens de la succession (art. 590 CC).

Production par écrit jusqu'au 5 décembre 2018 inclus, à la Préfecture du Jura bernois, Rue de la Préfecture 2, 2608 Courtelary.

Les personnes détenant des biens appartenant au défunt doivent s'annoncer dans le même délai, par écrit, auprès de la notaire chargée de dresser l'inventaire, Me Virginie Flückiger, notaire, Grand-Rue 60, 2732 Reconviiler.

Administratrice de la masse: Mme Sofia Dolci, collaboratrice de l'Etude, c/o Etude de notaires, Grand-Rue 60, 2732 Reconviiler.

Reconviiler, le 26 octobre 2018 3-1
Me Virginie Flückiger, notaire

Erbenruf (Erbchaftseröffnung)

Rösch, Fritz, geboren am 31. Oktober 1955, von Fraubrunnen BE, geschieden, Sohn des Fritz Rösch und der Klara Rösch, wohnhaft gewesen in 3714 Frutigen BE, Enzianweg 8, Schweiz, verstorben am 8. Juli 2018 in Olten SO.

Der Verstorbene hat keine Verfügung von Todes wegen hinterlassen, so dass die gesetzliche Erbfolge gilt. An die Tochter des Verstorbenen, Tanja Rösch, geboren am 23. Oktober 1981, von Fraubrunnen BE, mit unbekanntem Aufenthalt bzw. im Falle ihres Ablebens an die unbekanntenen Erben ergeht ein Erbenruf gemäss Artikel 555 Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB).

Personen, die Anspruch auf die Erbschaft erheben, werden aufgefordert, sich innert Jahresfrist seit der letztmaligen Publikation dieses Erbenrufs beim unterzeichnenden Notar zu melden.

Der Anmeldung sind zivilstandsamtliche Ausweise beizulegen, welche die Erbberechtigung nachweisen. Sachdienliche Hinweise Dritter sind ebenfalls an den Notar zu richten.

Frutigen, 17. Oktober 2018 3-2
Hans-Peter Germann, Notar
Vordorfstrasse 3, Postfach 12, 3714 Frutigen

Letztwillige Verfügungen/Erbverträge

Testamentseröffnung

Die hiernach genannten Personen haben Verfügungen von Todes wegen hinterlassen. Soweit die Adressen der gesetzlichen Erben der Eröffnungsbehörde bekannt sind, hat sie diesen Abschriften zugestellt. Für gesetzliche Erben unbekanntes Aufenthaltes gelten die hiernach folgenden Publikationen als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 ZGB.

Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in die vorgefundenen Verfügungen Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen Einsprache erheben. Erfolgt innerhalb der angegebenen Frist keine Einsprache, so wird den eingesetzten Erben auf Verlangen die Erbenbescheinigung gemäss Artikel 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der Ungültigkeits- und der Erbschaftsklage.

Bansi geb. Gutknecht, Ursula, Tochter des Kurt Otto und der Liesbeth Christine geb. Tüxen, Ehefrau des Hermann *Roderich*, geboren am 24. August 1940, von Scuol GR, wohnhaft gewesen Ramuzstrasse 9, 3027 Bern, verstorben am 14. September 2018.

Letztwillige Verfügung vom 19. April 2013, mit teilweiser Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 17. Oktober 2018 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt. Eingebürgert am 21. Februar 1964 in Ardez GR, vorher deutsche Staatsangehörige.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 17. Oktober 2018 3-3
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern
Bereich Erbschaftsamt

Binggeli, Verena, geboren am 8. Januar 1934 in Buchholterberg BE, Tochter der Rosa Beutler, ledig, von Buchholterberg BE, wohnhaft gewesen in 3612 Steffisburg, Unterdorfstrasse 17, verstorben am 3. Oktober 2018.

Letztwillige Verfügung vom 15. Dezember 2017, mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 12. Oktober 2018 durch die Abteilung Sicherheit Steffisburg.

Einsprachen bis und mit 6. Dezember 2018 an die Abteilung Sicherheit, Höchhusweg 5, 3612 Steffisburg.

Steffisburg, 12. Oktober 2018 3-2
Abteilung Sicherheit Steffisburg

Dürig, Yvonne, geboren am 20. September 1930, von Bowil, ledig, wohnhaft gewesen in 3800 Unterseen, Aarestrasse 46, verstorben am 22. August 2018.

Letztwillige Verfügung mit Abänderung der gesetzlichen Erbfolge.

Die letztwillige Verfügung liegt beim beauftragten Notariat Hirni und Frieden, Marktgasse 30, 3800 Interlaken, zur Einsicht auf.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation schriftlich bei der beauftragten Notarin einzureichen.

Interlaken, 8. Oktober 2018 3-3
Caroline Frieden Di Luca, Notarin

Grever, Marijke, geboren am 23. November 1945, von Spiez BE, ledig, Tochter des Anton Bernard Gerard Grever und der Feikje Horreus Grever, wohnhaft gewesen in 3612 Steffisburg, zuletzt mit Aufenthalt im Alterszentrum Heimberg, Auweg 67, 3627 Heimberg, verstorben am 30. Juli 2018.

Eigenhändiges Testament vom 1. Juni 2013 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge.

Auflage im Notariat Schwarz + Neuenschwander, Notar Roman Schwarz, Neuengasse 25, 3011 Bern.

Allfällige Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation schriftlich an Notar Roman Schwarz, Neuengasse 25, Postfach, 3001 Bern, zu richten.

Bern, 16. Oktober 2018 3-2
Roman Schwarz, Notar und Rechtsanwalt

Hirn, Daisy Hermance, fille de Jules Henri et de Marie Hermance née Vuilleumier, le 19 mars 1928, de Biel/Bienne et haute-Ajoie JU, célibataire, domiciliée à 2502 Biel/Bienne, auprès du contrôle des habitants, rue Neuve 28, avec résidence au Home Béthel, 2534 Orvin, décédée le 27 août 2018.

La défunte laisse un testament du 23 octobre 2003, avec compléments du 24 mars 2009 et du 9 juin 2018, lesquels modifient l'ordre légal de succession. Ils ont été ouverts le 26 septembre 2018 par Me Jean-François Renggli, notaire à 2502 Biel/Bienne, place de la Gare 7. Ces dispositions peuvent être consultées en l'Etude du notaire précité par tout héritier dûment légitimé.

Les oppositions sont à adresser au notaire par écrit dans le délai d'un mois dès la 3ème publication.

Biel/Bienne, le 12 octobre 2018 3-3

Hofer geb. Hertig, Esther Erika, geboren am 9. Januar 1928, von Oberhofen am Thunersee BE und Rothrist AG, verwitwet, wohnhaft gewesen im Alters- und Pflegeheim Oertlimatt, Leissigenstrasse 30, 3704 Krattigen, verstorben am 30. August 2018.

Zwei letztwillige Verfügungen vom 16. Februar 2015 und vom 26. April 2015 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge und Erbeinsetzung.

Auflage bei Notar Peter G. Augsburger, Gurnigelstrasse 1, 3132 Riggisberg, Telefon 031 809 00 02.

Einsprachen innert Monatsfrist ab der dritten Publikation schriftlich an Notar Peter G. Augsburger, Gurnigelstrasse 1, 3132 Riggisberg.

Riggisberg, 16. Oktober 2018 3-2
Der Beauftragte: Peter G. Augsburger, Notar

Klein geb. Aegerter, Nelly, geboren am 16. Februar 1922, von Kirchberg SG, verwitwet, wohnhaft gewesen im Alters- und Pflegeheim Oertlimatt, Leissigenstrasse 30, 3704 Krattigen, verstorben am 30. Juli 2018.

Letztwillige Verfügung vom 13. April 2000 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge und Erbeinsetzung. Auflage bei Notar Peter G. Augsburg, Gurnigelstrasse 1, 3132 Riggisberg, Telefon 031 809 00 02. Einsprachen innert Monatsfrist ab der dritten Publikation schriftlich an Notar Peter G. Augsburg, Gurnigelstrasse 1, 3132 Riggisberg.

Riggisberg, 16. Oktober 2018 3-2
Der Beauftragte: Peter G. Augsburg, Notar

Mosimann geb. Schrepfer, Hedwig, geboren am 29. November 1918 in Winterthur ZH, von Lauperswil BE, verwitwet gewesen seit dem 16. November 1974, wohnhaft gewesen Eggwilstrasse 63, 3535 Schüpbach (Gemeinde Signau), verstorben am 23. Mai 2018 in Langnau im Emmental BE.

Die Verstorbene hat eine letztwillige Verfügung vom 24. April 1978, mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge und Erbeinsetzung, hinterlassen. Für gesetzliche Erben unbekanntes Aufenthaltes gilt diese Publikation als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 ZGB.

Diese letztwillige Verfügung liegt beim beauftragten Notar zur Einsichtnahme durch die gesetzlichen Erbeninnen und Erben auf.

Die von der Erblasserin eingesetzten Erben werden als Erben erkannt, sofern dagegen von den gesetzlichen Erben nicht innert Monatsfrist ab der dritten Publikation dieser Bekanntmachung Einsprache im Sinne von Artikel 559 ZGB erhoben wird.

Einsprachen sind an den beauftragten Notar zu richten.

Signau, 18. Oktober 2018 3-3
Der Beauftragte: Notar Samuel Leuenberger
Dorfstrasse 19, Postfach, 3534 Signau

Schaad-Meyer, Erna Martha, geboren am 26. März 1925, Tochter des Wilhelm und der Karoline Meyer geb. Schneider, von Oberbipp, verwitwet, wohnhaft gewesen in 4938 Oberbipp, mit Aufenthalt im dahlia Wiedlisbach, Bergstrasse 1, 4537 Wiedlisbach, ist am 20. April 2018 in Wiedlisbach verstorben.

Die Verstorbene hinterlässt eine eigenhändig geschriebene letztwillige Verfügung vom 17. Mai 2009, mit Abänderung der gesetzlichen Erbfolge. Die letztwillige Verfügung liegt in der Kanzlei des Notariatsbüros Freudiger + Ruckstuhl, Aarwangenstrasse 4, 4901 Langenthal, zur Einsichtnahme auf.

Einsprachen sind bis und mit 10. Dezember 2018 schriftlich an den beauftragten Notar zu richten.

Langenthal, 18. Oktober 2018 3-2
Notariat Freudiger + Ruckstuhl
Beat Ruckstuhl, Notar

Schieck geb. Grieb, *Madeleine* Ernestine, Tochter des Ernst und der Antoinette geb. Schnell, Witwe des Gerhard Christoph, geboren am 15. Juli 1928, von Burgdorf BE, wohnhaft gewesen Schosshaldenstrasse 40, 3006 Bern, verstorben am 7. September 2018. Verlust des Bürgerrechts von Burgdorf BE durch Heirat im Jahr 1950. Wiedereinbürgerung im Jahr 1953.

Letztwillige Verfügung vom 24. April 2008, eröffnet am 10. Oktober 2018 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 17. Oktober 2018 3-3
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern
Bereich Erbschaftsamt

Am 16. Februar 2015 ist in Zlin, Tschechische Republik, **Valiček geb. Vachala**, geboren am 31. Mai 1928, von Biel/Bienne BE, verwitwet, wohnhaft gewesen in Zlin, Malenovice 967, Tschechische Republik, mit letztem in der Schweiz bekannten Wohnsitz an der Mühlestrasse 11, 2504 Biel/Bienne, verstorben.

Die Verstorbene hat vollständig letztwillig über ihren Nachlass verfügt. Da allfällige gesetzliche Erben nicht bekannt sind, wird ihnen auf diesem Weg von der Verfügung von Todes wegen Kenntnis gegeben. Die gesetzlichen Erben aus den grosselterlichen Stämmen haben das Recht, gegen Nachweis ihrer Erbberechtigung beim unterzeichnenden Notar Einsicht in die Verfügung von Todes wegen zu nehmen und eine Kopie zu verlangen. Die eingesetzten Erben werden anerkannt, sofern dagegen von den gesetzlichen Erben nicht innert Monatsfrist ab Publikation dieser Bekanntmachung beim unterzeichnenden Notar Einsprache im Sinne von Art. 559 ZGB erhoben wird.

Bern, 31. Oktober 2018 3-1

Auftrags der eingesetzten Erben:
Reto Trees
Fürsprecher und Notar
Seftigenstrasse 2, Postfach 333, 3000 Bern 14

Erbschaft von **Wirtz**, Michael, geboren am 29. August 1941 in Rathenow, deutscher Staatsangehöriger, ledig, Sohn der Annlise Alisabeth Lucie Emma Wirtz Schlatow und des Richard Walter Wirtz, wohnhaft gewesen Domicil Wyler, Wylerringstrasse 58, verstorben am 3. Juli 2018 in Bern.

Letztwillige Verfügung mit Abänderung der gesetzlichen Erbfolge.

Die letztwillige Verfügung vom 19. Juni 2018 liegt beim beauftragten Notariat Weil, Dählhölzliweg 3, 3005 Bern, zur Einsicht auf.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation schriftlich beim beauftragten Notar einzureichen.

Bern, 23. Oktober 2018 3-1

Der Notar:
Kanzlei D3
Herr Thomas Weil
Dählhölzliweg 3, Postfach 229, 3000 Bern 6

Zechner, Josef, Sohn des Johann und der Kreszentia geb. Mader, Ehemann der Gerda geb. Hofer, geboren am 2. September 1933, österreichischer Staatsangehöriger, wohnhaft gewesen Gryphenhübelweg 28, 3006 Bern, verstorben am 23. September 2018.

Letztwillige Verfügungen vom 27. September 1979 und 18. Juni 2017, mit teilweiser Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 24. Oktober 2018 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 24. Oktober 2018 3-2

Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern
Bereich Erbschaftsamt

Erbschaftsamt

Die hiernach genannten Personen haben Verfügungen von Todes wegen hinterlassen. Soweit die Adressen der gesetzlichen Erben der Eröffnungsbehörde bekannt sind, hat sie diesen Abschriften zugestellt. Für gesetzliche Erben unbekanntes Aufenthaltes gelten die hiernach folgenden Publikationen als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 ZGB.

Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in die vorgefundenen Verfügungen Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen Einsprache erheben. Erfolgt innerhalb der angegebenen Frist keine Einsprache, so wird den eingesetzten Erben auf Verlangen die Erbenbescheinigung gemäss Artikel 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der Ungültigkeits- und der Erbschaftsklage.

Kleist, Willi, geboren am 12. Februar 1925, von La Tène NE und Maisprach BL, verwitwet, wohnhaft gewesen in 3273 Kappelen, Oberzägli 2, verstorben am 14. September 2018.

Erbschaftsamt vom 31. Januar 2018, mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 10. Oktober 2018 durch Notar Marc Woodtli in Biel/Bienne.

Auflage im Notariat Marc Woodtli, Spitalstrasse 12, 2502 Biel/Bienne. Einsprachen innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an Marc Woodtli, Notar, Spitalstrasse 12, Postfach 96, 2501 Biel/Bienne.

Erfolgt innerhalb der angegebenen Frist keine Einsprache, wird den eingesetzten Erben auf Verlangen die Erbenbescheinigung gemäss Artikel 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der Ungültigkeits- und der Erbschaftsklage.

Biel/Bienne, 10. Oktober 2018 3-3
Marc Woodtli, Notar
Spitalstrasse 12, Postfach 96, 2501 Biel/Bienne

Ehevertrag und Erbvertrag, Eröffnung

Hartung, Rudolf Kurt, geboren am 11. Juni 1925, Staatsangehörigkeit Bundesrepublik Deutschland, verheiratet, wohnhaft gewesen Heimstrasse 8, 4950 Huttwil, ist am 26. Juni 2018 in Huttwil BE verstorben.

Der Verstorbene hat zusammen mit seiner Ehefrau am 8. Juni 2009 vor Notar Dr. Mark Eichner, Basel, einen Ehevertrag (Erb- und Güterrechtsprot. Nr. 2/2009) sowie einen Erbvertrag (Erb- und Güterrechtsprot. Nr. 3/2009) abgeschlossen.

Der beauftragte Notar hat die Verträge am 2. Juli 2018 den gesetzlichen Erben mit bekannter Adresse schriftlich eröffnet. Für die allfälligen weiteren gesetzlichen Erben unbekanntes Aufenthaltes gilt die nachfolgende Publikation als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 ZGB.

Die vorewähnten Verträge liegen beim beauftragten Notar zur Einsichtnahme durch die gesetzlichen Erbeninnen und Erben auf.

Einsprachen sind innerhalb Monatsfrist seit der dritten Publikation an Graf, Krummenacher & Partner KLG, Notar Bernhard Krummenacher, Jurastrasse 29, 4900 Langenthal, zu richten. 3-3

Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

Strafbefehl

Den nachgenannten Personen unbekanntes Aufenthaltes wird hiernit, in Anwendung der Artikel 352 ff., 421 und 426 StPO, Artikel 34 ff., 37 ff., 41 oder 106 StGB sowie der nachstehend aufgeführten Gesetzesbestimmungen, ein Strafbefehl eröffnet. Sie können dagegen Einsprache erheben; die Einsprache muss, datiert und von der beschuldigten Person oder von einer hierzu bevollmächtigten Anwältin oder einem hierzu bevollmächtigten Anwalt unterschrieben und spätestens innerhalb von zehn Tagen nach der Publikation bei der aufgeführten Staatsanwaltschaft eingereicht oder vor Ablauf dieser Frist der schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung im Ausland an die Adresse der Staatsanwaltschaft übergeben sein (Art. 89 ff. StPO); ferner kann die Einsprache innerhalb der Einsprachefrist bei der Staatsanwaltschaft persönlich erhoben werden. Die Beweislast hierfür trifft den Absender. Die Einsprache muss von der beschuldigten Person nicht begründet werden, hingegen besteht für weitere Einspracheberechtigzte eine Begründungspflicht. Eingaben per E-Mail oder Fax haben keine Frist wählende Wirkung. Das Begehren um bedingten Straferlass gilt als Einsprache. Kann die beschuldigte Person glaubhaft machen, dass sie unverschuldet verhindert war rechtzeitig Einsprache zu erheben, so kann sie bei der aufgeführten Staatsanwaltschaft innerhalb von 30 Tagen nach Wegfall des Säumnisgrundes ein Gesuch um Wiederherstellung der Frist einreichen (Art. 94 StPO). Wird Einsprache erhoben, so nimmt die Staatsanwaltschaft die weiteren Beweise ab, die zur Beurteilung der Einsprache erforderlich sind. Bleibt eine Einsprache erhebende Person trotz Vorladung einer Einvernahme unentschuldigt fern, so gilt ihre Einsprache als zurückgezogen. Nach Abnahme der Beweise entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie (a) am Strafbefehl festhält, (b) das Verfahren einstellt, (c) einen neuen Strafbefehl erlässt oder (d) Anklage beim erstinstanzlichen Gericht erhebt (Art. 355 StPO). Im Fall (a) oder (d) werden die Akten zur Fortsetzung des Verfahrens dem zuständigen Gericht überwiesen. Ohne gültige Einsprache wird der Strafbefehl zum rechtskräftigen Urteil. In diesem Fall sind Busse und Kosten innert Monatsfrist der Finanzverwaltung des Kantons Bern (Postkonto 30-406-7), zugunsten der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern, Inkassostelle, zu überweisen. Gesuche um Ratenzahlungen sind an die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern, Bussen-

inkasso, Kramgasse 20, 3011 Bern, zu richten. Soweit die verurteilte Person die Busse nicht bezahlt und sie auf dem Betreuungsweg uneinbringlich ist, tritt an ihre Stelle die im Strafbefehl festgesetzte Ersatzfreiheitsstrafe. Die Ersatzfreiheitsstrafe entfällt, soweit die Busse nachträglich bezahlt wird. Die Staatsanwaltschaft kann im Strafbefehl mit Zustimmung der beschuldigten Person statt einer unbedingten Geldstrafe oder einer Busse gemeinnützige Arbeit anordnen.

Die Zustimmung zur Anordnung von gemeinnütziger Arbeit kann innert der Einsprachefrist von zehn Tagen (nach Zustellung des Strafbefehls, vgl. oben) schriftlich nachgereicht werden, wobei die oben aufgeführten Voraussetzungen für die Einsprache ebenfalls gelten.

Ein Tagessatz Geldstrafe bzw. Fr. 100.– Busse werden durch vier Stunden gemeinnützige Arbeit abgegolten. Erfolgt keine Zustimmung durch die beschuldigte Person, wird die unbedingte Geldstrafe oder die ausgesprochene Busse vollzogen.

Staatsanwaltschaft des Kantons Bern,
Region Bern-Mittelland

Mouhous Omar, geboren am 4. Juli 1995, von Köniz, unbekanntes Aufenthalts, wird Folgendes mitgeteilt:

1. Mouhous Omar wird wegen eventualvorsätzlicher versuchter einfacher Körperverletzung schuldig erklärt.
2. Mouhous Omar wird bestraft mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je Fr. 30.–, ausmachend Fr. 2700.–.
3. Auf den Widerruf der mit Urteil vom 19. September 2017 des Bezirksgerichts Zürich, 10. Abteilung, bedingt ausgesprochenen Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu je Fr. 20.–, ausmachend Fr. 3600.–, wird verzichtet. Hingegen wird die Probezeit von vier Jahren um ein Jahr verlängert.
4. Die Kosten des Verfahrens von Fr. 3500.– werden Mouhous Omar auferlegt.

Einsprachefrist: Zehn Tage.

Der Staatsanwalt: R. Kerner

Binder, Nina Katharina, geboren am 1. Oktober 1977, von Deutschland, unbekanntes Aufenthalts, wird folgender Strafbefehl der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern, Region Bern-Mittelland, vom 25. Juni 2018 mitgeteilt: Nina Katharina Binder wird wegen betrügerischer Missbrauchs einer Datenverarbeitungsanlage schuldig erklärt.

Nina Katharina Binder wird bestraft mit einer Geldstrafe von 170 Tagessätzen zu je Fr. 30.–, ausmachend Fr. 5100.–, dies unter Ansetzung einer Probezeit von zwei Jahren. Weiter wird festgestellt, dass Nina Katharina Binder die Zivilforderung der Privatklägerschaft in der Höhe von Fr. 34 470.– anerkannt hat, soweit weitergehend wird die Forderung auf den Zivilweg verwiesen.

Die Verfahrenskosten, bestehend aus Fr. 1350.– Gebühren, werden Nina Katharina Binder auferlegt.

Die Staatsanwältin: A. Müller

1. **Puig Bartelemi Esmerido**, geboren am 11. Oktober 1978, Bürger von Kuba, unbekanntes Aufenthalts, wird wegen Widerhandlung gegen das Ausländergesetz schuldig erklärt.
2. Puig Bartelemi Esmerido wird bestraft mit einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je Fr. 30.–, ausmachend Fr. 3600.–.
3. Auf den Widerruf der mit Urteil vom 27. Mai 2013 der Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland bedingt ausgesprochenen Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je Fr. 30.–, ausmachend Fr. 3000.–, wird verzichtet. Hingegen wird Puig Bartelemi Esmerido verwarnet.
4. Auf den Widerruf der mit Urteil vom 2. April 2015 der Staatsanwaltschaft des Kantons Freiburg bedingt ausgesprochenen Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je Fr. 30.–, ausmachend Fr. 900.–, wird verzichtet. Hingegen wird die Probezeit von zwei Jahren um ein Jahr verlängert, laufend ab Datum des vorliegenden Strafbefehls.
5. Die Kosten des Verfahrens von Fr. 800.– werden Puig Bartelemi Esmerido auferlegt.
6. Puig Bartelemi Esmerido hat demgemäss total Fr. 4400.– zu bezahlen.

Die Staatsanwältin: Spicher Kämpfer

Regionalgerichte

Mitteilungen in Zivilsachen

Eröffnung von Entscheidungen in Zivilsachen im Dispositiv

Die nachstehenden Zivilentscheide werden den unbekannt abwesenden Parteien gemäss Artikel 141 ZPO im Dispositiv eröffnet. Gestützt auf Artikel 239 Absatz 2 ZPO kann innert zehn Tagen ab Publikationsdatum beim zuständigen Gericht eine mit Rechtsmittelbelehrung versehene Begründung verlangt werden. Geht innert Frist kein entsprechendes Begehren ein, gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheides mit Berufung oder Beschwerde.

Regionalgericht Bern-Mittelland, Zivilabteilung

Zivilverfahren **Begolli Fahrje**, geboren am 20. Mai 1964, wohnhaft rr.Xhaavit Mitrovica, BL-II,h.I, kati IV, nr. 14, KOS-10000 Prishtina, per Adresse: Sedaj Franklin, Rr. UÇK Nr. 6 (Fah. Post. 7), KOS-10010 Prishtinë, Klägerin, gegen Haliti Ahmet, geboren am 10. September 1938, von Bern, Sulgenrain 27/12, 3007 Bern, Beklagter betreffend Ergänzung ausländisches Ehescheidungs Urteil.

Die Gerichtspräsidentin entscheidet:

1. Auf die «Alimentationsklage» vom 23. Juni 2017 wird mangels Leistung des Gerichtskostenvorschusses nicht eingetreten.
2. Die Gerichtskosten, bestimmt auf total Fr. 4000.– (inkl. Gerichtsgebühren, Kosten Gutachten sowie Publikationskosten), werden der Klägerin auferlegt und mit separater Rechnung einverlangt.
3. Zu eröffnen:
 - der Klägerin (durch Publikation im Amtsblatt)
 - dem Beklagten (mittels Einschreiben)

Rechtsmittelbelehrung: Jede Partei kann innert zehn Tagen seit Zustellung dieses Dispositivs eine schriftliche Begründung verlangen. Wird keine Begründung verlangt, so gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheides (Art. 239 Abs. 2 ZPO).

Nach Zustellung der Entscheidbegründung kann der Entscheid innert 30 Tagen mit Berufung angefochten werden. Für die Einzelheiten wird auf die Rechtsmittelbelehrung verwiesen, die der Entscheidbegründung beigelegt wird.

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine Frist wahrende Wirkung.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossienummer (CIV 17 4121) anzugeben.

Zivilverfahren Chour Kim Lung, geboren am 1. März 1960, wohnhaft Buchholzweg 18, 3098 Schliern bei Köniz, vertreten durch Rechtsanwalt Daniel Schütz, Kőnizstrasse 256, 3097 Liebfeld, Klägerin, gegen **Lonh Soeur**, geboren am 1. März 1970, unbekanntes Aufenthalts, letzter bekannter Wohnsitz Sruysleang, Kambodscha, Beklagter betreffend Gesuch unentgeltliche Rechtspflege/Ehescheidung auf Klage.

Der Gerichtspräsident entscheidet:

1. Die zwischen den Parteien am 30. März 2009 vor dem Zivilstandsamt Takeo, Kirivong, Kambodscha geschlossene Ehe wird auf Begehren der Klägerin in Anwendung von Art. 114 ZGB geschieden.
2. Es wird festgestellt, dass zwischen den Parteien keine nachehelichen Unterhaltspflichten gemäss Art. 125 ZGB bestehen.
3. Von einer Teilung der Austrittsleistungen wird gestützt auf Art. 124b Abs. 2 ZGB abgesehen.
4. Es wird festgestellt, dass die Parteien auf dem heutigen Besitzstand gütterrechtlich vollständig auseinandergesetzt sind.
5. ...

6. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 2309.60 (Gerichtsgebühr Fr. 1400.–, Kosten Übersetzung Fr. 909.60), werden antragsgemäss der Klägerin auferlegt unter Vorbehalt ihres Rechts auf unentgeltliche Rechtspflege.

Wird keine schriftliche Begründung verlangt, reduziert sich die Entscheidgebühr auf Fr. 1050.– Die Gerichtskosten betragen damit Fr. 1959.60.

7. Jede Partei trägt ihre eigenen Parteikosten, für Frau Kim Lung Chour unter Vorbehalt ihres Rechts auf unentgeltliche Rechtspflege.

8. ...

9. ...

10. ...

11. Schriftlich zu eröffnen:

– dem Beklagten (durch amtliche Publikation)

Der Gerichtspräsident: Gerber

Zivilverfahren **Abraham Gidey**, Staatsangehörigkeit Eritrea, unbekanntes Aufenthalts, Beklagter 1/ Gesuchsgegner im Verfahren Anfechtung Kindesverhältnis sowie unentgeltliche Rechtspflege der Gebremeskel Bethany, geboren am 17. Februar 2018, gesetzlich vertreten durch die Mutter Dearth Gebremeskel, Worbentalstrasse 93, 3063 Ittigen, vertreten durch Beiständin Eve-Anne Baltzinger, Sozialdienst Ittigen, Rain 7, 3063 Ittigen sowie der Dearth Gebremeskel, geboren am 29. Mai 1988, Staatsangehörigkeit Eritrea, Worbentalstrasse 93, 3063 Ittigen.

Die Gerichtspräsidentin entscheidet:

1. Es wird festgestellt, dass kein Kindesverhältnis zwischen Gidey Abraham, geb. unbekannt, Beklagter 1, und Bethany Gebremeskel, Klägerin, geboren am 17. Februar 2018, besteht.
2. Der Beklagten 2 wird für das Verfahren betreffend Anfechtung Kindesverhältnis die unentgeltliche Rechtspflege erteilt, beschränkt auf die Gerichtskosten (CIV 18 6179).
3. Das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege der Klägerin wird als gegenstandslos abgeschlossen (CIV 18 4910).
4. Für die Verfahren betreffend die unentgeltliche Rechtspflege (CIV 18 4910/18 6179) werden keine Gerichtskosten erhoben.
5. Die Gerichtskosten für das Verfahren betreffend Anfechtung Kindesverhältnis (CIV 18 4910), bestimmt auf Fr. 2205.30 (inkl. Kosten Vaterschaftsanalyse Fr. 1205.30), werden der Beklagten 2 auferlegt, unter Anwendung der Bestimmungen über die unentgeltliche Rechtspflege.
6. Jede Partei trägt ihre eigenen Parteikosten.
7. Die Beklagte 2 hat dem Kanton Bern die ihr auferlegten Gerichtskosten nachzuzahlen, sobald sie dazu in der Lage ist (Art. 123 Abs. 1 ZPO).
8. Zu eröffnen:
 - der Klägerin/Gesuchstellerin
 - der Beklagten 2/Gesuchsgegnerin 2/Gesuchstellerin
 - dem Beklagten 1/Gesuchsgegner 1 (durch Publikation im Amtsblatt)Schriftlich mitzuteilen nach Eintritt der Rechtskraft:
 - dem zuständigen Zivilstandsamt

Rechtsmittelbelehrung: Jede Partei kann innert zehn Tagen seit Zustellung dieses Dispositivs eine schriftliche Begründung verlangen. Wird keine Begründung verlangt, so gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheides (Art. 239 Abs. 2 ZPO).

Nach Zustellung der Entscheidbegründung kann der Entscheid innert 30 Tagen mit Berufung angefochten werden. Für die Einzelheiten wird auf die Rechtsmittelbelehrung verwiesen, die der Entscheidbegründung beigelegt wird.

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine Frist wahrende Wirkung.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossienummer (CIV 18 4908/4910/6179) anzugeben.

Die Gerichtspräsidentin: Gysi

Zivilverfahren Kaya Musa, geboren am 28. September 1997, Staatsangehörigkeit Türkei, wohnhaft c/o Passantenheim der Heilsarmee, Muristrasse 6, 3006 Bern (AHV-Nr. 756.8671.4075.88) vertreten durch Fürsprecher Ismet Bardakci, Aarberggasse 30, Postfach, 3001 Bern, Kläger, gegen **Kaya Nazlican**, geboren am 23. September 1986, Staatsangehörigkeit Türkei, wohnhaft Cumhuriyet mahallesi, Prof. Muammer Aksoy caddesi, No. 34/7 Tunceli, Türkei, Beklagte, betreffend Ehescheidung auf Klage.

Die Gerichtspräsidentin entscheidet:

1. Die zwischen den Parteien am 4. Januar 2016 in Tunceli/Türkei geschlossene Ehe wird auf Begehren der klagenden Partei in Anwendung von Art. 114 ZGB geschieden.
2. Es wird festgestellt, dass gegenseitig kein nachehelicher Unterhalt nach Art. 125 ZGB geschuldet ist.
3. Es wird festgestellt, dass die Parteien nicht über Ansprüche aus der beruflichen Vorsorge verfügen.
4. Es wird festgestellt, dass die Parteien im heutigen Besitzstand güterrechtlich vollständig auseinander gesetzt sind.
5. Der klagenden Partei wird für das vorliegende Scheidungsverfahren das Recht zur unentgeltlichen Rechtspflege erteilt, unter Beiordnung von Fürsprecher Ismet Bardakci als amtlicher Anwalt. Für das Verfahren um unentgeltliche Rechtspflege werden keine Gerichtskosten erhoben.
6. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 2400.– (inkl. Übersetzungs- und Publikationskosten), werden beiden Parteien je zur Hälfte auferlegt und die eigenen Parteikosten werden von jeder Partei selbst getragen. Ohne schriftliche Begründung reduzieren sich die Gerichtskosten um Fr. 400.– und belaufen sich somit auf Fr. 2000.–. Die Bestimmungen über die unentgeltliche Rechtspflege bleiben vorbehalten.
7. (...)
8. (...)
9. Mündlich eröffnet und begründet unter Hinweis auf die nachstehende Rechtsmittelbelehrung und der klagenden Partei im Dispositiv abgegeben.
Schriftlich zu eröffnen:
– der beklagten Partei (durch Publikation, Ziffern 1 bis 6)

Rechtsmittelbelehrung: Jede Partei kann innert zehn Tagen seit Zustellung dieses Dispositivs eine schriftliche Begründung verlangen. Wird keine Begründung verlangt, so gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheides (Art. 239 Abs. 2 ZPO).

Nach Zustellung der Entscheidung kann der Entscheid innert 30 Tagen mit Berufung (Art. 308 ff. ZPO) angefochten werden. Richtet sich die Anfechtung ausschliesslich gegen den Kostenentscheid oder richtet sie sich gegen die Festsetzung der Entschädigung für die amtliche Rechtsvertretung, wird Beschwerde (Art. 319 ff. ZPO) zu erheben sein. Für die Einzelheiten wird auf die Rechtsmittelbelehrung verwiesen.

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine Frist wahrende Wirkung.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossiernummer (CIV 18 1741) anzugeben.

Die Gerichtspräsidentin: Rickli

Regionalgericht Berner Jura-Seeland

Ali Edris Azalden Ali, vormals wohnhaft Neuen-gasse 31 in 2502 Biel/Bienne, jetzt unbekanntem Aufenthaltes, wird als Gesuchsgegner in Sachen Persönlichkeitsschutz des Azadin Ayad, Gesuchsteller, nachstehender Entscheid vom 10. Oktober 2018 zur Kenntnis gebracht:

1. (...)
2. (...)
3. (...)

4. Dem Gesuchsgegner wird verboten,
 - a. sich dem Gesuchsteller auf weniger als 100 Meter zu nähern;
 - b. sich der Wohnung des Gesuchstellers auf weniger als 100 Meter zu nähern;
 - c. mit dem Gesuchsteller per Telefon, SMS, WhatsApp, Instagram, mittels einer Drittperson oder anderswie Kontakt aufzunehmen.
5. Für den Fall der Widerhandlung gegen das Verbot gemäss Ziff. 4 hiervor werden dem Gesuchsgegner die Straffolgen nach Art. 343 Abs. 1 Lit. a ZPO in Verbindung mit Art. 292 StGB angedroht (Busse bis zu Fr. 10 000.–). Der Gesuchsteller meldet allfällige Widerhandlungen der Polizei.
6. Dem Gesuchsteller wird zur Einreichung der Klage im Hauptprozess eine Frist von 30 Tagen gesetzt, mit dem Hinweis, dass bei Nichteinhalten dieser Frist die vorliegend angeordneten Massnahmen (Ziffern 4) ohne weiteres dahin fallen.
7. Es wird darauf hingewiesen, dass im vorliegenden Verfahren der Fristenstillstand gemäss Art. 145 ZPO nicht gilt.
8. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 1000.–, werden dem Gesuchsgegner auferlegt und diesem separat in Rechnung gestellt.
9. Der Gesuchsgegner hat Rechtsanwältin Simonin-Klinke eine Parteientschädigung von Fr. 1752.95 (inkl. MwSt.) zu bezahlen.
10. (...)
11. Zu eröffnen:
– den Parteien

Thevathasan Thusyanthas, wohnhaft 61 Lindh-berg drive, L4H 1M1, Woodbridge in Ontario, Kanada, wird als Gesuchsgegner in Sachen Eheschutz der Thevathasan Ashvitha, Gesuchstellerin, nachstehender Entscheid vom 15. Oktober 2018 zur Kenntnis gebracht:

1. Es wird festgestellt, dass der gemeinsame Haushalt der Parteien am 6. Juni 2017 aufgehoben worden ist und die Parteien zum Getrenntleben berechtigt sind.
2. Für die Dauer der Aufhebung des gemeinsamen Haushalts werden die Kinder
– Harshini, geboren am 15. April 2011
– Iniya, geboren am 24. August 2016
– Avinash, geboren am 27. Januar 2018
unter die Obhut der Gesuchstellerin gestellt, wo sich auch deren zivilrechtlicher Wohnsitz befindet.
3. Auf die Regelung eines Kontaktrechts zwischen dem Gesuchsgegner und den Kindern wird verzichtet.
4. Der Gesuchsgegner wird verurteilt, der Gesuchstellerin für die Kinder Harshini, Iniya und Avinash für die Dauer der Aufhebung des gemeinsamen Haushalts einen Unterhaltsbeitrag, zahlbar monatlich zum Voraus, in der Höhe von je Fr. 360.– Barunterhalt, erstmals rückwirkend per Juni 2017, zuzüglich allfälligem Kindergeld zu bezahlen.
Art. 179 Abs. 1 sowie Art. 286 Abs. 2 und 3 ZGB bleiben vorbehalten.
5. Es wird festgestellt, dass mit dem vereinbarten Unterhaltsbeitrag der gebührende Unterhalt der Kinder nicht gedeckt ist. Zur Deckung des gebührenden Unterhalts (inkl. Betreuungsunterhalt) fehlen folgende Beträge (Unterdeckung): Fr. 1190.– (davon Fr. 900.– Betreuungsunterhalt) je Kind.
6. Es wird festgestellt, dass die Parteien nicht in der Lage sind sich gegenseitig Unterhaltsbeiträge zu bezahlen.
7. Bei der Festsetzung der Unterhaltsbeiträge wurde von folgenden Einkommenszahlen (netto pro Monat, inkl. Anteil 13. Monatslohn/Gratifikation, exkl. Familienzulagen) ausgegangen:
– Ashvitha Thevathasan: Fr. 0.–
– Thusyanthas Thevathasan: Fr. 3000.–
Die Ehegatten und die Kinder verfügen nicht über nennenswertes Vermögen.
8. Die Parteien behalten während der Zeit der Aufhebung des gemeinsamen Haushalts die Mobilarstücke, die sich gegenwärtig in ihrem Besitz befinden.
9. (...)
10. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 600.–, werden den Parteien je zur Hälfte auferlegt, unter Vorbehalt des Ashvitha Thevathasan gewährten Rechtes zur unentgeltlichen Rechtspflege.

Wird eine schriftliche Begründung verlangt, erhöht sich die Entscheidgebühr auf Fr. 800.–.

11. Jede Partei trägt ihre eigenen Parteikosten, unter Vorbehalt des Ashvitha Thevathasan gewährten Rechtes zur unentgeltlichen Rechtspflege.
12. (...)
13. (...)
14. Der Gesuchstellerin mündlich und schriftlich eröffnet sowie mündlich begründet unter Hinweis auf die nachstehende Rechtsmittelbelehrung.
Schriftlich zu eröffnen:
– den Parteien

Die Gerichtspräsidentin: Gutmann

La décision suivante en matière civile est pourvue d'une motivation et est notifiée, sous la forme d'un dispositif, aux personnes de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Le délai pour contester la décision commence à courir dès la publication de la décision. La durée du délai est indiquée séparément par chaque publication de décision (voir ci-dessous). La motivation, ainsi que l'indication complète des voies de droit peuvent être consultées auprès de l'autorité judiciaire compétente, après s'être annoncé préalablement par téléphone.

Dans la procédure civile en matière de mainlevée provisoire de l'opposition liée entre (litispendant dès le 25 juin 2018) Gewerkschaft Union, Weltpoststrasse 20, 3015 Bern, p.a.: Unia Section Biel-Seeland, Murtenstrasse 33, 2501 Biel/Bienne, requérante et **Giannotta**, Daniele, de domicile inconnu, requis.

Considéranants:

(...)

La Présidente e.o. décide:

1. La mainlevée provisoire de l'opposition au commandement de payer no 98006787 de l'Office des poursuites Seeland, agence Biel/Bienne, est prononcée pour un montant de Fr. 356.40 plus intérêt à 5% dès le 16 mai 2018.
Il n'est pas nécessaire de prononcer la mainlevée pour les frais de poursuite.
Pour le surplus, la requête est rejetée.
2. Les frais judiciaires, fixés à Fr. 150.–, sont mis à la charge de la partie requise et prélevés sur l'avance fournie par la partie requérante. La partie requise est condamnée à rembourser à la partie requérante Fr. 150.–.
3. La partie requise est condamnée à payer à la partie requérante un montant de Fr. 40.– à titre de dépens.
4. La présente décision est notifiée aux parties.

Les ordonnances civiles suivantes sont notifiées, sous la forme d'un dispositif, aux parties de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Sur la base de l'art. 239 al. 2 CPC, une motivation écrite, avec indication des voies de droit, peut être demandée à l'autorité judiciaire compétente, dans les 10 jours à compter de la publication. Si aucune demande n'est formée dans ce délai, les parties sont considérées avoir renoncé à l'appel ou au recours.

Dans la procédure civile liée entre Solibia AG, Monsieur Dr Urs A. Nater, Via Maistra 5, 7500 St. Moritz, p.a.: Roth Management Immobilier SA, rue de Flore 30, 2502 Biel/Bienne, requérante et **Giannotta**, Daniele, de domicile inconnu, requis concernant l'exécution d'une décision d'expulsion

La Présidente e.o. ordonne:

1. Par requête du 23 août 2018, la requérante a demandé l'exécution de la décision d'expulsion du 23 juillet 2018.
2. Par mandat du 31 août 2018 la sécurité publique/services spéciaux, entraide administrative et assistance à l'exécution de la ville de Bienne a été chargée de l'exécution.
3. Selon le rapport de la sécurité publique/services spéciaux, entraide administrative et assistance à l'exécution de la ville de Bienne, les locaux de l'appartement dont le requis était locataire ont été évacués.
4. Les frais engendrés par l'exécution s'élèvent à Fr. 228.– au total. Le requis est condamné à rembourser ce montant directement à la requérante.
5. Les frais judiciaires de Fr. 300.– dont la requérante a fait l'avance sont mis à la charge du requis. Le requis est condamné à rembourser ce montant directement à la requérante.
6. La présente ordonnance sur les frais est à notifier aux parties.

La Présidente e.o.: Ndiaye

La décision suivante en matière civile est pourvue d'une motivation et est notifiée, sous la forme d'un dispositif, aux personnes de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Le délai pour contester la décision commence à courir dès la publication de la décision. La durée du délai est indiquée séparément par chaque publication de décision (voir ci-dessous). La motivation, ainsi que l'indication complète des voies de droit peuvent être consultées auprès de l'autorité judiciaire compétente, après s'être annoncé préalablement par téléphone.

Dans la procédure civile liée entre Solowiejczyk Chaim, Wolframplatz 16, 8045 Zürich, p. a.: Goda Verwaltung AG, Untermüli 7, case postale 9330, 8036 Zürich, requérant, et **Condé Mohamed**, né le 14 avril 1990, pays d'origine Guinée, Mettlenweg 31, 2504 Biel/Bienne, requis concernant une requête en expulsion traitée en cas clair au sens de l'art. 257 CPC

Considéranants:
(...)

Le Président décide:

1. La partie requise est condamnée à évacuer les locaux et quitter l'appartement qu'elle occupe à Mettlenweg 31 à Biel/Bienne, jusqu'au 30 octobre 2018, à 12 h au plus tard.
2. Au cas où la partie requise n'aurait pas obtempéré jusqu'à la date fixée, la partie requérante pourra demander par écrit au Tribunal régional du Jura bernois-Seeland, Section civile, qu'il enjoigne la commune de Biel/Bienne, par l'organe de police compétent d'exécuter la présente décision, moyennant une avance de frais encore à déterminer.
3. Les frais judiciaires, fixés à Fr. 1000.–, sont mis à la charge de la partie requise et prélevés sur l'avance fournie par la partie requérante. La partie requise est condamnée à rembourser à la partie requérante Fr. 1000.–.
4. Il n'est pas alloué de dépens.
5. A notifier aux parties

La décision suivante en matière civile est pourvue d'une motivation et est notifiée, sous la forme d'un dispositif, aux personnes de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Le délai pour contester la décision commence à courir dès la publication de la décision. La durée du délai est indiquée séparément par chaque publication de décision (voir ci-dessous). La motivation, ainsi que l'indication complète des voies de droit peuvent être consultées auprès de l'autorité judiciaire compétente, après s'être annoncé préalablement par téléphone.

Dans la procédure civile liée entre Burkhalter Bernadette, née le 16 août 1988, de Haute-Sorne JU, rue des Hirondelles 15, 2502 Biel/Bienne, représentée par Me Agathe Haenni, place Centrale 51, case postale 480, 2501 Biel/Bienne, requérante et **Dedo Dodzi**, né le 29 avril 1982, pays d'origine Togo, Bielstrasse 6, 2542 Pieterlen, requis concernant une requête en mesures provisionnelles (protection de la personnalité) et une requête d'assistance judiciaire.

Considéranants:
(...)

Le Président décide:

Ad requête d'assistance judiciaire (CIV 18 2943)

1. L'assistance judiciaire est accordée à la requérante pour la procédure de mesures superprovisionnelles et provisionnelles en protection de la personnalité introduite contre le requis.
2. Me Agathe Haenni est désignée comme avocate d'office de la requérante.
3. Il n'est pas perçu de frais pour la procédure d'assistance judiciaire.

Ad requête de mesures provisionnelles en protection de la personnalité (CIV 18 2942)

1. La requête en mesures provisionnelles du 28 juin 2018 est admise.
2. Il est interdit à la partie requise :
 - de s'approcher à moins de 100 mètres de l'appartement actuel de la requérante, présentement sis Schwalbenstrasse 15, 2502 Bienne;
 - de s'approcher à moins de 100 mètres de la requérante, tout en lui enjoignant de s'éloigner immédiatement en cas de rencontre fortuite, le tout sous réserve d'un éventuel exercice du droit de visite du requis envers ses deux filles;sous commination des sanctions prévues par l'art. 343 al. 1 let. a CPC en relation avec l'art. 292 CP en cas d'inexécution (amende allant

jusqu'à Fr. 10 000.–). Le cas échéant, la partie requérante dénoncera à la Police cette infraction poursuivie d'office.

3. Il est imparté à la partie requérante un délai de 30 jours pour le dépôt de la demande au fond. Si la partie requérante ne dépose pas sa demande dans ledit délai, les mesures ordonnées deviennent caduques.
4. Les frais judiciaires, fixés à Fr. 1200.– (y compris mesures superprovisionnelles), sont mis à la charge de la partie requise, qui versera ce montant à la caisse du Tribunal.
5. La partie requise est condamnée à verser à la partie requérante une indemnité de dépens de Fr. 1855.15 TTC.
6. Si les dépens ne peuvent être obtenus de la partie requise ou qu'ils ne le seront vraisemblablement pas, le canton de Berne payera à Me Haenni une rémunération au sens de l'art. 122 al. 2 CPC de Fr. 1491.65, fixée comme suit:

Prestations dès le 1er janvier 2018	
Rémunération du mandat d'office	Fr. 1350.—
6,75 heures à Fr. 200.–	Fr. 1350.—
Supplément en cas de voyage	Fr. 0.—
Débours soumis à TVA	Fr. 35.—
TVA 7,7% de Fr. 1385.–	Fr. 106.65
Débours non soumis à TVA	Fr. 0.—
Total à verser par le canton de Berne	Fr. 1491.65
Honoraires d'un mandataire privé	
6,75 heures à Fr. 250.–	Fr. 1687.50
Supplément en cas de voyage	Fr. 0.—
Débours soumis à TVA	Fr. 35.—
TVA 8% de Fr. 1722.50	Fr. 132.65
Débours non soumis à TVA.	Fr. 0.—
Total	Fr. 1855.15
Montant à rembourser ultérieurement par la partie représentée	Fr. 363.50

7. Le canton de Berne est subrogé à concurrence du montant versé à compter du jour du paiement des dépens par le canton (art. 122 al. 2 CPC). Dès qu'elle est en mesure de le faire, la partie requise est tenue de rembourser au canton de Berne la rémunération payée à Me Agathe Haenni (art. 123 al. 1 CPC).
8. A notifier:
 - aux parties

La décision suivante en matière civile est pourvue d'une motivation et est notifiée, sous la forme d'un dispositif, aux personnes de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Le délai pour contester la décision commence à courir dès la publication de la décision. La durée du délai est indiquée séparément par chaque publication de décision (voir ci-dessous). La motivation, ainsi que l'indication complète des voies de droit peuvent être consultées auprès de l'autorité judiciaire compétente, après s'être annoncé préalablement par téléphone.

Dans la procédure civile en matière de mainlevée définitive de l'opposition liée entre (litispendant dès le 25 juin 2018) Ville de Neuchâtel, Service d'incendie et de secours (SIS), par l'Office du recouvrement de l'Etat, Rue du Plan 30, 2002 Neuchâtel 2, requérante et **Pichonnat Lissette del Carmen**, de domicile inconnu, requise.

Considéranants:
(...)

Le Président décide:

1. La mainlevée définitive de l'opposition au commandement de payer no 97052093 de l'Office des poursuites Seeland, agence Biel/Bienne, est prononcée pour les montants de Fr. 855.– plus intérêt à 5 % dès le 9 septembre 2015, de Fr. 15.– et de Fr. 53.30.
Pour le surplus, la requête est rejetée.
2. Les frais judiciaires, fixés à Fr. 150.–, sont mis à la charge de la partie requise. Ces frais sont prélevés de l'avance de frais judiciaires fournie par la partie requérante. La partie requise est condamnée à rembourser à la partie requérante Fr. 150.–.
3. La partie requise est condamnée à payer à la partie requérante un montant de Fr. 40.– à titre de dépens.
4. A notifier:
 - aux parties

Le Président: Villard

Fristansetzungen für Eingaben

Die nachstehend genannten Personen werden aufgefordert, bis zum angegebenen Datum des Fristablaufs eine Eingabe bei der genannten Gerichtsbehörde vorzunehmen. Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO). Gesetzliche Fristen können nicht erstreckt werden (Art. 144 Abs. 1 ZPO). Gerichtliche Fristen können aus zureichenden Gründen erstreckt werden, wenn das Gericht vor Fristablauf darum ersucht wird (Art. 144 Abs. 2 ZPO). Wird die Frist nicht eingehalten, so ist die Partei säumig und das Verfahren wird ohne die versäumte Handlung weitergeführt, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt (Art. 147 Abs. 2 ZPO). Das Gericht kann auf Gesuch einer säumigen Partei eine Nachfrist gewähren, wenn die Partei glaubhaft macht, dass sie kein oder nur ein leichtes Verschulden trifft (Art. 148 Abs. 1 ZPO). Das Gesuch ist innert zehn Tagen seit Wegfall des Säumnisgrundes einzureichen (Art. 148 Abs. 2 ZPO).

Regionalgericht Berner Jura-Seeland

Nisi Gips GmbH, vormals Alfred-Aebi-Strasse 74 in 2503 Biel/Bienne, wird als Gesuchsgegnerin im Verfahren betreffend Gesellschaftsrecht des Handelsregisteramts des Kantons Bern, Gesuchstellerin, nachstehende Verfügung vom 4. Oktober 2018 zur Kenntnis gebracht:

1. Das Gesuch vom 26. September 2018 ist am 27. September 2018 beim Regionalgericht Berner Jura-Seeland eingegangen.
2. Die Rechtshängigkeit ist gemäss Artikel 62 ZPO am 26. September 2018 eingetreten.
3. Ein Doppel des Gesuchs (inkl. Beilagen) wird der gesuchsgegnerischen Partei zugestellt.
4. Der gesuchsgegnerischen Partei wird eine Frist von fünf Tagen ab Zustellung dieser Verfügung angesetzt, um eine Stellungnahme zum Gesuch samt allfälligen Beilagen einzureichen. Die Stellungnahme zum Gesuch und allfällige Beilagen sind mindestens in zwei Exemplaren einzureichen und die Beilagen sind nummeriert in einem Beilagenverzeichnis aufzuführen.
Nach ungenutzter Frist wird das Gericht ohne weitere Vorbringen der Parteien über das Gesuch schriftlich entscheiden. Der Fristenstillstand gemäss Art. 145 ZPO gilt nicht und verspätete Eingaben werden nicht beachtet (Säumnisfolgen nach Art. 147 Abs. 2 ZPO).

Der Gerichtspräsident: Sidler

La personne mentionnée ci-après est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC).

Dans la procédure civile liée entre bellos SA, Jean-Sessler-Strasse 1, 2502 Biel/Bienne, p.a.: Boesiger & Partenaire SA, Société Fiduciaire, rue des Prés 88, case postale, 2503 Biel/Bienne, requérante et **Ekomon Vincent Ghislain**, Pfeidstrasse 18, 2555 Brügg BE, requis concernant une requête d'expulsion.

Le Président ordonne:

1. Il est accusé réception de l'avance de frais de Fr. 1000.– versée par la requérante en date du 30 juillet 2018 auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland.
2. Un exemplaire de la requête est notifié au requis. Il est à sa disposition à la Chancellerie du Tribunal.
3. Un délai de 5 jours à compter de la notification de la présente ordonnance est imparté au requis pour prendre position sur la requête en y joignant les éventuelles pièces justificatives. La prise de position sur la requête et ses annexes doivent être déposées en 2 exemplaires au moins. Les pièces

justificatives doivent être numérotées et répertoriées dans un bordereau.

A défaut de prise de position dans le délai imparti, le Tribunal rendra sa décision par écrit sans autres actes ou déclarations des parties. Les suspensions de délais de l'art. 145 CPC ne s'appliquent pas. Les actes parvenus après le délai imparti ne seront pas pris en considération (conséquences du défaut selon l'art. 147 al. 2 CPC).

4. A notifier:

- à la requérante (courrier B)
- au requis (par publication)

Le Président: Villard

Fixation de délais pour le dépôt d'actes de procédure

La personne mentionnée ci-après est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC).

Citations à comparaître

Les personnes mentionnées ci-après doivent participer à un acte de procédure déterminé. Il est procédé à la notification de la citation à comparaître par le biais de la Feuille officielle pour les motifs mentionnés à l'art. 141 al. 1 lettre a à c CPC. La citation est réputée notifiée le jour de la publication. Si la partie ne comparait pas à la date déterminée, elle sera considérée comme défaillante et la procédure suivra son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut (art. 147 al. 1 et 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, citer les parties à une nouvelles audience, lorsque la partie défaillante rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC). Les conséquences du défaut sont différentes en cas de non-comparution des parties à l'audience de conciliation (art. 206 CPC), ainsi qu'à l'audience des débats principaux dans la procédure ordinaire (art. 234 CPC). Ces conséquences seront indiquées dans chaque cas particulier.

Dans la procédure en divorce sur demande unilatérale liée entre Lopasso Marinella, née le 22 août 1973, pays d'origine Italie, Route de Büren 65, 2504 Biel/Bienne

représentée par Me Florent Beuret, route de Tramelan 11, case postale 242, 2710 Tavannes, demanderesse et **Giglio Sebastian**, né le 10 septembre 1980, pays d'origine Italie, rue Henri-Dunand 14, 2504 Biel/Bienne, défendeur

La Présidente ordonne:

1. Il est constaté que, la décision du 10 août 2018 (AJ/Provisio ad litem), est entrée en force.
2. Il est constaté qu'un double de la demande unilatérale de divorce a déjà été notifié au défendeur.
3. Il est loisible au défendeur de prendre position sur le mémoire de demande d'ici à l'audience mentionnée ci-dessous.
4. L'audience de conciliation selon l'art. 291 du Code de procédure civile suisse (CPC) devant le Tribunal régional du Jura bernois-Seeland est fixée au mardi 20 novembre 2018, 9 h 30 (durée approximative de l'audience: 2 h 30), salle d'audience 111, 1er étage, Préfecture, rue de l'Hôpital 14, 2502 Bienne, audience à laquelle les parties sont citées d'office par la présente à comparaître personnellement.
5. L'Autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) Biel/Bienne sera invitée à communiquer au Tribunal si la famille concernée lui est connue et, cas échéant, si des faits ou antécédents parvenus à sa connaissance pourraient aller à l'encontre du maintien de l'autorité parentale conjointe des parents sur les enfants mineurs.
6. En vue de l'audience, les documents suivants sont à envoyer au Tribunal, au plus tard jusqu'au 30 octobre 2018:

par les deux parties:

- la déclaration d'impôt complète pour l'année 2017
- la décision de taxation fiscale pour l'année 2017
- tous les documents utiles concernant leurs charges mensuelles fixes, y compris celles relatives aux enfants (loyer, caisse maladie, contributions d'entretien, etc.); en ce qui concerne la demanderesse, ceci vaut pour autant que des modifications soient intervenues par rapport à ce qui figure dans les documents déjà produits
- tous les documents utiles en vue de la liquidation du régime matrimonial

par la demanderesse:

- un décompte de salaire actuel
- par le défendeur:
 - les 3 derniers décomptes de salaire lorsqu'il travaillait encore
 - les documents attestant des revenus actuels
 - la preuve de toutes les recherches d'emploi effectuées les 6 derniers mois et/ou d'une éventuelle incapacité de travail (partielle)

7. Pour procéder à l'examen et au partage de l'avoir de la prévoyance professionnelle au sens des art. 122ss CC et 280s CPC, ainsi que les art. 22ss de la Loi fédérale du 17 décembre 1993 sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Loi sur le libre passage, LFLP, RS 831.42), le Tribunal devra disposer, au plus tard jusqu'au 31 octobre 2018, des attestations des institutions de prévoyance concernées sur les points suivants:

- la (les) prestation(s) de sortie acquise(s) durant le mariage par Lopasso Marinella et par Giglio Sebastian, avec l'indication expresse que les calculs ont été effectués en application de l'art. 22 ou évent. 22a LFLP et notamment en tenant compte de l'intérêt selon l'art. 8a de l'Ordonnance du 3 octobre 1994 sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Ordonnance sur le libre passage, OLP, RS 831.425), dès la conclusion du mariage;
- le caractère réalisable du partage de la (des) prestation(s) de sortie.

La date déterminante pour la fixation de la (des) prestation(s) de sortie sera le 14 mai 2018.

8. Il est ordonné d'office l'édition du dossier CIV 16 520 (MPUC/MProv.).
 9. Le mandataire de Lopasso Marinella est invité à se munir pour l'audience de sa note d'honoraires à fin de taxation.
10. A notifier:
- à la demanderesse (par Me Florent Beuret, recommandé)
 - au défendeur (recommandé)

La Présidente: Würsten

Regionalgericht Oberland

Bollmann, Björn, geboren am 17. Februar 1985, von Deutschland, wohnhaft Sellostrasse 28, DE-14471 Potsdam, wird als Beklagter im Scheidungsverfahren der Lia Norina Bollmann-Spycher, Klägerin, nachstehende Verfügung vom 18. Oktober 2018, zur Kenntnis gebracht:

1. Das Schreiben und die schriftliche Klagebegründung der Klägerin vom 16. Oktober 2018 sind am 17. Oktober 2018 mit Beilagen (vier Berechnungsblätter) beim Regionalgericht Oberland eingegangen. Das Schreiben, die schriftliche Klagebegründung und die Beilagen können vom Beklagten nach telefonischer Voranmeldung bei der Zivilabteilung des Regionalgerichts Oberland eingesehen werden.
2. Dem Beklagten wird eine Frist von drei Wochen ab Zustellung der vorliegenden Verfügung angesetzt, um eine schriftliche Klageantwort samt allfälligen Beilagen einzureichen. Die schriftliche Klageantwort und allfällige Beilagen sind mindestens in zwei Exemplaren einzureichen und die Beilagen sind nummeriert in einem Beweismittelverzeichnis aufzuführen.
3. Zu eröffnen:
 - der Klägerin (A-Post)
 - dem Beklagten (durch Publikation im kantonalen Amtsblatt)

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine Frist wahrende Wirkung.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossiernummer (CIV 18 2465) anzugeben.

Der Gerichtspräsident: Bettler

Vorladungen

Die nachstehend genannten Personen haben zu einer bestimmten Prozesshandlung zu erscheinen. Die Zustellung der Vorladung erfolgt aus den in Artikel 141 Absatz 1 Litera a–c ZPO genannten Gründen durch Publikation im Amtsblatt und gilt am Tag der Publikation als erfolgt. Erscheint die Partei nicht zum angegebenen Termin, so ist sie säumig und das Verfahren nimmt ohne ihre Anwesenheit seinen Fortgang (Art. 147 Abs. 1 und 2 ZPO). Das Gericht kann auf Gesuch einer säumigen Partei zu einem neuen Termin vorladen, wenn die säumige Partei glaubhaft macht, dass sie kein oder nur ein leichtes Verschulden trifft (Art. 148 Abs. 1 ZPO). Das Gesuch ist innert zehn Tagen seit Wegfall des Säumnisgrundes einzureichen (Art. 148 Abs. 2 ZPO). Abweichende Säumnisfolgen gelten im Falle des Nichterscheinens der Parteien an der Schlichtungsverhandlung (Art. 206 ZPO) sowie an der Hauptverhandlung im ordentlichen Verfahren (Art. 234 ZPO). Auf diese abweichenden Folgen wird im Einzelfall direkt hingewiesen.

Regionalgericht Bern-Mittelland, Zivilabteilung

Zivilverfahren Habtemariam Fiori, geboren am 2. Januar 1986, von Eritrea, Oberdorfstrasse 31, 3053 Münchenbuchsee, vertreten durch Rechtsanwalt Simon Bigler, Schwarztorstrasse 7, 3001 Bern, Klägerin, gegen **Gerbrit Angesom**, unbekanntes Aufenthalts, Beklagter betreffend Ehescheidung auf Klage und unentgeltliche Rechtspflege (uR).

Die Gerichtspräsidentin verfügt:

1. Die Ehescheidungsklage sowie das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege (uR) beide datiert vom 26. März 2018 sind am 27. März 2018 beim Regionalgericht Bern-Mittelland eingegangen.
2. Die Rechtshängigkeit ist gemäss Art. 62 ZPO am 26. März 2018 eingetreten.
3. Der Beklagte kann die Rechtsschriften samt Beilagen auf telefonische Voranmeldung hin beim Regionalgericht Bern-Mittelland abholen.
4. Der Termin zur Einigungsverhandlung gemäss Artikel 291 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) und zur Hauptverhandlung vor dem Regionalgericht Bern-Mittelland werden angesetzt auf Dienstag, 27. November 2018, 14 Uhr (voraussichtliche Verhandlungsdauer vier Stunden), Gerichtssaal 20, Untergeschoss 1, Effingerstrasse 34, 3008 Bern, wozu hiermit beide Parteien rechtsverbindlich vorgeladen werden und persönlich zu erscheinen haben.
5. Dem Beklagten wird eine Frist von 21 Tagen ab Publikation dieser Verfügung angesetzt, um eine schriftliche Klageantwort sowie eine Stellungnahme zum Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege (uR) samt allfälligen Beilagen einzureichen. Die Klageantwort sowie die Stellungnahme und allfällige Beilagen sind mindestens in zwei Exemplaren einzureichen und die Beilagen sind nummeriert in einem Beilagenverzeichnis aufzuführen.
6. Sollte der Beklagte innert Frist gemäss Ziffer 5 hier vor keine Klageantwort und keine Stellungnahme einreichen, wird ihm eine Nachfrist von fünf Tagen ab Ablauf der Frist gemäss Ziffer 5 angesetzt.
7. Das Gericht benötigt im Hinblick auf die Einigungsverhandlung bis spätestens am 13. November 2018 noch folgende Unterlagen:
 - Von der klagenden Partei:
 - aktuelle Bescheinigung der Pensionskasse über die während der Ehe (Heirat: 19. Januar 2013 bis Rechtshängigkeit Scheidung: 26. März 2018) erworbenen BVG-Guthaben inkl. Durchführbarkeitserklärung

8. Bei der Zentralstelle 2. Säule wird von Amtes wegen eine Anfrage betreffend der gemeldeten Vorsorgeguthaben des Beklagten eingeholt.

9. Zu eröffnen:

- der Klägerin (durch Rechtsanwalt Simon Bigler)
- dem Beklagten (durch Publikation im Amtsblatt)

Die Gerichtspräsidentin: Luginbühl

Regionalgericht Emmental-Oberaargau

Zivilverfahren Janis Timon Bieri, geboren am 12. September 2008, von Trachselwald BE, gesetzlich vertreten durch seine Mutter, Andrea Magdalena Bieri, Herbigenstrasse 6, 3463 Häusernmoos im Emmental, (vertreten durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Emmental), als Kläger, gegen **Cooper Kurt Jeffrey**, geboren am 30. Juli 1956, von den USA, unbekanntes Aufenthaltes, als Beklagter, betreffend Vaterschaft und Unterhalt:

Die Gerichtspräsidentin hat am 25. Oktober 2018 verfügt:

1. Die Klage betreffend Feststellung der Vaterschaft und Festsetzung des Unterhalts vom 31. August 2017 ist am 1. September 2017 beim Regionalgericht Emmental-Oberaargau eingegangen.
2. Die Rechtshängigkeit ist gemäss Art. 62 ZPO am 31. August 2017 eingetreten.
3. Dem Beklagten wird die Möglichkeit gegeben, ein Exemplar der Klage mitsamt Beilagen beim Regionalgericht Emmental-Oberaargau auf telefonische Voranmeldung hin abzuholen.
4. Dem Beklagten wird eine Frist von drei Wochen ab Publikation angesetzt, um eine Stellungnahme samt allfälligen Beilagen einzureichen.
5. Zudem wird dem Beklagten nach ungenutztem Ablauf der Frist gemäss Ziffer 4 dieser Verfügung eine Nachfrist von fünf Tagen angesetzt, um eine schriftliche Stellungnahme samt allfälligen Beilagen einzureichen.
6. Die Verhandlung im vereinfachten Verfahren vor Gerichtspräsidentin Sutter wird angesetzt auf Freitag, 11. Januar 2019, 9 Uhr, Gerichtssaal 2, Parterre, Dunantstrasse 3, 3400 Burgdorf. Die gesetzliche Vertreterin des Klägers und der Beklagte werden aufgefordert, zur angegebenen Zeit persönlich vor Gericht zu erscheinen. Es sind Parteibefragungen geplant.
7. Der Beklagte wird aufgefordert, dem Gericht innert drei Wochen ab Publikation Belege zu seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie über die monatlich wiederkehrenden Ausgaben und Lebenshaltungskosten einzureichen.
8. Der Beklagte wird angewiesen, innert einer Frist von drei Wochen ab Publikation ein Zustellungsdomizil in der Schweiz zu bezeichnen (Art. 140 ZPO).

Die Gerichtspräsidentin: Sutter

Regionale Schlichtungsbehörden

Eröffnung von Entscheiden in Zivilsachen im Dispositiv

Die nachstehenden Zivilentscheide werden den unbekannt abwesenden Parteien gemäss Artikel 141 ZPO im Dispositiv eröffnet. Gestützt auf Artikel 239 Absatz 2 ZPO kann innert zehn Tagen ab Publikationsdatum beim zuständigen Gericht eine mit Rechtsmittelbelehrung versehene Begründung verlangt werden. Geht innert Frist kein entsprechendes Begehren ein, gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheids mit Berufung oder Beschwerde.

Schlichtungsbehörde Oberland

Häsler, Martina, wohnhaft gewesen Ameisenweg 16, 3634 Thierachern, jetzt unbekanntes Aufenthaltes, wird als beklagte Partei im Verfahren OL 18 764 gegen EOS Schweiz AG, klagende Partei, betreffend Forderung, Folgendes mitgeteilt:

Die a. o. Vorsitzende entscheidet:

1. Die beklagte Partei wird verurteilt, der klagenden Partei Fr. 2000.– nebst Zinsen zu 5% seit 29. August 2017 sowie Fr. 73.30 Betreibungskosten zu bezahlen.

2. Der Rechtsvorschlag in der Betreibung Nr. 97020332 des Betreibungsamtes Oberland, Dienststelle Oberland West wird im Umfang von Ziffer 1 aufgehoben.

3. Die Verfahrenskosten, bestimmt auf Fr. 400.–, werden der beklagten Partei auferlegt und mit dem von der klagenden Partei geleisteten Vorschuss verrechnet. Die beklagte Partei hat der klagenden Partei Fr. 400.– für vorgeschossene Gerichtskosten zu ersetzen.

4. Die beklagte Partei wird verurteilt, der klagenden Partei eine Parteientschädigung von pauschal Fr. 200.– zu bezahlen.

5. Der klagenden Partei mündlich und schriftlich eröffnet, der beklagten Partei mittels amtlicher Publikation zu eröffnen.

Rechtsmittelbelehrung: Jede Partei kann innert zehn Tagen seit Zustellung dieses Dispositivs eine schriftliche Begründung verlangen. Wird keine Begründung verlangt, so gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheides (Art. 239 Abs. 2 ZPO).

Nach Zustellung der Entscheidungsbegründung kann der Entscheid innert 30 Tagen mit Beschwerde angefochten werden. Für die Einzelheiten wird auf die Rechtsmittelbelehrung verwiesen, die der Entscheidungsbegründung beigelegt werden wird. Die Frist kann nicht erstreckt werden (Art. 144 Abs. 1 ZPO).

Die a. o. Vorsitzende: Ragonesi

Schuldbetreibung und Konkurs

Arrestbefehl

Der Arrestschuldner hat sich bei Straffolge (Art. 169 StGB) jeder vom Betreibungsbeamten nicht bewilligten Verfügung über die Arrestgegenstände zu enthalten (Art. 275 und 96 SchKG). Wer durch einen Arrest in seinen Rechten betroffen ist, kann innert 10 Tagen, nachdem er von dessen Anordnung Kenntnis erhalten hat, beim Arrestrichter Einsprache erheben (Art. 278 SchKG). Publikation nach SchKG Art. 275-276.

Catello Banditelli, Zustelladresse Carmela Floro, wohnhaft Via Genova 1 C, Da Grima 88040 Gizzera Lido, Italien.

Gläubigerin: Schweizerische Eidgenossenschaft.

Vertreterin: Divisione delle contribuzioni Ufficio Esazione e condoni, Palazzo amministrativo 1, Viale Stefano Franscini 6 6501 Bellinzona.

Arrestbefehl-Nr: CIV 18 3730 vom 25. Juni 2018.

Arrestgrund: Art. 271 Abs. 1 Ziff. 5 und 6 SchKG.

Verarrestierende Gegenstände: Die Rente des Arrestschuldners bei der Pensionskasse SBB, Zieglerstrasse 29, 3007 Bern, soweit verarrestierbar, bis zur Deckung der Arrestforderung nebst Kosten und Zinsen.

Arrestbehörde: Regionalgericht Bern-Mittelland.

Arresturkunde: 98000084 vom 30. Juli 2018.

Forderungen:

Fr. 98.25 siehe Arrestbefehl.

Fr. 241.55 siehe Arrestbefehl.

Fr. 176.70 siehe Arrestbefehl.

Fr. 280.95 siehe Arrestbefehl.

Fr. 21.65 nebst Zinsen zu 3% seit 20. Juni 2018 siehe Arrestbefehl.

Fr. 26.10 Verzugszins bis 19. Juni 2018.

Fr. 326.15 nebst Zinsen zu 3% seit 20. Juni 2018 siehe Arrestbefehl.

Fr. 45.40 Verzugszins bis 19. Juni 2018.

Fr. 124.75 nebst Zinsen zu 3% seit 20. Juni 2018 siehe Arrestbefehl.

Fr. 15.80 Verzugszins bis 19. Juni 2018.

Zusätzliche Kosten: Arrestkosten zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsurkunde/-grund: Ausstehende Bundessteuern 2007 bis 2013.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland

Dienststelle Mittelland

Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Ferrero, Thomas, Geburtsdatum 18. Mai 1966, Wohnadresse nicht bekannt.

Gläubigerin: Stadt Schlieren.

Vertreter: Jonas Stüssi, Rechtsanwalt, Staiger Rechtsanwälte AG, Genferstrasse 24, 8027 Zürich.

Arrestbefehl Nr. CIV 18 4575 GEP vom 6. August 2018.

Arrestgrund: Art. 271 Abs. 2 Ziff. 2 ev. 1 SchKG.

Verarrestierende Gegenstände: Sämtliche Forderungen, Kontokorrentguthaben und Barschaften in in- und ausländischer Währung, Wertschriften, Depots, Edelmetalle, sonstige Vermögenswerte, Inhalt von Schliessfächern sowie sämtliche Herausgabeansprüche aus Depotverträgen und Treuhandverhältnissen, lautend auf den Namen und/oder Nummern und/oder Decknamen des Arrestschuldners (einschliesslich Miteigentumsanteile – insbesondere bei Gemeinschaftskonti an entsprechenden Vermögenswerten, die auf den Namen und/oder Nummern und/oder Deckname des Arrestschuldners zusammen mit einer anderen Person lauten) bei der PostFinance AG, Mingerstrasse 20, 3030 Bern, insbesondere das Konto IBAN CH60 0900 0000 6129 5322 1 bzw. Kontonummer 61- 295322-1, soweit verarrestierbar bis zur Deckung der Forderung zuzüglich Zinsen und Kosten.

Arrestbehörde: Regionalgericht Bern-Mittelland.

Arresturkunde: 98000098 vom 15. August 2018.

Forderungen:

Fr. 43 833.25 nebst Zinsen zu 5% seit 26. Oktober 2017.

Rückforderung bezogener Sozialhilfe aufgrund einer Erbschaft.

Zusätzliche Kosten: Arrestkosten zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsurkunde/-grund: Beschluss Sozialhilfebehörde Schlieren vom 23. August 2017.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland

Dienststelle Mittelland

Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Zahlungsbefehl

Der Schuldner wird aufgefordert, den Gläubiger für die angegebenen Forderungen binnen 20 Tagen zu befriedigen. Will der Schuldner die Forderung oder einen Teil derselben oder das Recht, sie auf dem Betreibungswege geltend zu machen, bestreiten, so hat er dies innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung des Zahlungsbefehls der Anmeldestelle mündlich oder schriftlich zu erklären (Rechtsvorschlag zu erheben). Wird die Forderung nur zum Teil bestritten, so ist der bestrittene Betrag ziffermässig genau anzugeben, ansonst die ganze Forderung als bestritten gilt. Sollte der Schuldner dem Zahlungsbefehl nicht nachkommen, so kann der Gläubiger die Fortsetzung der Betreibung verlangen. Publikation nach SchKG 69.

Alexandre Rüben Ramos Baessa, Geburtsdatum 4. Juli 1990, wohnhaft Chemin de la Paix 8, 2503 Biel/Bienne.

Gläubigerin: Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch den Kanton Bern.

Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiistrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98007960 vom 2. März 2018.

Forderungen:

Fr. 460.–.

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Amendes, frais et émoluments.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Alexandre Rüben Ramos Baessa, Geburtsdatum 4. Juli 1990, wohnhaft Chemin de la Paix 8, 2503 Biel/Bienne.

Gläubiger: Kanton Bern, Einwohnergemeinde Biel/Bienne und deren Kirchengemeinden, Rüschiistrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Vertreter: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiistrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98007962 vom 2. März 2018.
Forderungen:
Fr. 568.50 nebst Zinsen zu 3% seit 2. März 2018.
Fr. 24.75 taxe d'exemption du service actif dans les corps de sapeurs-pompiers, Fr. 520.– amendes, frais et émoluments, Fr. 5.35 Intérêt moratoire pas encore facturé.
Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.
Forderungsgrund: Impôts et taxes 2016 selon facture du 10 octobre 2017.
Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Alexandre Rüben Ramos Baessa, Geburtsdatum 4. Juli 1990, wohnhaft chemin de la Paix 8, 2503 Biel/Bienne.

Gläubiger: Kanton Bern.
Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiinstrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98032024 vom 27. Juli 2018.

Forderungen:
Fr. 396.95
Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Amende, frais, émoulement, Impôts et taxes 2015 selon facture du 21 novembre 2016.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Alexandre Rüben Ramos Baessa, Geburtsdatum 4. Juli 1990, wohnhaft chemin de la Paix 8, 2503 Biel/Bienne.

Gläubiger: Confédération Suisse rep. par le Canton de Berne.
Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiinstrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98032023 vom 27. Juli 2018.

Forderungen:
Fr. 336.95.
Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Amende, frais, émoulement Impôt fédéral direct 2015 selon facture du 21 novembre 2016.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Berner, Frederic, Geburtsdatum 12. September 1972, wohnhaft Bruchbachweg 26, 3312 Fraubrunnen.

Gläubigerin: Progrès Versicherungen AG, Zürichstrasse 130, 8600 Dübendorf.
Vertreterin: Helsana Versicherungen AG, Zentraler Betreuungsdienst, Postfach, 8081 Zürich.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98064485 vom 28. Juni 2018.

Forderungen: Fr. 357.15 nebst Zinsen zu 5% seit 29. Juni 2018.
Fr. 60.– Mahngebühren
Fr. 10.25 Zinsen

Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prämien KVG 12/2017.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Bürki, Raphael Paul, Geburtsdatum 27. August 1965, c/o Gesto Manuel, wohnhaft rue des Prés 11, 2503 Biel/Bienne.

Gläubiger: Confédération Suisse rep. par le canton de Berne.

Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiinstrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98015688 vom 17. April 2018.

Forderungen:
Fr. 460.–

Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Amendes, frais et émoluments.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Bürki, Raphael Paul, Geburtsdatum 27. August 1965, c/o Gesto Manuel, wohnhaft rue des Prés 11, 2503 Biel/Bienne.

Gläubiger: Kanton Bern, Einwohnergemeinde Biel/Bienne, Rüschiinstrasse 14, Postfach 1120, 2501 Biel/Bienne.

Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiinstrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer: 98015685 vom 17. April 2018.

Forderungen:
Fr. 1346.70 nebst Zinsen zu 3% seit 16. April 2018.
Fr. 13.– Intérêt moratoire pas encore facturé, Fr. 520.– amendes, frais et émoluments, Fr. 61.50 taxe d'ex-emption du service actif dans les corps de sapeurs-pompiers.

Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Impôts et taxes 2016 selon facture du 20 novembre 2017.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Catello Banditelli, mit Zustelladresse Carmela Floro, Via Genova 1 C Da Grima, 88040 Gizzera Lido, Italien.

Gläubiger: Kanton Tessin, 6500 Bellinzona.
Vertreter: Divisione delle contribuzioni Ufficio Esazione e condoni Palazzo amministrativo 1, Viale Stefano Franscini 6, 6501 Bellinzona.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98076789 vom 6. August 2018.

Forderungen:
– Fr. 3093.70 Kantonssteuern 2006, Verlustschein vom 12. Januar 2009
– Fr. 1222.– Kantonssteuern 2007, Verlustschein vom 28. April 2010
– Fr. 757.20 Kantonssteuern 2008, Verlustschein vom 27. Januar 2011
– Fr. 375.15 Kantonssteuern 2009, Verlustschein vom 1. März 2012
– Fr. 1392.55 Kantonssteuern 2010, Verlustschein vom 4. September 2014
– Fr. 2258.50 nebst Zinsen zu 2,5% seit 20. Juni 2018 Kantonssteuern 2012
– Fr. 329.70 Zinsen gerechnet bis 19. Juni 2018
– Fr. 798.50 nebst Zinsen zu 2,5% seit 20. Juni 2018 Kantonssteuern 2013
– Fr. 147.45 Zinsen gerechnet bis 19. Juni 2018
– Fr. 421.30 Busse Nr. 11388 vom 16.7.2013; Rest Fr. 21.30
– Busse Nr. 11377 vom 16.7.2014 Fr. 400.–

Zusätzliche Kosten; Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prosequierung von Arrest-Nr. 98000083.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Catello Banditelli, mit Zustelladresse Carmela Floro, Via Genova 1 C Da Grima, 88040 Gizzera Lido, Italien.

Gläubigerin: Schweizerische Eidgenossenschaft, Bern.
Vertreterin: Divisione delle contribuzioni Ufficio Esazione e condoni, Palazzo amministrativo 1, Viale Stefano Franscini 6, 6501 Bellinzona.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98076803 vom 6. August 2018.

Forderungen:
– Fr. 98.25 Direkte Bundessteuer 2007, (Rest) Verlustschein vom 28. April 2010
– Fr. 241.55 Direkte Bundessteuer 2008, Verlustschein vom 27. Juli 2011
– Fr. 176.70 Direkte Bundessteuer 2009, Verlustschein vom 1. März 2012
– Fr. 280.95 Direkte Bundessteuer 2010, Verlustschein vom 4. September 2014
– Fr. 21.65 Direkte Bundessteuer 2011, (Rest)
– Fr. 26.10 Zinsen gerechnet bis 19. Juni 2018
– Fr. 326.15 nebst Zinsen zu 3% seit 20. Juni 2018 Direkte Bundessteuer 2012
– Fr. 45.40 Zinsen gerechnet bis 19. Juni 2018
– Fr. 124.75 nebst Zinsen zu 3% seit 20. Juni 2018 Direkte Bundessteuer 2013
– Fr. 15.80 Zinsen gerechnet bis 19. Juni 2018

Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prosequierung von Arrest-Nr. 98000084.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Edon Germizaj, Geburtsdatum 13. Dezember 1990, Mittelstrasse 10, 2502 Biel/Bienne.

Gläubigerin: Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch den Kanton Bern.
Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiinstrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 980008054 vom 2. März 2018.

Forderungen:
Fr. 260.–.
Zusätzliche Kosten; Betreuungskosten zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Bussen, Kosten und Gebühren.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Edon Germizaj, Geburtsdatum 13. Dezember 1990, wohnhaft Mittelstrasse 10, 2502 Biel/Bienne.

Gläubiger: Kanton Bern.
Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung, Rüschiinstrasse 14 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98008055 vom 2. März 2018.

Forderungen:
Fr. 320.–.
Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Bussen, Kosten und Gebühren.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

Ferrero, Thomas, Geburtsdatum 18. Mai 1966, Wohnadresse unbekannt.

Gläubiger: Stadt Schlieren, Alter und Soziales, Freiestrasse 6, 8952 Schlieren.
Vertreter: Rechtsanwalt Jonas Stüssi, Staiger Rechtsanwälte AG, Genferstrasse 24 8027 Zürich.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.
Zahlungsbefehlsnummer 98082177 vom 20. August 2018.

Forderungen:
Fr. 43 833.25 nebst Zinsen zu 5% seit 26. Oktober 2017.

Zusätzliche Kosten: Betreuungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Rechnung Nr. 1022397 der Abteilung Soziales, Stadt Schlieren, Fr. 43833.25 vom 25. September 2017.

Prosequierung von Arrest-Nr. 98000098.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Leutwiler, Christoph, Geburtsdatum 25. Februar 1985, wohnhaft Statthalterstrasse 68, 3018 Bern.

Gläubigerin: CSS Kranken-Versicherung AG, Tribtschenstrasse 21 6005 Luzern, CHE-110.130.047.
Vertreterin: CSS Kranken-Versicherung AG, MR Inkas-sodienst Solothurnerstrasse 19, Postfach 451, 4601 Olten.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehl-Nummer 98017115/bd vom 28. Februar 2018.

Forderungen: Fr. 463.35 nebst Zinsen zu 5% seit 28. Februar 2018.

Fr. 90.– Spesen

Fr. 9.65 Zinsen

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prämien KVG vom 1. Oktober 2017 bis 31. Oktober 2017.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Mayuel Mbora, von Kamerun Geburtsdatum 12. November 1987, wohnhaft Bernstrasse 59, 3302 Moosseedorf.

Gläubiger: Kanton Bern, Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, 3000 Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, 3000 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98068270 vom 12. Juli 2018.

Forderungen.

Fr. 100.– nebst Zinsen zu 3% seit 10. Juli 2018.

Fr. 8.10 Verzugszins aus dem Inkasso

Fr. 80.– Mahngebühren

Fr. 124.– Kosten und Gebühren

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Ausstand gemäss Rechnung vom 30. September 2015, Rechnungs-Nr. 10833229.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Mayuel Mbora, von Kamerun, Geburtsdatum 2. November 1987, wohnhaft Bernstrasse 59, 3302 Moosseedorf.

Gläubiger: Kanton Bern, Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt 3000 Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, 3000 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98068280 vom 12. Juli 2018.

Forderungen:

Fr. 60.– nebst Zinsen zu 3% seit 10. Juli 2018

Fr. 7.35 Verzugszins aus dem Inkasso

Fr. 80.– Mahngebühren

Fr. 124.– Kosten und Gebühren

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Ausstand gemäss Rechnung vom 8. Mai 2014, Rechnungs-Nr. 9275812.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Mayuel Mbora, von Kamerun, Geburtsdatum 12. November 1987, wohnhaft Bernstrasse 59, 3302 Moosseedorf.

Gläubiger: Kanton Bern, Einwohnergemeinde Moosseedorf und deren Kirchgemeinden 3000 Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, 3000 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98068034 vom 11. Juli 2018.

Forderungen:

Fr. 2019.– nebst Zinsen zu 3% seit 10. Juli 2018

Fr. 242.05 noch nicht fakturierter Verzugszins

Fr. 217.– Busse, Kosten, Gebühren/Verzugszinsen

Fr. 101.15 Feuerwehrdienstersatzabgabe.

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Steuern und Abgaben 2012 gemäss Rechnung vom 11. Juni 2014.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 2, 3072 Ostermundigen

Mayuel Mbora, von Kamerun, Geburtsdatum 12. November 1987, wohnhaft Bernstrasse 59, 3302 Moosseedorf.

Gläubiger: Kanton Bern, Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland mit Aussenstelle, 3000 Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, 3000 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98068073 vom 11. Juli 2018.

Forderungen.

Fr. 40.–

Fr. 100.– Gerichtskosten

Fr. 83.60 Kosten und Gebühren

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Bussen-Ausstand gemäss Rechnung vom 17. März 2017, Rechnungs-Nr. 1705740.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Mayuel Mbora, von Kamerun, Geburtsdatum 12. November 1987, wohnhaft Bernstrasse 59, 3302 Moosseedorf.

Gläubiger: Kanton Bern, Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland, 3000 Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, 3000 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98068044 vom 11. Juli 2018.

Forderungen:

Fr. 100.–

Fr. 111.– Kosten und Gebühren

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Gerichtskosten-Ausstand gemäss Rechnung vom 20. Oktober 2014, Rechnungs-Nr. 0434663.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen.

Mayuel Mbora, von Kamerun, Geburtsdatum 12. November 1987, wohnhaft Bernstrasse 59, 3302 Moosseedorf.

Gläubiger: Kanton Bern, Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt 3000 Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung des Kantons Bern Brünnenstrasse 66, 3000 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98068275 vom 12. Juli 2018.

Forderungen:

Fr. 60.– nebst Zinsen zu 3% seit 10. Juli 2018.

Fr. 7.15 Verzugszins aus dem Inkasso

Fr. 80.– Mahngebühren

Fr. 124.– Kosten und Gebühren

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Ausstand gemäss Rechnung vom 19. Juni 2014, Rechnungs-Nr. 9362229.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Vonbank, Edgar, Geburtsdatum 4. Oktober 1953, Freiburgstrasse 125, 3008 Bern.

Gläubigerin: Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch den Kanton Bern.

Vertreterin: Steuerverwaltung der Stadt Bern, Bundesgasse 33, 3011 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlnummer 98018059 vom 2. März 2018.

Forderungen:

Fr. 635.65 nebst Zinsen zu 3% seit 2. März 2018.

Fr. 13.85

Fr. 510.–

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Direkte Bundessteuer 2016 gemäss Rechnung vom 10. Oktober 2017 Fr. 635.65, noch nicht fakturierter Verzugszins Fr. 13.85, Bussen, Kosten und Gebühren Fr. 510.–.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Pfändungsurkunde

Der Schuldner hat sich bei Straffolge (Art. 169 StGB) jeder vom Betreibungsbeamten nicht bewilligten Verfügung über die Vermögenswerte zu enthalten (Art. 96 SchKG). Publikation nach SchKG Art. 90, 112.

Christian, Klaas, von Deutschland, Geburtsdatum 23. März 1968, ehemals wohnhaft Krankenhausstrasse 21, 3600 Thun, jetzt unbekanntes Aufenthaltsort.

Gläubigerin: Compact Grundversicherungen AG, Jänergasse 3 8004 Zürich, CHE-114.348.220.

Vertreterin: Sanitas Grund- und Privatversicherungen AG, M- & BW Winterthur, Inkasso, Konradstrasse 14, Postfach 299, 8401 Winterthur Schweiz.

Schuldbetreibung Nr. 98002748 vom 2. Februar 2018.

Forderungen:

Fr. 279.45 nebst Zinsen zu 5% seit 1. September 2017 Prämie KVG vom September 2017.

Fr. 785.25 Kostenbeteiligungen KVG 22. Februar 2017, 10. März 2017, 31. Mai 2017.

Fr. 90.– Mahnspesen.

Fr. 90.– Umtriebsspesen.

Zusätzliche Kosten: Betreibungs- und Pfändungsvollzugskosten zuzüglich Publikationskosten.

Dem Schuldner wird zur Kenntnis gebracht, dass die Pfändung in der oben stehenden Betreibung am 5. November 2018, um 9 Uhr, beim Betreibungsamt Oberland, Dienststelle Oberland West, Scheibenstrasse 11, 3600 Thun, vollzogen wird.

Der Schuldner wird ausdrücklich auf Artikel 91 SchKG aufmerksam gemacht: «Der Schuldner ist bei Straffolge verpflichtet, der Pfändung beizuwohnen oder sich vertreten zu lassen (Art. 323 Ziff. 1 StGB).»

Leistet der Schuldner dieser Aufforderung keine Folge, wird die Pfändung im Sinne von Art. 89 ff. SchKG in seiner Abwesenheit beim Betreibungsamt Oberland, Dienststelle Oberland West, vollzogen, mangels Feststellung pfändbarer Vermögenswerte gemäss Art. 112 bis 115 SchKG in Verbindung mit BGE 120 III 110 dem Gläubiger ein Verlustschein ausgestellt.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Verlustscheines an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse
Betreibungsamt Oberland
Dienststelle Oberland West
Scheibenstrasse 11, 3600 Thun

Marcovicchio, Gerardo, von Italien, Geburtsdatum 12. April 1960, ehemals wohnhaft Gwattstrasse 75, 3645 Gwatt (Thun), jetzt unbekanntes Aufenthalts.

Gläubiger:
Philos Assurance Maladie SA, Rue des Cèdres 5 1920 Martigny, CHE-115.748.007.

Cembra Money Bank AG, Bändliweg 20 8048 Zürich, CHE-115.295.655.

Schuldbetreibungen Nrn. 97028841 vom 22. November 2017 und 98016759 vom 5. Juni 2018.

Forderungen.

Fr. 3812.93 nebst Zinsen zu 12,5% seit 21. November 2017, Saldo Kreditvertrag Nr. 6151563811 vom 15. November 2012.

Fr. 1144.80 nebst Zinsen zu 5% seit 4. Juni 2018, Prämien KVG Januar bis März 2018.

Fr. 210.– administrative Kosten.

Fr. 19.35 fällige Zinsen.

Zusätzliche Kosten: Betriebs- und Pfändungsvollzugskosten zuzüglich Publikationskosten.

Dem Schuldner wird zur Kenntnis gebracht, dass die Pfändung in der oben stehenden Betreuung am 4. September 2018, um 13.30 Uhr, beim Betreibungsamt Oberland, Dienststelle Oberland West, Scheibenstrasse 11, 3600 Thun, vollzogen wurde.

Gepfändet wurde gemäss Art. 93 SchKG mit sofortiger Wirkung das Arbeitslosentgelt über dem Existenzminimum von Fr. 2700.– bei der Unia Arbeitslosenkasse, Sektion Berner Oberland, Aarestrasse 40, 3600 Thun.

Pfändungsdauer bis längstens 4. September 2019.

Den Gläubigern wird am 5. November 2018 eine Pfändungsurkunde aus- und zugestellt.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung der Pfändungsurkunde und sofern notwendig die direkte Zustellung des Verlustscheines nach Art. 149 SchKG an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse

Betreibungsamt Oberland
Dienststelle Oberland West
Scheibenstrasse 11, 3600 Thun

Redouane, Jalal, von Marokko, Geburtsdatum 17. August 1977, Wohnadresse nicht bekannt, früher wohnhaft gewesen Rathausgasse 32, 3011 Bern, jetzt unbekanntes Aufenthalts.

Gläubiger: Diverse Gläubiger.

Schuldbetreibungen:

Betreibung Nr. 98045603: Kanton Bern, Einwohnergemeinde Bern sowie Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch den Kanton Bern.

Forderungen.

Fr. 15 592.70 nebst Zinsen zu 3% seit 5. Mai 2018 Steuern 2011 gemäss Rechnung vom 5. März 2013; Steuern 2012 gemäss Rechnung vom 15. Januar 2014; Steuern 2013 gemäss Rechnung vom 14. Januar 2015; Steuern 2014 gemäss Rechnung vom 9. Februar 2016; Steuern 2015 gemäss Rechnung vom 7. Februar 2017; Steuern 2016 gemäss Rechnung vom 10. Januar 2018.

Zusätzliche Kosten: Betriebs- und Pfändungsvollzugskosten zuzüglich Publikationskosten.

Dem Schuldner wird zur Kenntnis gebracht, dass die Pfändung in der oben aufgeführten Betreuung am 12. November 2018, um 9 Uhr, beim Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen, vollzogen wird.

Der Schuldner wird ausdrücklich auf Art. 91 SchKG aufmerksam gemacht: «Der Schuldner ist bei Straffolge verpflichtet, der Pfändung beizuwohnen oder sich vertreten zu lassen (Art. 323 Ziff. 1 StGB).»

Leistet der Schuldner dieser Aufforderung keine Folge, wird die Pfändung im Sinne von Art. 89 ff. SchKG in seiner Abwesenheit beim Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, vollzogen und mangels

Feststellung pfändbarer Vermögenswerte gemäss Art. 112 bis 115 SchKG in Verbindung mit BGE 120 III 110 dem Gläubiger eine Pfändungsurkunde errichtet bzw. ein Verlustschein ausgestellt.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung der Pfändungsurkunde an den unbekanntes Aufenthalts abwesenden Schuldner.

Anmeldestelle
Betreibungsamt Bern-Mittelland
Dienststelle Mittelland
Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

Einstellung des Konkursverfahrens mangels Aktiven

Das Konkursverfahren wird als geschlossen erklärt, falls nicht ein Gläubiger innert der genannten Frist die Durchführung verlangt und für die Deckung der Kosten den erwähnten Vorschuss leistet. Die Nachforderung weiterer Kostenvorschüsse bleibt vorbehalten. Publikation nach SchKG Art. 230, 230a.

Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland

Lüthi, Sabine, von Landiswil BE, Geburtsdatum 4. Juli 1973, Todesdatum 17. September 2018, wohnhaft gewesen WohnenBern, Weissensteinstrasse 12, 3008 Bern, ausgeschlagene Erbschaft. Datum der Konkurseröffnung: 26. September 2018. Datum der Einstellung: 17. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland

Laci Bau GmbH in Liquidation, Leimernweg 5, 2542 Pieterlen, CHE-103.516.890.

Datum der Konkurseröffnung: 13. Juni 2018.

Datum der Einstellung: 12. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 8000.–.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland

HKB Gastro GmbH in Liquidation, Allmendstrasse 172, 3603 Thun, CHE-194.357.728.

Datum der Konkurseröffnung: 21. August 2018.

Datum der Einstellung: 17. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 5200.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Keviczky, Ladislav, von Bern, Geburtsdatum 19. Juni 1963, wohnhaft Mittelstrasse 32, 3012 Bern, Inhaber der Einzelfirmen «ALUDISPLAY Ladislav Keviczky», Winterhaldenstrasse 11, 3627 Heimberg und «CAR VISION Ladislav Keviczky», Winterhaldenstrasse 11, 3627 Heimberg.

Datum der Konkurseröffnung: 4. September 2018.

Datum der Einstellung: 22. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 7200.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Krähenbühl, Hans, von Wimmis BE und Zäwil BE, Geburtsdatum 7. Mai 1929, Todesdatum 25. Mai 2018, wohnhaft gewesen Steghausweg 2, 3604 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 5. September 2018.

Datum der Einstellung: 12. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 2700.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Liniger-Rolli, Margrit, von Belp BE, geboren am 16. Juni 1936, gestorben am 13. August 2018, wohnhaft gewesen Thunstrasse 38, 3612 Steffisburg, ausgeschlagene Verlassenschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 18. September 2018.

Datum der Einstellung: 17. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 5200.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Steinger-Gründer, Adelheid, von Rohr SO, geboren am 22. September 1955, gestorben am 31. Mai 2018, wohnhaft gewesen Bernstrasse 300, 3627 Heimberg, ausgeschlagene Verlassenschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 20. Juni 2018.

Datum der Einstellung: 22. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 4200.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Konkursamt Emmental-Oberaargau, Dienststelle Emmental-Oberaargau

Kösedag-Röthlisberger, Ursula Helene, von Langnau im Emmental BE, Geburtsdatum 6. Januar 1958, Todesdatum 24. Juni 2018, wohnhaft gewesen in 3400 Burgdorf, mit Aufenthalt im Senevita Burgdorf, Lyssachstrasse 77C/C34, 3400 Burgdorf, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 14. August 2018.

Datum der Einstellung: 19. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Römer, Egon Theodor, von Deutschland, Geburtsdatum 16. März 1948, Todesdatum 29. Juni 2018, wohnhaft gewesen in 3360 Herzogenbuchsee, mit Aufenthalt an der Allmenstrasse 8, 3600 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 12. Juli 2018.

Datum der Einstellung: 16. Oktober 2018.

Kostenvorschuss: Fr. 4200.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Vorläufige Konkursanzeige

Schuldner des Konkursiten können ihre Schulden nicht mehr durch Zahlung an den Konkursiten begleichen; sie riskieren, zweimal bezahlen zu müssen. Ferner sind Personen, die Vermögensgegenstände des Konkursiten verwahren, unabhängig vom Rechtstitel der Verwahrung verpflichtet, diese unverzüglich dem Konkursamt herauszugeben. Die Publikation betreffend Art, Verfahren, Eingabefrist usw. erfolgt später. Publikation nach Art. 222 SchKG.

Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland

Lumix GmbH in Liquidation, Paracelsusstrasse 1, 3072 Ostermundigen, CHE-473.185.162.

Datum der Konkurseröffnung: 9. Oktober 2018.

Moale GmbH in Liquidation, Mühletalstrasse 16, 3110 Münsingen, CHE-133.583.632.

Datum der Konkurseröffnung: 10. Oktober 2018.

OSSOBUKKO AG, Rathausgasse 24, 3011 Bern, CHE-105.690.984.

Datum der Konkurseröffnung: 18. Oktober 2018.

topsolution.ch GmbH in Liquidation, ohne Domizil, 3053 Münchenbuchsee, CHE-155.991.896.

Datum der Konkurseröffnung: 10. Oktober 2018.

Kanton St. Gallen

ASM Bau-Group GmbH, c/o MMB Groupe GmbH, Tonhallestrasse 45, 9500 Wil, vorher ArmAAkkord Group GmbH, Worblaufenstrasse 188, 3048 Worblaufen.

Datum der Konkurseröffnung: 24. Oktober 2018.

Konkursamt St. Gallen
Regionalstelle Wil

Konkurseröffnung

Die Gläubiger des Schuldners und alle, die Ansprüche auf die in seinem Besitz befindlichen Vermögensstücke haben, werden aufgefordert, ihre Forderungen oder Ansprüche samt Beweismitteln (Schuldscheine, Buchauszüge usw.) innert der genannten Frist bei der Anmeldestelle einzugeben. Schuldner des Konkursiten haben sich innert der gleichen Frist bei der

Anmeldestelle zu melden; Straffolge bei Unterlassung nach Art. 324 Ziff. 2 StGB. Personen, die Sachen des Schuldners als Pfandgläubiger oder aus anderen Gründen besitzen, werden aufgefordert, diese innert der gleichen Frist der Anmeldestelle zur Verfügung zu stellen; Straffolge bei Unterlassung (Art. 324 Ziff. 3 StGB). Das Vorzugsrecht erlischt, wenn die Meldung ungerechtfertigt unterbleibt. Die angegebene Anmeldestelle gilt auch für Beteiligte, die im Ausland wohnen. Publikation nach Art. SchKG 231, 232; VZG Art. 29 und 123.

Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland

Baumberger, Judith Ida, von Rothrist AG, Geburtsdatum 29. August 1928, Todesdatum 6. September 2018, wohnhaft gewesen Wankdorffeldstrasse 87, 3014 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 2. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Gutjahr, Daniel, von Rohrbach BE, Geburtsdatum 9. Juni 1961, Todesdatum 16. August 2018, wohnhaft gewesen Flurstrasse 35, 3014 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 9. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Haldemann-Müller, Petronella, von Eggwil BE, Geburtsdatum 9. Juli 1939, Todesdatum 14. Juni 2018, wohnhaft gewesen Wiesenstrasse 10, 3072 Ostermündigen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 9. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Tre Re GmbH in Liquidation, Bümplizstrasse 12, 3027 Bern, CHE-102.733.574.

Datum der Konkurseröffnung: 29. August 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland

Hofer, Michael, von Deutschland, Geburtsdatum 10. Februar 1982, wohnhaft Bütigenstrasse 85, 2557 Studen BE.

Datum der Konkurseröffnung: 17. Oktober 2018.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Jaberg-Santschi, Sandra, von Radelfingen BE und Sigriswil BE, Geburtsdatum 11. September 1972, Todesdatum 6. September 2018, wohnhaft gewesen Bernstrasse 45, 3250 Lyss, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 8. Oktober 2018.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Looser, Kurt Walter, von Nesslau SG, Geburtsdatum 25. Februar 1941, Todesdatum 10. August 2018, wohnhaft gewesen Postgasse 4, 2542 Pieterlen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 3. Oktober 2018.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Rana Shahzad Rafaqat, von Pakistan, Geburtsdatum 1. September 1981, wohnhaft Hauptstrasse 15, 2560 Nidau, Inhaber der Einzelfirma «Restaurant Mazzini», Shahzad Rana, 2540 Grenchen, (CHE-115.682.785).

Datum der Konkurseröffnung: 26. September 2018.

Frist: 30 Tage Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Salzmann, Hans Heinrich, von Eggwil BE, Geburtsdatum 23. Oktober 1930, Todesdatum 24. August 2018, wohnhaft gewesen rue de l'Argent 32, 2502 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 19. Oktober 2018.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Strazza, Martin, von Lüscherz BE, Geburtsdatum 24. Juli 1948, Todesdatum 5. September 2018, wohnhaft gewesen in 2504 Biel/Bienne mit Aufenthalt im APH Schlössli, 2504 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 18. Oktober 2018.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland

FRITONEX AG in Liquidation, Breite 9, 3636 Forst bei Längenbühl, CHE-108.798.939.

Datum der Konkurseröffnung: 4. Juli 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Die Mehrwertsteuer-Nummer CHE-108.798.939 der Schuldnerin wird hiermit widerrufen.

Eigentümerin der folgenden Liegenschaft: Rapperswil-Grundbuch Blatt Nr. 2811, Hauptstrasse 42, 3255 Rapperswil BE – Wohn- und Geschäftshaus. Amtlicher Wert Fr. 1 512 550.–.

Verwertung der Aktiven: Die Konkursverwaltung erachtet sich als ermächtigt, sämtliche beweglichen Aktiven der Schuldnerin sofort freihändig, en bloc oder stückweise zu verkaufen bzw. zu versteigern, sofern nicht die Mehrheit der Gläubiger innert der Eingabefrist bei der Konkursverwaltung schriftlich Einsprache erhebt. Stillschweigen gilt als Zustimmung. Eigentumsansprüche sind innert der gleichen Frist anzumelden.

Gemäss Art. 256 Abs. 3 SchKG ist den Gläubigern Gelegenheit zu bieten, bei freihändigem Verkauf von Vermögensstücken von bedeutendem Wert und Grundstücken, höhere Angebote zu unterbreiten. Gläubiger, die verlangen, dass ihnen Offerten zwecks Überbietens unterbreitet werden, haben sich innerhalb der Eingabefrist beim Konkursamt zu melden. Andernfalls wird angenommen, dass sie ausdrücklich auf dieses Recht verzichten und dem Konkursamt den Auftrag erteilen, den Freihandverkauf mit dem Höchstbietenden abzuschliessen.

Müller-Minstr, Karla, von Goms VS, Geburtsdatum 23. August 1926, Todesdatum 24. August 2018, wohnhaft gewesen in 3600 Thun mit Zustelladresse APH am Schärme, Rebzelg 20, 3662 Seftigen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 9. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Roth, Urs, von Erlinsbach AG, Geburtsdatum 9. Juli 1948, Todesdatum 29. Juli 2018, wohnhaft gewesen Bernortgasse 7, 3600 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 14. August 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Eigentümer der folgenden Grundstücke: Bezirk Brig, Gemeinde Naters-Grundbuch Blatt Nr. 121, Parzelle Nr. 16794, Driesta, 3903 Mund, Plan-Nr. 24 – Wohngebäude und Keller. Amtlicher Wert Fr. 8500.–

Bezirk Brig, Gemeinde Naters-Grundbuch Blatt Nr. 120, Parzelle Nr. 16793, Driesta, 3903 Mund, Plan-Nr. 24 – Stadel. Amtlicher Wert Fr. 2600.–

Verwertung der Aktiven
Die Konkursverwaltung erachtet sich als ermächtigt, sämtliche beweglichen Aktiven des Schuldners sofort freihändig, en bloc oder stückweise zu verkaufen bzw. zu versteigern, sofern nicht die Mehrheit der Gläubiger innert der Eingabefrist bei der Konkursverwaltung schriftlich Einsprache erhebt. Stillschweigen gilt als Zustimmung. Eigentumsansprüche sind innert der gleichen Frist anzumelden.

Gemäss Art. 256 Abs. 3 SchKG ist den Gläubigern Gelegenheit zu bieten, bei freihändigem Verkauf von Vermögensstücken von bedeutendem Wert und Grundstücken, höhere Angebote zu unterbreiten. Gläubiger, die verlangen, dass ihnen Offerten zwecks Überbietens unterbreitet werden, haben sich innerhalb der Eingabefrist beim Konkursamt zu melden.

Andernfalls wird angenommen, dass sie ausdrücklich auf dieses Recht verzichten und dem Konkursamt den Auftrag erteilen, den Freihandverkauf mit dem Höchstbietenden abzuschliessen.

Konkursamt Emmental-Oberaargau, Dienststelle Emmental-Oberaargau

Signorello-Affolter, Therese, von Koppigen BE, Geburtsdatum 19. Dezember 1953, Todesdatum 19. Juli 2018, wohnhaft gewesen Kindergartenstrasse 6, 3555 Trubschachen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 5. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage Ablauf der Frist: 1. Dezember 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Kanton Luzern

Studer, Brigitta, von Schüpfheim LU, Escholzmatt-Marbach LU, Malters LU, Römerswil LU, Geburtsdatum 28. August 1956, wohnhaft Ober-Trüebelbach 24, 6170 Schüpfheim, bis 5. Juli 2018 wohnhaft gewesen Erlenstrasse 1, 2555 Brügg/BE.

Datum der Konkurseröffnung: 22. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 26. November 2018.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG

Konkursamt Luzern

Amtsstelle Willisau

Kollokationsplan

Ein Gläubiger, der den Kollokationsplan anfechten will, weil seine Forderung ganz oder teilweise abgewiesen oder nicht im beanspruchten Rang zugelassen worden ist, muss innert 20 Tagen nach der öffentlichen Auflage des Kollokationsplanes bei der angegebenen Anmeldestelle gegen die Masse klagen. Will er die Zulassung eines anderen Gläubigers oder dessen Rang bestreiten, so muss er die Klage gegen den Gläubiger richten. Publikation nach SchKG 221, 249-250.

Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland

Hauke, Kurt, von Deutschland, Geburtsdatum 29. Januar 1936, Todesdatum 9. Juni 2018, wohnhaft gewesen Kranichweg 5/23, 3074 Muri bei Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Leuenberger, Kevin Martin, von Rohrbachgraben BE, Geburtsdatum 21. Oktober 1991, wohnhaft Hausmattweg 5 3323 Bärswil BE.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Zbinden, Martha, von Guggisberg BE, Geburtsdatum 14. März 1923, Todesdatum 11. Juni 2018, wohnhaft gewesen Viererfeldweg 7, 3012 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland

Monhart-Geneto, Margrith Rosa, von Ringgenberg BE, Geburtsdatum 23. Mai 1943, Todesdatum 16. Juli 2018, wohnhaft gewesen Bernstrasse 4, 3600 Thun, Alters- und Pflegeheim Berntor, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Schönbucher, Albert, von Schwändi GL, Geburtsdatum 3. August 1947, Todesdatum 30. April 2018, wohnhaft gewesen Bahnhofstrasse 2, 3860 Meiringen, ausgeschlagene Erbschaft.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Neuaufgabe infolge nachträglicher Kollozierung von Forderungen in der Klasse 2 der unversicherten Forderungen.

*Konkursamt Emmental-Oberaargau,
Dienststelle Emmental-Oberaargau*

Bausch-Kissling, Anna Maria, von Wynau BE, Geburtsdatum 26. Juli 1932, Todesdatum 2. Juli 2018, wohnhaft gewesen 4923 Wynau, mit Aufenthalt im Dahlia Oberaargau, Bergstrasse 1, 4537 Wiedlisbach, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

gamar gmbh in Liquidation, Lerchenweg 14 4538 Oberbipp, CHE-112.398.460.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Schärer, Ernst, von Thörigen BE, Geburtsdatum 2. Mai 1932, Todesdatum 11. Juli 2018, wohnhaft gewesen Blumenstrasse 27, 4900 Langenthal, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 20. November 2018.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 10. November 2018.

Schluss des Konkursverfahrens

Publikation nach SchKG Art. 268 Abs. 4.

Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland

Guggisberg-Marti, Ursula, von Sumiswald BE und Thierachern BE, Geburtsdatum 27. November 1951, Todesdatum 24. März 2018, wohnhaft gewesen Bernstrasse 137, 3267 Seedorf BE, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Guggisberg, Hans Rudolf, von Thierachern BE, Geburtsdatum 15. Oktober 1949, Todesdatum 1. Februar 2018, wohnhaft gewesen Bernstrasse 137, 3267 Seedorf BE, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Künzi, Andreas Urs, von Adelboden BE, Geburtsdatum 16. Februar 1954, Todesdatum 23. Juli 2017, wohnhaft gewesen Freiburgstrasse 527, 3172 Niederwangen bei Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Pärli, Markus, von Rüegsau BE, Geburtsdatum 7. Oktober 1960, Todesdatum 26. April 2018, wohnhaft gewesen Bethlehemstrasse 128, 3018 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Steiner, Margaretha, von Österreich, Geburtsdatum 20. August 1955, Todesdatum 6. Januar 2018, wohnhaft gewesen Holenackerstrasse 85, 3027 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Winkler, Rainer Willi, von Deutschland, Geburtsdatum 13. Juli 1959, Wengerliweg 12, 3152 Mamisshaus, Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Einzelunternehmung «PayTerminal.ch», Winkler, Wengerliweg 12, 3152 Mamisshaus.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland

Asar, Mustafa, von Deutschland, Geburtsdatum 16. Februar 1960, wohnhaft Sternenmatte 14 3293 Dotzigen.

Datum des Schlusses: 18. Oktober 2018.

Biedermann, Adrian Jean-Robert, von Jens, Geburtsdatum 10. August 1986, wohnhaft Lyss-Strasse 75, 2560 Nidau.

Datum des Schlusses: 18. Oktober 2018.

Kipfer-Aellen, Liselotte, von Signau BE, Geburtsdatum 2. Februar 1943, Todesdatum 7. Februar 2018, wohnhaft gewesen Hintergasse 6, 2504 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

Lange, Dietmar Paul Richard, von St. Gallen, Geburtsdatum 5. September 1943, Todesdatum 29. April 2018, wohnhaft gewesen Schüsspromenade 25, 2502 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 18. Oktober 2018.

Ranetescu-Sucatu, Monica, von Rumänien, Geburtsdatum 18. Juni 1941, Todesdatum 12. April 2018, wohnhaft gewesen Mettstrasse 6, 2503 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 22. Oktober 2018.

Roth, Peter Albert, von Kändergrund BE, Geburtsdatum 17. Februar 1969, Todesdatum 25. Dezember 2017, wohnhaft gewesen Länggasse 48 2504 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 18. Oktober 2018.

Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland

Gehrig, Stefan, von Münsingen BE, Geburtsdatum 14. Juli 1983, wohnhaft Mätteli 197, 3857 Unterbach BE.

Datum des Schlusses: 18. Oktober 2018.

Tochtermann, Karl, von Zweisimmen BE, Geburtsdatum 15. Juni 1932, Todesdatum 24. April 2018, wohnhaft gewesen Reidenbach 317, 3766 Boltigen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 22. Oktober 2018.

Zürrer, Monika, von Winterthur ZH, Geburtsdatum 21. September 1963, Todesdatum 6. Juni 2018, wohnhaft gewesen Im Baumgarten 10, 3600 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 17. Oktober 2018.

*Konkursamt Emmental-Oberaargau,
Dienststelle Emmental-Oberaargau*

Lanz, Peter Ernst, von Rohrbach BE, Geburtsdatum 10. Februar 1949, Todesdatum 21. Januar 2014, wohnhaft gewesen Waldhofstrasse 32, 4900 Langenthal, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 19. Oktober 2018.

Konkurssteigerung bzw. konkursamtliche Liegenschaftssteigerung

Es wird ausdrücklich auf das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) sowie auf die Verordnung über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewV) aufmerksam gemacht. Publikation nach SchKG Art. 257-259.

Santopino AG in Liquidation, Blegistrasse 11A, 6340 Baar, CHE-152.474.883.

Steigerungsobjekte:

Brienzwiler-Grundbuch Blatt Nr. 1107 Brunnen (Brunnenstrasse 16), 3856 Brienzwiler, Plan Nr. 2451

– Gebäude/Bauten, 52 m²

– Gebäude/Bauten, 9 m²

– Gartenanlage, 361 m²

– Strasse, Weg, 64 m²

Amtlicher Wert: Fr. 126 300.–.

Konkursamtliche Schätzung: Fr. 270 000.–.

Angaben zur Steigerung: 31. Januar 2019, um 14 Uhr, Sitzungszimmer, Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland, Schloss 4, 3800 Interlaken.

Besichtigung: Nur nach telefonischer Voranmeldung am Dienstag, 8. Januar 2019, von 14 bis 15 Uhr (Telefon 031 635 97 30, Frau M. Wenger).

Der Zuschlag an der Steigerung erfolgt zum höchsten Angebot, ohne Rücksicht auf die Höhe der konkursamtlichen Schätzung. Eingabefrist bis und mit 20. November 2018, Wert Steigerungstag. Die Forderungen sind detailliert, zerlegt in Kapital, Zinsen, Verzugszinsen und Kosten anzumelden.

Die Steigerungsbedingungen liegen zusammen mit dem Lastenverzeichnis bei der unterzeichnenden Amtsstelle vom 3. bis 13. Januar 2019 öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Telefonische Auskünfte erteilt das Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland, Schloss 4, Postfach, 3800 Interlaken, Telefon siehe Besichtigung.

Anmeldestelle

Konkursamt Oberland

Dienststelle Oberland

Schloss 4 3800 Interlaken

Provisorische Nachlassstundung

Christen, Patrick, wohnhaft Bachstrasse 3, 3072 Ostermündigen.

Der gesuchstellenden Partei wurde die provisorische Nachlassstundung gewährt.

Provisorische Sachwalterin: Voser Treuhand AG, Mittelstrasse 24, 2560 Nidau.

Beginn der provisorischen Nachlassstundung: 22. Oktober 2018.

Dauer der provisorischen Nachlassstundung: Zwei Monate.

Ablauf der provisorischen Nachlassstundung: 24. Dezember 2018.

Verhandlung zur Bewilligung der definitiven Nachlassstundung: 20. November 2018, 14 Uhr, Gerichtssaal 21, Untergeschoss 1, Effingerstrasse 34, 3008 Bern.

Die Gläubiger werden darauf hingewiesen, dass Einwendungen gegen die Nachlassstundung oder gegen die Person des Sachwalters schriftlich bis drei Tage vor dem Verhandlungstermin oder mündlich an der Verhandlung vorgebracht werden können.

Verfügende Stelle

Regionalgericht Bern-Mittelland

3008 Bern

Die Gerichtspräsidentin: Gerber

Konkurs im Nachlassverfahren

Schlapbach, Roland, wohnhaft Wydeneggliweg 25, 3157 Milken.

Die Roland Schlapbach mit Entscheid vom 2. Mai 2018 gewährte definitive Nachlassstundung wird widerrufen.

Über Roland Schlapbach wird mit Wirkung ab Mittwoch, 24. Oktober 2018, 15 Uhr, gestützt auf Artikel 296b SchKG, der Konkurs eröffnet.

Datum der Konkurseröffnung: 24. Oktober 2018.

Frist: Zehn Tage.

**Redaktionsschluss:
Freitag, 10 Uhr**

Jeder Gläubiger kann innert zehn Tagen seit Publikation eine schriftliche Begründung verlangen, andernfalls Verzicht auf Beschwerde angenommen wird.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse
Regionalgericht Bern-Mittelland
Effingerstrasse 34 3008 Bern
Die Gerichtspräsidentin: Rickli

Gemeindeversammlungen, Wahlen, Abstimmungen

Aarberg

Einwohnergemeinde. – Einladung zur Gemeindeversammlung am Donnerstag, 6. Dezember 2018, um 20 Uhr in der Sporthalle AARfit Aarberg.

Traktanden

1. Finanzplan 2019–2023; Orientierung
2. Budget 2019; Steueranlage und Liegenschaftsteuer – Beschlussfassung
3. Gebührenreglement; Revision
4. Reglement Spezialfinanzierung Wahlbedarf Primarschule; Genehmigung
5. Reglement über die Einbürgerung; Genehmigung
6. Bestattungs- und Friedhofreglement mit Gebührenrahmen; Revision
7. Reglement über die Spezialfinanzierung Grabunterhalt; Genehmigung
8. Mitteilungen des Gemeinderates
9. Verschiedenes

Die Unterlagen liegen 30 Tage vor der Versammlung wie folgt zur Einsichtnahme auf:

- Nr. 1 + 2 bei der Finanzabteilung, Stadtplatz 46
- Nr. 3 + 5 bei der Präsidiabteilung, Stadtplatz 46
- Nr. 4 bei der Bildungsabteilung, Hans Müller-Weg 10
- Nr. 6 + 7 bei der Bauabteilung, Stadtplatz 46

Das Protokoll zu dieser Gemeindeversammlung liegt sieben Tage nach der Versammlung während dreissig Tagen bei der Präsidiabteilung, Stadtplatz 46, öffentlich auf. In dieser Zeit steht es zudem unter www.aarberg.ch zum Herunterladen/Download bereit.

Während der Auflage kann beim Gemeinderat schriftlich Einsprache gemacht werden; der Gemeinderat entscheidet über die Einsprachen und genehmigt das Protokoll.

Gegen Versammlungsbeschlüsse kann innert 30 Tagen beim Regierungstatthalteramt Seeland, Amtshaus, 3270 Aarberg, Beschwerde geführt werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Versammlung zu laufen.

Verletzungen von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften sind an der Versammlung sofort zu rügen.

Alle in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigten Schweizerbürgerinnen und -bürger, die das 18. Altersjahr zurückgelegt und seit drei Monaten in der Gemeinde Wohnsitz haben, sind zur Versammlung eingeladen.

Im Anschluss an die Gemeindeversammlung sind die Anwesenden zu einem Imbiss und Getränk eingeladen.

Aarberg, 9. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Bern

Gesellschaft zu Zimmerleuten. – Ordentliches Winterbott am Samstag, 1. Dezember 2018 um 18 Uhr im Gesellschaftshaus, Kramgasse 2, 3011 Bern.

Traktanden:

1. Aufnahme von Gesellschaftsangehörigen ins Aktivstabenrecht
2. Protokoll des Grossen Bottes vom 4. Mai 2018
3. Jahresbericht des Obmanns
4. Voranschlag für das Jahr 2019
5. Teilrevision des Zunftreglements und des Regulativs für die Entschädigungen an die Mitglieder des Vorgesetztenbottes
6. Erteilung des Gesellschaftsrechts an zwei minderjährige Kinder einer Gesellschaftsangehörigen

7. Wahlen

- a. Neuwahl von zwei Mitgliedern des Vorgesetztenbottes
- b. Wiederwahl des Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission

8. Verschiedenes

Die Akten liegen zur Einsichtnahme für die Stimmberechtigten 30 Tage vor und sieben Tage nach der Versammlung beim Sekretariat (Vor Anmeldung unter Tel. 031 332 61 32) sowie eine Stunde vor Verhandlungsbeginn in der Zunftstube, Kramgasse 2, 3011 Bern, auf.

Bern, 31. Oktober 2018
Im Auftrag des Vorgesetztenbottes
Der Stubenschreiber: Adrian Tagmann

Bern

Zunftgesellschaft zu Metzgern. – Ordentliche Versammlung des Grossen Bottes am Montag, 3. Dezember 2018, 19 Uhr im Zunfthaus in Bern.

Traktanden

1. Genehmigung Protokoll des Grossen Bottes vom 7. Mai 2018
2. Informationen durch den Obmann
3. Zusicherung der Aufnahmen in die Zunftgesellschaft zu Metzgern, Festlegung der Einkaufssummen;
– Marcel und Michelle Muther mit Nils
– Christian Tenger mit Livia, Tabea und Sonja
4. Aufnahme in das aktive Zunftrecht
5. Wahlen
Infolge Ablaufs der Amtsdauer finden drei Wahlverfahren statt. Der Zunftrat beantragt in der folgenden Reihenfolge die Wiederwahl bzw. Neuwahl folgender Personen für die Amtsperiode ab 3. Dezember 2018 bis 31. Dezember 2020:
– Mitglied des Zunftrates
Michel Hans Rudolf (bisher)
– Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission
Eggen Daniel (bisher)
Merz Stephan (bisher)
– Umbieter
Minder Sonja (neu, anstelle von Hans und Madeleine Binggeli)
6. Voranschlag Sozialfonds 2019
7. Voranschlag gesamthaft 2019
8. Nachkredit und Abschreibungen
9. Zunftanlässe 2019
10. Diverses

Bewerberinnen und Bewerber für die Aufnahme als Stubengenossinnen und Stubengenossen werden gebeten, sich vorher unter Vorlegung des Geburtscheines oder Familienbüchleins beim Obmann der Zunftgesellschaft zu Metzgern, Herr Rolf Grädel, Humboldtstrasse 25, 3013 Bern, schriftlich zu melden.

Die Anträge des Zunftrates und die Akten der zu behandelnden Traktanden liegen im Büro des Stubenschreibers, Notar Frank Gurtner, Monbijoustrasse 43, 3011 Bern, zur Einsichtnahme durch die Stubengenossinnen und Stubengenossen auf.

Bern, 19. Oktober 2018
Der Zunftrat der Zunftgesellschaft zu Metzgern in Bern

Bremgarten bei Bern

Gemeindeversammlung am Montag, 3. Dezember 2018, 20 Uhr im Gemeindezentrum Bremgarten bei Bern.

Traktandenliste

1. Genehmigung Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Juni 2018
2. Regionale Fach- und Anlaufstelle für das Alter, Beschlussfassung über wiederkehrenden Kostenbeitrag von jährlich Fr. 30 000.–
3. Krediterteilung von Fr. 630 000.– für Sanierung Druckwasserleitung Hangweg inklusive Kanalisation und Belag
4. Orientierung über den Finanzplan 2019–2023 und Genehmigung Budget 2019 mit Festsetzung der Steueranlage und der Liegenschaftssteuern

5. Orientierung über Bau- und Kreditabrechnungen
 1. Kauf ref. Kirchgemeindehaus
 2. Sanierung Druckwasser-Ringleitung Äschenbrunnmattstrasse
 3. Sanierung Druckwasserleitung Johanniterstrasse
6. Verschiedenes

Bremgarten bei Bern, 31. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Huttwil

Bürgergemeinde. – Ordentliche Versammlung am Montag, 3. Dezember 2018, 20 Uhr im Städtliisaal, Huttwil.

Traktanden

1. Voranschlag 2019
2. Verschiedenes

Stimm- und teilnahmeberechtigt sind alle in der Gemeinde Huttwil wohnenden Bürgerinnen und Bürger von Huttwil, welche in kantonalen Angelegenheiten das Stimmrecht besitzen.

Zu zahlreichem Besuch wird freundlich eingeladen.

Das Protokoll der Bürgergemeindeversammlung wird während 30 Tagen nach der Versammlung, vom 17. Dezember 2018 bis 17. Januar 2019, bei der Gemeindeverwaltung Huttwil öffentlich aufliegen.

Huttwil, 15. Oktober 2018
Der Burgerrat

Kehrsatz

Einwohnergemeinde. – Ordentliche Versammlung am Montag, 3. Dezember 2018, 20 Uhr in der Aula der Schulanlage Selhofen.

Traktanden

1. Regio Feuerwehr 2020
2. Budget 2019
3. Verschiedenes

Die Unterlagen zu den Traktanden liegen, gestützt auf die Bestimmungen im Gemeindegesetz, 30 Tage vor der Gemeindeversammlung beim zentralen Empfang der Gemeindeverwaltung Kehrsatz zur Einsichtnahme öffentlich auf. Der Gemeinderat verweist zudem auf die Einladung, die jeder Haushaltung zugestellt wird.

Allfällige Beschwerden gegen die Gemeindeversammlungsbeschlüsse sind innert 30 Tagen nach der Versammlung schriftlich und begründet beim Regierungstatthalter Bern-Mittelland (Artikel 60 ff. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege) einzureichen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Rügepflicht anlässlich der Gemeindeversammlung gemäss Artikel 49a Gemeindegesetz.

Das Protokoll der Gemeindeversammlung steht nach dessen Abfassung den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

Der Gemeinderat

Rüeggisberg

Einwohnergemeinde. – Ordentliche Versammlung am Donnerstag, 29. November 2018, 20 Uhr in der Turnhalle Rüeggisberg.

Traktanden

1. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung von Art. 17 des Organisationsreglementes; Aufhebung der Strassen- und Wasserbaukommission
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für die Sanierung der Wasserleitungen Rüeggisberg West
3. Kenntnisnahme der Kreditabrechnung für den Verpflichtungskredit Strassensanierung Fultigenstrasse, Abschnitt Egghölzli bis Käserei Vorderfültigen, von Fr. 400 000.– sowie die Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 55 000.–
4. Beratung und Genehmigung des Budgets für das Jahr 2019
 - 4.1 Festsetzung der Steueranlage für die Gemeindesteuern

- 4.2 Festsetzung der Steueranlage für die Liegenschaftsteuer
- 4.3 Genehmigung Budget 2019
5. Gesamterneuerungswahlen
- 4 Mitglieder der Bau- und Planungskommission
- 4 Mitglieder der Schulkommission
- 3 Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission
6. Wasserversorgung Rüeggisberg, Fusion mit Wasserversorgung Riggisberg zu Wasserversorgung Längenberg Süd/Orientierung
7. Informationen der Gemeindepräsidentin
8. Ehrungen
9. Verschiedenes

Die Unterlagen zu den einzelnen Geschäften liegen ab sofort bei der Gemeindeschreiberei öffentlich auf. Gegen Versammlungsbeschlüsse oder wegen Missachtung von Verfahrensvorschriften kann innert 30 Tagen beim Regierungstatthalteramt Bern-Mittelland, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen, schriftlich und begründet Beschwerde eingereicht werden.

Rüeggisberg, 23. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Baupublikationen

Für baulich-mechanische Schutzmassnahmen zur Verhinderung des Einbruchdiebstahls im Wohn- und Geschäftsbereich wende man sich kostenlos an die Beratungsstelle für Verbrechenverhütung der Kantonspolizei Bern, Telefon 031 634 40 81.

Eggiwil

Baupublikation

Gesuchsteller: Thomas und Erika Zürcher, Unter Bauernschopf 46, 3537 Eggwil.
Projektverfasserin: Zimmerei Hirschi AG, Sägegasse 84, 3556 Trub.

Bauvorhaben: Anbau Liegehalle an bestehendes Bauernhaus; Einbau Laufstall; Erweiterung Heuraum durch Firstverlängerung; Einbau Krananlage.

Standort: Unter Bauernschopf 46, 3537 Eggwil, Parzelle 1092, Landwirtschaftszone.

Schutzzone: BLN-Gebiet 1321

Gewässerschutzbereich B.

Beanspruchte Ausnahme:

– Art. 414 BR, Unterschreiten der minimalen Dachneigung

Auflage- und Einsprachefrist bis 30. November 2018.
Auflage- und Einsprachestelle: Gemeindeschreiberei, 3537 Eggwil.

Das Projekt liegt nach Artikel 97 LwG öffentlich auf. Allfällige Einsprachen sind innerhalb der Aufagedauer schriftlich und begründet an die Aufagestelle zu richten.

Eggiwil, 22. Oktober 2018
Der Bausekretär

Habkern

Bau- und Gewässerschutzpublikation

Gesuchstellerin: BKW Energie AG, Projekte Oberland, Thunstrasse 34, 3700 Spiez.

Bauvorhaben: Verlegen bestehende Niederspannungsfreileitung in Boden; Unterquerung Stadelgraben.

Standort: Tschiemen, Parzellen Nrn. 166, 775, Koordinaten 2.633.679/1.175.228, Landwirtschaftszone.
Schutzzone: Gewässerschutzzone A.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)
– Bauten und Anlagen am Gewässer (Art. 48 WBG/41c GSchV)

Auflage- und Einsprachefrist bis 30. November 2018.
Aufagestelle: Gemeindeverwaltung, 3804 Habkern.
Einsprachestelle: Regierungstatthalteramt Interlaken-Oberhasli, 3800 Interlaken.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwendungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verirken. Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Bei der Profilierung werden Erleichterungen im Sinne von Art. 16 Abs. 3 BewD gewährt.

Regierungstatthalteramt Interlaken-Oberhasli

Moosseedorf

Baupublikation

Bauherrschaft: Wasserverbund Grauholz AG, Mühlacher 2, 3256 Dieterswil.

Projektverfasserin: Ryser Ingenieure AG, Engestrasse 9, Postfach, 3001 Bern.

Bauvorhaben: Erweiterung Armaturenschacht für den Einbau eines Stufenpumpwerks.

Standort: Moosseedorf, Seedorffeldstrasse, Parzellen Nrn. 34 und 202, Koordinaten 2.601.840/1.207.250, Landwirtschaftszone/Strassenareal.

Gewässerschutzbereich A.

Gewässerschutzmassnahme: Anschluss an bestehende Strassenentwässerung sowie Entwässerung über die Schulter.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauen ausserhalb des Baugebiets, Art. 24 ff. RPG
– Unterschreiten Strassenabstand, Art. 5 GBR i.V.m. Art. 81 Abs. 1 SG

Hinweis: Gesuch um eine Sondernutzungskonzession, Art. 70 SG.

Einsprachefrist bis und mit 30. November 2018.

Aufagestelle: Gemeinde-/Bauverwaltung, Schulhausstrasse 1, 3302 Moosseedorf.

Einsprachestelle: Regierungstatthalteramt Bern-Mittelland, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen.

Es wird auf die Gesuchsakten und die aufgestellten Profile verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwendungen sind schriftlich und begründet im Doppel bei der Einsprachestelle einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verirken. Kollektiveinsprachen und vervielfältigte oder weitgehend identische Einsprachen haben anzugeben, wer die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten befugt ist (Art. 35b Baugesetz).

Ostermundigen, 31. Oktober 2018

Regierungstatthalteramt Bern-Mittelland

Neuenegg

Baupublikation

Bauherrschaft: Heizgemeinschaft Freiburghaus bestehend aus Häberli Andreas, Freiburghaus 280, 3176 Neuenegg und Spycher-Grimm Peter Rudolf, Freiburghaus 284, 3176 Neuenegg.

Projektverfasser: GLB Berner Mittelland, Sensemattstrasse 150, 3174 Thörishaus.

Bauvorhaben: Anbau Heizzentrale (Holzschnitzelheizung).

Standort: Parzelle Nr. 194/421, Koordinaten 2.587.891/1.194.051, Zone Weilerzone WeZ/Landwirtschaftszone LwZ, Baugruppe E «Freiburghaus», Gewässerschutzzone B, Empfindlichkeitsstufe ES III, Gebäude Nr. 280a, Freiburghaus, Neuenegg.

Entwässerung: Versickerungsanlage (Oberbodenpassage).

Einsprachefrist bis 3. Dezember 2018.

Auflage- und Einsprachestelle: Bauverwaltung, Dorfstrasse 16, 3176 Neuenegg.

Einsprachen und Rechtsverwendungen sind schriftlich und begründet im Doppel der Bauverwaltung, Dorfstrasse 16, 3176 Neuenegg, einzureichen.

Neuenegg, 25. Oktober 2018

Die Bauverwaltung

Twann-Tüscherz

Baupublikation

Gesuchstellerin: Einwohnergemeinde Twann-Tüscherz, Moos 11, 2513 Twann.

Projektverfasserin: Schmid & Pletscher AG, Hauptstrasse 66, 2560 Nidau.

Bauvorhaben: Sanierung der unterspülten Seemauer mittels Unterfangung.

Standort: Twann-Tüscherz, Strandweg 29, 2513 Twann, Parzelle Nr. 1001, Koordinaten 2.579.079/1.216.064, Uferschutzplan Nr. 2, ZöN F Strandbad.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauten und Anlagen im oder am Gewässer nach Art. 6 Abs. 3 SFG, Art. 41c GSchV und Art. 48 WBG
– Bauen ausserhalb des Baugebietes nach Art. 24 ff. RPG

Einsprachefrist bis und mit 26. November 2018.

Aufagestelle: Einwohnergemeinde Twann-Tüscherz, Moos 11, 2513 Twann.

Einsprachen und Rechtsverwendungen sind schriftlich und begründet im Doppel beim Regierungstatthalteramt Biel/Bienne, Hauptstrasse 6, Postfach 304, 2560 Nidau, einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren von Lastenausgleichsansprüchen. Lastenausgleichsansprüche die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verirken.

Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten.

Regierungstatthalteramt Biel/Bienne

Ausserordentliche Baugesuche

Gondiswil

Ausnahmegesuch nach Artikel 24 ff. RPG

Gesuchstellerin: Klara Claire Jordi, Fischerweg 22, 3012 Bern.

Bauvorhaben: Energietechnische Gebäudesanierung; Einbau Einliegerwohnung im Untergeschoss; aufstellen Aussenwärmepumpe.

Standort: Staldershaus 169, Parzelle Nr. 503 (1004), Landwirtschaftszone, Gewässerschutzbereich B.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauen ausserhalb des Baugebietes (Art. 24 RPG)
– Unterschreitung Fensterfläche (Art. 64 BauV)
– Unterschreitung minimale Raumhöhe (Art. 67 BauV)

Auflage-/Einsprachefrist bis 26. November 2018.

Auflage-/Einsprachestelle: Gemeindeschreiberei, 4955 Gondiswil.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen. Einsprachen, Rechtsverwendungen oder Lastenausgleichsbegehren sind innerhalb der Auflagefrist schriftlich und begründet bei der Gemeindeschreiberei Gondiswil einzureichen.

Allfällige Lastenausgleichsansprüche, die der Gemeindebehörde innert der Einsprachefrist nicht angemeldet werden, verirken (Art. 31 Abs. 4 BauG).

Gondiswil, 22. Oktober 2018

Die Gemeindeschreiberei

Köniz

Ausnahmegesuch nach Artikel 24 RPG

Gesuchsteller: Manfred und Sabine Schafroth, Gaselweidstrasse 29, 3144 Gasel.

Projektverfasser: Jürg Berger, Architekt HTL/STV, Flüelilweg 7, 3145 Niederscherli.

Bauvorhaben: Renovation/Umbau Wohnung im Dachgeschoss.

Standort: Gaselweidstrasse 27, 3144 Gasel, Parzelle Nr. 4461, Landwirtschaftszone.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Artikel 67 BauV Unterschreiten der min. Raumhöhe
– Artikel 88 Abs. 2 BauR nicht Einhalten des Artikels (fehlendes senkrecht Fenster)

Auflage- und Einsprachefrist bis und mit 30. November 2018.

Auflage- und Einsprachestelle: Bauinspektorat Köniz, Landorfstrasse 1, 3098 Köniz.

Bauinspektorat Köniz

Verschiedene gesetzliche Publikationen

Belp

Öffentliche Auflage des Vermessungswerks Belpberg Los 10 (10A Belpberg Nord/10B Belp Süd)

Das Gebiet der Einwohnergemeinde Belp Los 10A (Belpberg Nord mit Hohburg, Fuchsacher, Hof, Oberäusern und Weid) ist neu vermarktet und vermessen worden. Das Gebiet Los 10B (Belp Süd mit Rollmatt, Hargarten, Heitem, Talguet und Toffenholz) ist neu vermessen worden.

Die Vermarktung, der Plan für das Grundbuch, der Nomenklaturplan mit dem dazugehörigen Namenverzeichnis und die weiteren zum Zweck der Grundbuchführung erstellten Auszüge aus den Daten der amtlichen Vermessung (sowie der Perimeterplan für die Rutschgebiete) liegen, gestützt auf das kantonale Geoinformationsgesetz KGeoIG, Artikel 38, wie folgt öffentlich auf:

Auflagefrist: Montag, 5. November 2018 bis Freitag, 7. Dezember 2018.

Auflageort: Einwohnergemeinde Belp, Abteilung Bau, Güterstrasse 13, 3123 Belp.

Die Akten können während der Schalteröffnungszeiten eingesehen werden.

Fragen zu Vermessung werden nach Vereinbarung eines Termins durch das zuständige Vermessungsbüro Häberli+Toneatti, Bayweg, 9, 3123 Belp, beantwortet.

Zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage sind keine Mutationen hängig. Wer in seinen schutzwürdigen Interessen betroffen ist, kann sich am Verfahren beteiligen, in dem er während der Auflagefrist bei der Gemeinde schriftlich auf Fehler und Mängel der Vermessung aufmerksam macht (KGeoIG, Art. 39).

Nach Erledigung der Einwendungen wird das Vermessungswerk durch das Amt für Geoinformation des Kantons Bern genehmigt. Der Plan für das Grundbuch erlangt dann die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde gemäss Artikel 9 des Zivilgesetzbuches (Verordnung über die amtliche Vermessung VAV, Art. 29.)

Belp, 25. Oktober 2018 2-1
Abteilung Bau Belp, André Bürki

Büren an der Aare

Öffentliche Bekanntmachung eines Genehmigungsbeschlusses Wasserbauplanverfahren Genehmigung Wasserbauplan «Siechenbach, Aare bis Chilchmatt»

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern hat den Wasserbauplan «Siechenbach, Aare bis Chilchmatt» in Anwendung von Artikel 25 Absatz 4 des Gesetzes über Gewässerunterhalt und Wasserbau (WBG) vom 14. Februar 1989 am 21. September 2018 genehmigt.

Die Unterlagen stehen vom 25. Oktober bis am 30. November 2018 bei der Bauverwaltung Büren an der Aare zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Büren an der Aare, 23. Oktober 2018 2-1
Die Bauverwaltung

Burgdorf

Teil-Überbauungsordnung Suttergut Nord Öffentliche Planaufgabe

Der Gemeinderat der Stadt Burgdorf bringt, gestützt auf Artikel 60 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985, die Teil-UeO Suttergut Nord zur öffentlichen Auflage.

Die Akten liegen während 30 Tagen, vom 1. bis 30. November 2018, bei der Baudirektion Burgdorf öffentlich auf und können während der Büroöffnungszeiten oder unabhängig davon auf der Homepage der Stadt Burgdorf eingesehen werden.

Einsprachen und Rechtsverwendungen sind innerhalb der Auflagefrist schriftlich und begründet bei der Baudirektion Burgdorf einzureichen.

Burgdorf, 22. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Frutigen

Projekt: Ausbau Rinderwaldstrasse Frutigen Öffentliche Auflage

Die Einwohnergemeinde Frutigen legt, im Einvernehmen mit der Abteilung Strukturverbesserungen und Produktion des Kantons Bern, gestützt auf Art. 30 des Gesetzes über das Verfahren bei Boden- und Waldverbesserungen (VBWG) vom 16. Juni 1997 und Art. 18 der zugehörigen Verordnung vom 5. November 1997 über das Verfahren bei Boden- und Waldverbesserungen (VBVV) sowie Art. 5 Abs. 2 der kantonalen Waldverordnung (WaV) vom 30. November 1992, folgendes Wegebauprojekt öffentlich auf:

Ausbau Rinderwaldstrasse

a) zur Einsprache:

- Bauprojekt Sanierung/Ausbau Rinderwaldstrasse vom 21. September 2018
- Baukostenverteiler vom 21. September 2018
- Perimeterplan und zugehöriges Eigentümer- und Flächenverzeichnis vom 21. September 2018
- Rodungsgesuchsakten vom 21. September 2018

b) zur Orientierung:

- Amtsberichte der Amtsstellen
- Interessenabwägung ASP vom 18. Juli 2018

Gestützt auf Art. 97 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (LwG) sind die aufgrund der Gesetzgebung über den Natur- und Heimatschutz, den Umweltschutz und die Wanderwege legitimierten Organisationen zur Einsprache berechtigt.

Die aufliegenden Akten können während der ordentlichen Öffnungszeiten bei der Bauverwaltung Frutigen, Vordorfstrasse 1, 3715 Frutigen, eingesehen werden. Die Unterlagen können ebenfalls auf der Homepage der Gemeinde Frutigen (www.frutigen.ch) eingesehen werden. Massgebend sind die Auflageakten auf der Bauverwaltung. Die Auflage- und Einsprachefrist dauert vom 5. November 2018 bis 4. Dezember 2018. Allfällige Einsprachen und Rechtsverwendungen gegen die unter Buchstabe a) genannten Akten sind schriftlich und begründet im Doppel innerhalb der Einsprachefrist bei der Bauverwaltung Frutigen einzureichen.

Die öffentliche Orientierungsversammlung findet am 14. November 2018, um 20 Uhr im Hotel Landhaus Adler statt. Zusätzlich wird für die betroffenen Grundeigentümer am 21. November 2018 von 15 bis 19 Uhr ein Auskunftserteilungsnachmittag organisiert. Dieser findet ebenfalls im Hotel Landhaus Adler statt.

Frutigen, 30. Oktober 2018
Die Einwohnergemeinde

Grossaffoltern

Zonenplanänderung «Hauert, LKW-Anlieferung» Öffentliche Planaufgabe

Der Gemeinderat Grossaffoltern bringt, gestützt auf Art. 60 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985, die Zonenplanänderung «Hauert, LKW-Anlieferung» zur öffentlichen Auflage.

Die Akten liegen während 30 Tagen, vom 2. November bis 3. Dezember 2018, bei der Gemeindeschreiberei Grossaffoltern öffentlich auf.

Einsprachen und Rechtsverwendungen sind innerhalb der Auflagefrist schriftlich und begründet bei der Gemeindeschreiberei Grossaffoltern einzureichen.

Grossaffoltern, 26. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Herbligen

Öffentliche Auflage des Vermessungswerkes Herbligen Los 2

Das Gebiet Hube, Hornussermösli, Hubel, Helisbüel und Tannlimatt der Gemeinde Herbligen ist vermarktet und neu vermessen worden.

Der Plan für das Grundbuch, der Nomenklaturplan mit dazugehörigem Namenverzeichnis, die Vermarktung und die weiteren zum Zwecke der Grundbuchführung erstellten Auszüge aus den Daten der amtlichen Vermessung liegen vom 15. Oktober 2018 bis am 18. November 2018 bei der Gemeindeverwaltung Herbligen (Bühlstrasse 3) öffentlich auf (kantonales Geoinformationsgesetz KGeoIG, Art. 38).

Im Zeitpunkt der öffentlichen Auflage sind keine Mutationen hängig.

Wer in seinen schutzwürdigen Interessen betroffen ist, kann sich am Verfahren beteiligen, indem er während der Auflagefrist bei der Gemeinde schriftlich auf Fehler und Mängel der Vermessung aufmerksam macht (KGeoIG, Art. 39).

Am 12. November 2018 von 19 bis 21 Uhr, wird Herr Matthias Kolb, Ingenieur-Geometer, in der Gemeindeverwaltung zur Auskunftserteilung anwesend sein. Es ist auch möglich, Herrn Kolb direkt im Büro zu kontaktieren, Tel. 031 724 30 30, Geobau Ingenieure AG.

Nach Erledigung der Einwendungen wird das Vermessungswerk durch das Amt für Geoinformation des Kantons Bern genehmigt. Der Plan für das Grundbuch erlangt dann die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde gemäss Artikel 9 des Zivilgesetzbuches (Verordnung über die Amtliche Vermessung VAV, Art. 29).

Herbligen, 10. Oktober 2018
Der Gemeinderat 2-2u

Landiswil

Öffentliche Auflage

Publikation eines Bauvorhabens, gestützt auf das Bundesgesetz über die Landwirtschaft (LwG).

Gesuchsteller: Simon Wittwer, Dorf 104, 3434 Obergoldbach.

Bauvorhaben: Neubau Laufstall und Jauchegrube.
Standort: Parzelle Nr. 39, Dorf 102a.
Zone: Landwirtschaftszone, Ortsbilderhaltungssperimeter.

Auflage- und Einsprachefrist bis 30. November 2018.
Auflageort und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung, Dorf 59b, 3434 Landiswil.

Gestützt auf Artikel 97 des Bundesgesetzes vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (LwG) sind die legitimierten Organisationen zur Einsprache berechtigt. Einsprachen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen.

Landiswil, 23. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Laupen

Öffentliche Auflage

Der Gemeinderat von Laupen bringt, gestützt auf Art. 35 und Art. 60 des kantonalen Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG; BSG 721.0), die folgenden Akten zur öffentlichen Auflage:

- Änderung Art. 311 Baureglement Laupen «ZPP Stadtmatte»
- Überbauungsordnung «Erschliessung Stadtmatte» vom August 2018, bestehend aus:
 - Überbauungsplan
 - Überbauungsvorschriften
 - Landerwerbsplan
- Überbauungsordnung «Stadtmatte Sektor D» vom August 2018, bestehend aus:
 - Überbauungsplan mit Wald-Baulinie
 - Überbauungsvorschriften
- Überbauungsordnung «Stadtmatte Sektor E» vom August 2018, bestehend aus:
 - Überbauungsplan mit Wald-Baulinie
 - Überbauungsvorschriften

Zur Einsichtnahme liegen auf:

- Vorprüfungsbericht vom 16. Februar 2018
- Erläuterungsberichte zu den drei Überbauungsordnungen vom August 2018
- Bericht nach Art. 47 RVP vom August 2018

Auflage- und Einsprachefrist: 1. November 2018 bis 3. Dezember 2018.

Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflagefrist bei der Einsprache- und Aufgabestelle (vgl. unten) einzureichen. Eine Einsprache bzw. Rechtsverwahrung muss eindeutig das Vorhaben bezeichnen, auf welches Bezug genommen wird. Gegebenenfalls sind mehrere Einsprachen bzw. Rechtsverwahrungen einzureichen.

Einsprache- und Aufgabestelle: Bauverwaltung, Neuen-gasse 4, 3177 Laupen, zuhanden des Gemeinderates.

Laupen, 26. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Lütschental

Öffentliche Auflage

Publikation eines Bauvorhabens, gestützt auf Artikel 97 des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (LwG) vom 29. April 1998.

Gesuchsteller: Anton und Anna Gerber, Lütschental.

Bauvorhaben: Abbruch und Neubau Scheune mit Jauchegrube.
Parzelle Nr. 104.

Auflagedauer: 30 Tage ab Publikationsdatum.
Aufgabestelle: Bauverwaltung Lütschental.

Das Projekt liegt gemäss Artikel 97 LwG öffentlich auf. Allfällige Einsprachen sind innerhalb der Auflage-dauer schriftlich und begründet an die Aufgabestelle zu richten.

Lützelflüh

Überbauungsordnung nach Art. 21 und 22 Wasserversorgungsgesetz (WVG) für die Sicherung von öffentlichen Wasserleitungen und Erteilung der Baubewilligung

Gesuchstellerin: Einwohnergemeinde Lützelflüh.
Projektverfasser: OSTAG Ingenieure AG, Bernstrasse 21, 3400 Burgdorf.

Gesuch: UeO und Sicherung von öffentlichen Wasserleitungen mit Sonderbauwerken, inkl. Baubewilligung; Neubau Verbindungsleitung zwischen Lützelflüh (Burgackerstrasse) und Rüggsaeschachen (Grundwasserpumpwerk Schlossberg).

Benötigte Spezialbewilligungen:

- Baubewilligung; Kantonales Baugesetz, Art. 32 bis 44
- Gemeindestrasse; Kantonales Strassengesetz, Art. 68 und 69
- Kantonsstrasse; Kantonales Strassengesetz, Art. 68 und 69
- Wasserbaupolizeibewilligung; Kantonales Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau, Art. 48
- Naturgefahren; Kantonales Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau, Art. 7.2 und Baugesetz, Art. 6
- Fischereirechtliche Bewilligung; Bundesgesetzes über die Fischerei, Art. 8–10
- Stellungnahme Ufervegetation Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz, Art. 21 und 22
- Gewässerschutz; Kantonales Gewässerschutzverordnung, Art. 26.
- Stellungnahme Fruchtfolgeflächen

Standorte: Gemeindegebiet Lützelflüh.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen.

Auflage- und Einsprachefrist: Die Gesuchsakten werden während einer Dauer von 30 Tagen zur Einsichtnahme aufgelegt (31. Oktober 2018 bis 30. November 2018)

Auflageort und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung Lützelflüh.

Mitwirkungsbegehren, Einsprachen und Rechtsverwahrungen sowie allfällige Begehren um Lastenausgleich (Art. 30 Baugesetz) sind innerhalb der

Einsprachefrist schriftlich und begründet, im Doppel bei der Einsprachestelle einzureichen. Lastenausgleichsansprüche, die innert der Einsprachefrist nicht angemeldet werden, verirken (Art. 31 Baugesetz).

Kollektiveinsprachen und vielfältige oder weitgehend identische Einsprachen haben anzugeben, wer befugt ist, die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten.

Lützelflüh, 23. Oktober 2018

Nidau

Teilbaurechtliche Grundordnung Altstadt Nidau nach Art. 60 BauG

2. öffentliche Planaufgabe

Der Gemeinderat Nidau bringt die nach der 1. öffentlichen Auflage vom Gemeinderat am 23. Oktober 2018 beschlossenen Änderungen an der Teilbaurechtlichen Grundordnung Altstadt Nidau, gestützt auf Art. 60 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG; BSG 721.0), vom 1. bis 30. November 2018 zur öffentlichen Auflage.

Die Auflageakten können während der Auflagefrist zu den Bürozeiten in der Stadtkanzlei Nidau im 2. OG, Schulgasse 2 sowie auf der Homepage der Stadt Nidau unter «Amtliche Publikationen», eingesehen werden.

Wer im Sinne von Artikel 35 Baugesetz unmittelbar in eigenen schutzwürdigen Interessen betroffen ist, kann während der Auflagefrist gegen die Änderungen bei der Stadtkanzlei Nidau, Schulgasse 2, 2560 Nidau, schriftlich und begründet Einsprache erheben.

Dokumente der 2. öffentlichen Auflage
Teilbaureglement Altstadt, Änderungen vom 23. Oktober 2018.

Bauzonen-, Nutzungszonen- und Schutzplan Altstadt, Änderungen vom 23. Oktober 2018.

Raumplanungsbericht nach Art. 47 RVP, Änderungen vom 23. Oktober 2018.

Dokumente zur Orientierung
Teilbaurechtliche Grundordnung Altstadt Nidau, Dokumente der 1. öffentlichen Auflage vom 12. Oktober bis 10. November 2017.

Gemeinderat Nidau 2-1

Sigriswil

Revision der Ortsplanung, Phase 1, umfassend das Baureglement und die damit zusammenhängenden, punktuellen Anpassungen der Zonenpläne und des Zonenplans Landschaft Änderungen gegenüber dem Beschluss der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 2016 aufgrund des kantonalen Genehmigungsverfahrens und gegenüber dem Beschluss des Gemeinderates vom 27. August 2018 Öffentliche Planaufgabe

Der Gemeinderat Sigriswil bringt gestützt auf Art. 60 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 und Art. 122 Abs. 7 der Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV) die vorerwähnten und im Folgenden im Detail aufgeführten Änderungen zur öffentlichen Auflage. Es ist beabsichtigt, die Änderungen im Verfahren der geringfügigen Änderung von Nutzungsplänen vorzunehmen.

Es handelt sich dabei um

- die Anpassung von Art. 212 Abs. 4 Bst. d (vorspringende Gebäudeteile): Festlegung der Beschränkung des Anteils des dazugehörigen Fassadenabschnitts auf 50% und Ergänzung mit einem neuen Buchstaben zur Festsetzung von privilegierten Grenzabständen, privilegierten Gebäudelängen sowie einem zusätzlichen Hangzuschlag für traditionelle offene Balkone, Vortreppen und dergleichen, die einen Anteil von mehr als 50% des dazugehörigen Fassadenabschnitts aufweisen.

Begründung: Die Änderung ist erforderlich damit auch mit der zwingenden Übernahme der Begriffe und Messweisen im Bauwesen keine Änderungen gegenüber den bisherigen Regeln für offene Balkone und dergleichen bewirkt werden.

Die Akten liegen während 30 Tagen, vom 25. Oktober 2018 bis mit 26. November 2018, bei der Gemeindeverwaltung, Bauabteilung Sigriswil, öffentlich auf.

Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind nur gegen die vom Gemeinderat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens im geringfügigen Verfahren beabsichtigten Änderungen möglich und sind innerhalb der Auflagefrist schriftlich und begründet bei der Gemeindeverwaltung Sigriswil, Bauabteilung, Kreuzstrasse 1, 3655 Sigriswil, einzureichen.

Sigriswil, 25. Oktober 2018
Der Gemeinderat

Uetendorf

Revision Ortsplanung – Geringfügige Änderung nach Artikel 122 Absatz 7 der Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV) Beschluss des Gemeinderats/Bekanntmachung nach Artikel 122 Absatz 8 BauV

Der Gemeinderat von Uetendorf hat die geringfügige Änderung der Ortsplanungsrevision am 18. Oktober 2018 beschlossen. Es handelt sich dabei um folgende geringfügige Änderungen:

- Bauzonenplan Allmend
- Bauzonenplan Dorf/Berg
- Baureglement
- Überbauungsplan Nr. 7 «Postgässli»
- Überbauungsplan Nr. 6 «Bahnhof»
- Uferschutzplan UeO Nr. 3

Gegen den Beschluss des Gemeinderates kann innert der Frist von 30 Tagen, ab Publikation, beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (Abteilung Orts- und Regionalplanung), Nydegasse 11/13, 3011 Bern, schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.

Die Unterlagen können bei der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.

Uetendorf, 19. Oktober 2018 2-1
Der Gemeinderat

Öffentliche Beschaffungen

Ausschreibungen Dienstleistungen

Projekt 1043939 – Ausschreibung Lyss/Biel

1. Auftraggeber
- 1.1 Offizieller Name und Adresse des Auftraggebers
Bedarfsstelle/Vergabestelle: Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination des Kantons Bern/Bundesamt für Verkehr.
Beschaffungsstelle/Organisator: Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination des Kantons Bern, Reiterstrasse 11, 3011 Bern, Schweiz.
- 1.2 Angebote sind an folgende Adresse zu schicken:
Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination des Kantons Bern, mit der Aufschrift «Ausschreibung Lyss/Biel – nicht öffnen», Reiterstrasse 11, 3011 Bern, Schweiz.
- 1.3 Gewünschter Termin für schriftliche Fragen:
4. Dezember 2018.
Fragen sind nicht auf www.simap.ch sondern gemäss den Ausschreibungsunterlagen einzureichen.
- 1.4 Frist für die Einreichung des Angebotes:
14. März 2019, 16 Uhr.
Formvorschriften: Für die Einreichung der Offerte sind die beigelegten Formulare zu verwenden. Die Dokumente sind in deutscher Sprache, handschriftlich unterzeichnet und in dreifacher Ausführung einzureichen.
Weitere Vorgaben gemäss Ausschreibungsunterlagen.

- Massgebend ist das Datum des Poststempels (A-Post, Einschreiben empfohlen), bzw. der Zeitpunkt der Abgabe am Empfang der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, Reiterstrasse 11, 3011 Bern. Die Verantwortung, dass die Offerte rechtzeitig beim Empfänger eintrifft, liegt in jedem Falle beim Anbietenden.
- 1.5 Datum der Offertöffnung: 18. März 2019, 16 Uhr. Ort: Bern. Die Offertöffnung ist nicht öffentlich. Über die Öffnung wird ein Protokoll geführt, welches allen Anbietern in anonymisierter Form mit der Bekanntgabe der Vergabeabsicht zugestellt wird.
 - 1.6 Art des Auftraggebers: Kanton/Bund.
 - 1.7 Verfahrensart: Offenes Verfahren.
 - 1.8 Auftragsart: Dienstleistungsauftrag.
 - 1.9 Gemäss GATT/WTO-Abkommen bzw. Staatsvertrag: Nein.
 2. Beschaffungsobjekt
 - 2.2 Projekttitel der Beschaffung: Ausschreibung Lyss/Biel.
 - 2.4 Aufteilung in Lose: Nein.
 - 2.5 Gemeinschaftsvokabular. CPV: 60112000 – Öffentlicher Verkehr (Strasse)
 - 2.6 Detaillierter Aufgabenbeschreibung: Betrieb der folgenden Buslinien des öffentlichen Verkehrs: 22.012 Brügg BE–Biel/Bienne. 22.074 Biel/Bienne–Studen–Worben Bad–Lyss Bahnhof. 22.075 Biel/Bienne–Brügg–Schwadernau–Scheuren–Orpund.
 - 2.7 Ort der Dienstleistungserbringung: Kanton Bern.
 - 2.8 Laufzeit des Vertrags: Beginn 13. Dezember 2020 und Ende 14. Dezember 2030. Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein.
 - 2.9 Optionen: Ja. Beschreibung der Optionen gemäss Ausschreibungsunterlagen.
 - 2.10 Zuschlagskriterien: Gemäss Ausschreibungsunterlagen.
 - 2.11 Werden Varianten zugelassen: Nein.
 - 2.12 Werden Teilangebote zugelassen: Nein.
 - 2.13 Ausführungstermin: Beginn 13. Dezember 2020 und Ende 14. Dezember 2030.
 3. Bedingungen
 - 3.2 Kauttionen/Sicherheiten: Keine.
 - 3.5 Bietergemeinschaft: Nicht zugelassen.
 - 3.6 Subunternehmer: Gemäss Ausschreibungsunterlagen.
 - 3.7 Eignungskriterien: Keine.
 - 3.8 Geforderte Nachweise: Gemäss Ausschreibungsunterlagen.
 - 3.9 Bedingungen für den Erhalt der Ausschreibungsunterlagen: Anmeldung zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen erwünscht bis am 19. Dezember 2018. Kosten: Fr. 500.–.
 - 3.10 Sprachen für Angebote: Deutsch.
 - 3.11 Gültigkeit des Angebotes: Zwölf Monate ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
 - 3.12 Bezugsquelle für Ausschreibungsunterlagen: Zu beziehen bei folgender Adresse: Rapp Trans AG, z. Hd. Dieter Egger, Max-Högger-Strasse 6, 8048 Zürich, Tel. 058 595 72 34, E-Mail: dieter.egger@rapp.ch. Ausschreibungsunterlagen sind verfügbar ab 31. Oktober 2018 bis 19. Dezember 2018. Sprache der Ausschreibungsunterlagen: Deutsch.

4. Andere Informationen
- 4.6 Offizielles Publikationsorgan: www.simap.ch (Originaltext)/Amtsblatt Kanton Bern.
- 4.7 Rechtsmittelbelehrung: Gegen diese Ausschreibung kann innert 30 Tagen seit ihrer Publikation beim Bundesverwaltungsgericht, Postfach, 9023 St. Gallen, Beschwerde eingereicht werden. Eine allfällige Beschwerde muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten.

Freihändige Verfahren oberhalb der Schwellenwerte

Beschaffung von einem schnelllaufenden und geländegängigen Spezial LKW mit Option auf zwei weitere identische Fahrzeuge

Siehe www.simap.ch für das Forum zum Fragenstellen und den eventuellen Bezug der Ausschreibungsunterlagen.

1. Auftraggeber
 - 1.1 Offizieller Name und Adresse des Auftraggebers. Bedarfsstelle/Vergabestelle: BKW Energie AG. Beschaffungsstelle/Organisator: BKW Energie AG, Beschaffung Konzern, Bruno Waber, Viktoriaplatz 2, 3013 Bern, Schweiz, E-Mail: einkauf@bkw.ch.
 - 1.2 Art des Auftraggebers: Andere Träger kantonaler Aufgaben.
 - 1.3 Verfahrensart: Freihändiges Verfahren.
 - 1.4 Auftragsart: Lieferauftrag.
 - 1.5 Gemäss GATT/WTO-Abkommen bzw. Staatsvertrag: Nein.
2. Beschaffungsobjekt
 - 2.1 Projekttitel der Beschaffung: Beschaffung von einem schnelllaufenden und geländegängigen Spezial LKW mit Option auf zwei weitere identische Fahrzeuge.
 - 2.2 Gemeinschaftsvokabular: CPV: 34113200 – Geländefahrzeuge.
3. Zuschlagsentscheid
 - 3.2 Berücksichtigte Anbieterin: Mercedes-Benz Automobile AG, 3000 Bern 22, Schweiz. Preis: Fr. 335 170.– ohne MwSt.
 - 3.3 Begründung des Zuschlagsentscheides: Die BKW Energie AG benötigt für den Transport und die Montage von Strommasten, Transformatoren und anderem schweren Material in unwegsamem Gelände einen geländegängigen LKW mit aufgebautem Kran und mit einer Netto Nutzlast von mindestens 3,5 t. Die Beschaffung des erforderlichen Produktes erreicht den Schwellenwert des Offenen Verfahrens gemäss Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen vom 11. Juni 2002 (Stand 1. Oktober 2014) (ÖBG). Gestützt auf Artikel 7 Absatz 3 Buchstaben c der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 16. Oktober 2002 (Stand 1. Januar 2015) (ÖBV) beabsichtigt die BKW, diese Beschaffung im freihändigen Verfahren an die Firma Mercedes-Benz Automobile zu vergeben, da aufgrund der technischen Besonderheiten nur das gewählte Produkt der Firma Mercedes-Benz Automobile AG in Frage kommt. Nur das gewählte Fahrzeug erfüllt die geforderten Spezifikationen eines schnelllaufenden

(80km/h), geländefähigen mit grosser Bodenfreiheit und für den professionellen Einsatz als Geräteträger geeigneten Fahrzeugs.

4. Andere Informationen
- 4.2 Datum des Zuschlags: 19. Oktober 2018.
- 4.5 Rechtsmittelbelehrung: Dieser Entscheid zur freihändigen Vergabe kann innert zehn Tagen seit der Publikation im Amtsblatt des Kantons Bern mit Beschwerde bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern (BVE), Reiterstrasse 11, 3011 Bern, angefochten werden. Eine allfällige Beschwerde muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten. Diese Publikation und greifbare Beweismittel sind beizulegen.

Grundwasserpumpwerk Flugplatz Saanen; Lieferung UV-Anlage zur Desinfektion des Trinkwassers

Siehe www.simap.ch für das Forum zum Fragenstellen und den eventuellen Bezug der Ausschreibungsunterlagen.

1. Auftraggeber
 - 1.1 Offizieller Name und Adresse des Auftraggebers. Bedarfsstelle/Vergabestelle: Wasserversorgung Saanen. Beschaffungsstelle/Organisator: Wasserversorgung Saanen, Werkhofstrasse 9, 3792 Saanen, Schweiz, E-Mail: wasserversorgung@saanen.ch.
 - 1.2 Art des Auftraggebers: Gemeinde/Stadt.
 - 1.3 Verfahrensart: Freihändiges Verfahren.
 - 1.4 Auftragsart: Lieferauftrag.
 - 1.5 Gemäss GATT/WTO-Abkommen bzw. Staatsvertrag: Nein.
2. Beschaffungsobjekt
 - 2.1 Projekttitel der Beschaffung: Grundwasserpumpwerk Flugplatz Saanen; Lieferung UV-Anlage zur Desinfektion des Trinkwassers.
 - 2.2 Gemeinschaftsvokabular. CPV: 65111000 – Trinkwasserversorgung.
 3. Zuschlagsentscheid
 - 3.2 Berücksichtigte Anbieterin: Aquafides Schweiz AG, Uznacherstrasse 14, 8722 Kaltbrunn, Schweiz. Preis: Fr. 172 000.– ohne MwSt.
 - 3.3 Begründung des Zuschlagsentscheides: In Anwendung von Art. 7 Abs. 3, lit. c ÖBV wird die Absicht publiziert, den Lieferauftrag für die UV-Desinfektionsanlage für das Grundwasserpumpwerk Flugplatz Saanen freihändig an die Aquafides Schweiz AG, Kaltbrunn, zu vergeben. Bei der momentanen Marktsituation für UV-Anlagen, welche die Anforderungen der Richtlinien des SVGW W13 zur UV-Desinfektion erfüllen, ist die Aquafides AG in Kaltbrunn zur Zeit die einzige Firma, welche Anlagen in der erforderlichen Druckstufe bis 25 bar liefern kann.
4. Andere Informationen
- 4.2 Datum des Zuschlags: 16. Oktober 2018.
- 4.5 Rechtsmittelbelehrung: Dieser Entscheid zur freihändigen Vergabe kann innert zehn Tagen seit der Publikation mit Beschwerde beim Regierungsstatthalteramt Obersimmental-Saanen, Schönriedstrasse 9, 3792 Saanen, angefochten werden. Eine allfällige Beschwerde muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten. Diese Publikation und greifbare Beweismittel sind beizulegen.

E-Mail für amtliche Publikationen: amtsblatt@gassmann.ch

E-Mail Anzeigenadministration: service@gassmann.ch



BEEIN- DRUCKEND

Moderne Kommunikation lebt und bewegt. Löst Emotionen aus. Und eröffnet faszinierende Möglichkeiten. Wir entwickeln die Geschichte des Prints weiter. Auch digital.

GASSMANNprint
www.gassmann.ch

Amtsblatt des Kantons Bern

Das Amtsblatt des Kantons Bern erscheint einmal wöchentlich (mittwochs). Es publiziert Grossratsgeschäfte, Dekrete und Gesetze, ebenso Beschlüsse, Reglemente und Verordnungen des Regierungsrates. Ein weites Informationsfeld, zum Teil mit Arbeitsausreibungen, beanspruchen die Direktionen des Regierungsrates. Das Amtsblatt informiert zudem unter anderem über das Vormundschaftswesen, über erb- und güterrechtliche Angelegenheiten, Gerichtssachen und über Schuldbetreibung und Konkurs.

Im Inseratenteil befinden sich regelmässig Stellenausschreibungen (gestraffte Stellenausschreibungen enthält auch der amtliche Teil), andere Anzeigen verschiedener Art und Bekanntmachungen.

Wer das Amtsblatt liest, bleibt auf dem Laufenden.

Bestellcoupon

Abonnieren Sie das Amtsblatt des Kantons Bern

- 12 Monate Fr. 78.–
- 6 Monate Fr. 46.–
- 3 Monate Fr. 28.–
- ein Monat Fr. 15.–

Gewünschte Abonnementdauer bitte ankreuzen

Bitte ausschneiden und einsenden an:

Amtsblatt des Kantons Bern
W. Gassmann AG, Längfeldweg 135, Postfach, 2501 Biel

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Publikationen?



Im Amtsblatt des Kantons Bern.